

2016-2018



**Zukunft braucht Entwicklung.
Entwicklung braucht Zukunft.**

Dreijahresprogramm
der österreichischen Entwicklungspolitik
2016 bis 2018



EUROPA
INTEGRATION
ÄUSSERES
BUNDESMINISTERIUM
REPUBLIK ÖSTERREICH



Impressum

Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2016–2018
(gemäß §23 EZA-G 2002 idF: BGBl. I Nr. 65/2003)

Vom Ministerrat am 9. Dezember 2015 zur Kenntnis genommen.

Herausgeber und Verleger:

Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten

Sektion VII: Entwicklung

Minoritenplatz 8, 1010 Wien, Österreich

Tel.: (0)501150-4454

Fax: (0)501159-4454

abtvi4@bmeia.gv.at

www.entwicklung.at

Coverfoto: ADA/Andrea Schmid

Gestaltung und Produktion: Grayling Austria

Layout: design.ag, Alice Gutleiderer

Druck: AV+Astoria, 1030 Wien

Wien, Februar 2016, aktualisiert Juni 2016

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen	3
Vorwort	7
Mission Statement der österreichischen Entwicklungspolitik	8
I. Österreichische Entwicklungspolitik: Grundsätze und Prinzipien	10
Entwicklungspolitik im globalen Rahmen	11
Eine gesamtgesellschaftliche und gesamtstaatliche Aufgabe	13
Prinzipien unseres Engagements	14
Ziele und Prioritäten	15
Inhaltliche Schwerpunkte	16
Geografische Schwerpunkte	18
Eine gemeinsame Entwicklungspolitik	21
II. Österreichische Entwicklungszusammenarbeit: Profil und Umsetzung	26
Themen und Aktionsbereiche	26
Schwerpunktländer und -regionen	40
AkteurInnen und Foren	43
Prognoseszenario	47
Ergebnisorientierung und Programm-Matrix	48



Abkürzungen

AA	Assoziierungsabkommen
ADA	Austrian Development Agency
AfDB	African Development Bank Group
AfDF	African Development Fund
AG	Arbeitsgruppe
AGES	Österreichische Agentur für Ernährungssicherheit
AIIB	Asian Infrastructure Investment Bank
AMA	ArgrarMarkt Austria
AsDB	Asian Development Bank
AsDF	Asian Development Fund
AU	Afrikanische Union
AWP	Außenwirtschaftsprogramm
BFI	Berufsförderungsinstitut
BMASK	Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
BMEIA	Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMG	Bundesministerium für Gesundheit
BMI	Bundesministerium für Inneres
BMLUFW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
BMLVS	Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Frauen
BMWFW	Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft
BNE	Bruttonationaleinkommen
BOKU	Universität für Bodenkultur Wien
CARICOM	Caribbean Community
CCREEE	Caribbean Center for Renewable Energy and Energy Efficiency
CDEMA	Caribbean Disaster Emergency Management Agency
CGIAR	Consultative Group for International Agricultural Research
CFS	Committee on World Food Security
CO₂	Kohlendioxid
DAC	Development Assistance Committee
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development
ECA	European Compliance Academy
ECOSOC	Economic and Social Council of the United Nations
ECOWAS	Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft
ECREEE	Ecowas Centre for Renewable Energy & Energy Efficiency
EEF	Europäischer Entwicklungsfonds
EEP	Energy and Environment Partnership Programme with Southern and East Africa
EK	Europäische Kommission

ABKÜRZUNGEN

ERI SEE	Education Reform Initiative of South Eastern Europe
ERP	European Recovery Program
EU	Europäische Union
EUFOR ALTHEA	European Union Force Althea
EUSDR	EU Strategy for the Danube Region
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
EZA-G	Entwicklungszusammenarbeitsgesetz
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations
FPIC	Free, Prior and Informed Consent
FSO	Fund for Special Operations
GAP	Gender Action Plan
GEF	Global Environment Facility
GNHC	Gross national happiness commission
GSVP	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
HEAT	Hostile Environment Awareness Training
HIPC	Heavily Indebted Poor Countries
IACA	International Association of Commercial Administrators
IaDB	Interamerikanische Entwicklungsbank
IBRD	International Bank for Reconstruction and Development
ICIMOD	International Centre for Integrated Mountain Development
IDA	International Development Association of the World Bank
IFAD	International Fund for Agricultural Development
IFC	International Finance Corporation
IFI	Internationale Finanzinstitution
IIC	Inter-American Investment Corporation
ILO	International Labour Organization
KEF	Kommission für Entwicklungsforschung
KFOR	Kosovo Force
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
LDC	Least Developed Countries
LGU	Legal Government Unit
Mio.	Million
MKMU	Mikro-, Klein- und mittleren Unternehmen
MS	Mitgliedstaaten
Mrd.	Milliarde
NAP	Nationaler Aktionsplan
NRO	Nichtregierungsorganisation
ÖBF	Österreichische Bundesforste
ODA	Official Development Assistance
OeAD	Österreichischer Austauschdienst GmbH
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
OeEB	Oesterreichische Entwicklungsbank
OeKB	Oesterreichische Kontrollbank
OEZA	Österreichische Entwicklungszusammenarbeit
önKP	Österreichischer Nationaler Kontaktpunkt
ÖSFK	Österreichisches Studienzentrum für Friedens- und Konfliktforschung
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PCD	Policy Coherence for Development
REDD	Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation
Res	Resolution
ROM	Result Oriented Monitoring
Rio+20	Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung
PWA	Palestinian Water Authority
SADC	Southern African Development Community

SDG	Sustainable Development Goal(s)
SE4All	Sustainable Energy for All
SME	Small and Medium Enterprises
SSA	Subsahara Afrika
SSR	Sicherheitssektorreform
SWAC	Sahel and West Africa Club
UBA	Umweltbundesamt
UNCDF	United Nations Capital Development Fund
UNDG	United Nations Development Group
UNDP	United Nations Development Programme
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNICEF	United Nations Children's Fund
UNIDO	United Nations Industrial Development Organization
UNO	United Nations Organization
UNRWA	United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East
UNSCR	United Nations Security Council Resolution
USD	US-Dollar
VET	Vocational Education and Training
VN	Vereinte Nationen
VN-GV	Generalversammlung der Vereinten Nationen
VN-SR	Sicherheitsrat der Vereinten Nationen
WHO	Weltgesundheitsorganisation
WIFI	Wirtschaftsförderungsinstitut
WKO	Wirtschaftskammer Österreich



Vorwort

Die Millenniumsziele haben gezeigt, dass Entwicklungszusammenarbeit bei gemeinsamer Kraftanstrengung funktioniert: In den vergangenen 15 Jahren konnten weltweit mehr als eine Milliarde Menschen aus extremer Armut befreit und für mehr als 2,6 Milliarden Menschen der Zugang zu sauberem Wasser gesichert werden. Auch wenn viel erreicht wurde, bleibt noch einiges zu tun. Dazu hat die internationale Staatengemeinschaft heuer die Nachhaltigkeitsziele für die kommenden 15 Jahre beschlossen.

Unser Ziel ist es, Freiheit für die Menschen zu fördern, ihnen vor Ort Chancen zu bieten und dadurch ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Wir haben eine Verantwortung zur Solidarität. Es ist auch eine Investition in Frieden und Sicherheit. Indem wir anderen helfen, helfen wir uns. Denn wenn wir mithelfen, Armut zu beseitigen und Rechtsstaatlichkeit aufzubauen, wenn es durch nachhaltige Wirtschaftsentwicklung ausreichend Arbeitsplätze gibt und die Umwelt intakt ist, hilft das auch, der Radikalisierung vorzubeugen und den Migrationsdruck insgesamt und somit auch Richtung Europa zu senken. Entwicklungspolitik stärkt die Stabilität vor Ort und auch bei uns.



Entwicklungszusammenarbeit ist eine Verantwortung der gesamten Bundesregierung und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. In diesem Sinne wurde das vorliegende Dreijahresprogramm 2016 bis 2018 der österreichischen Entwicklungspolitik mit allen relevanten Stakeholdern und unter Bezugnahme auf alle relevanten strategischen Dokumente erarbeitet. Es umfasst die Prinzipien, Zielsetzungen und Prioritäten für die kommenden Jahre sowie die thematischen und die geografischen Schwerpunkte für die Jahre 2016 bis 2018.

Dieses Programm enthält richtungsweisende Schwerpunkte:

- Wirtschaft als starker Partner, weil Unternehmen vor Ort Arbeitsplätze und Ausbildungsmöglichkeiten schaffen und durch Steuerleistungen auch zum Aufbau stabiler staatlicher Institutionen beitragen.
- Bildung, um den Menschen in unseren Partnerländern Entwicklungsperspektiven zu bieten.
- Migration, weil wir durch die steigende Zahl von Flüchtlingen sehen, dass wir die Lebensbedingungen der Menschen in ihren Heimatländern sowohl durch humanitäre Hilfe als auch durch Entwicklungszusammenarbeit deutlich verbessern müssen.
- Jede und jeder Einzelne kann einen Beitrag leisten – vom bewussten Konsumverhalten über eine Spende bis zum persönlichen Engagement im In- und Ausland. Dafür sollen Bewusstsein und Möglichkeiten geschaffen werden.

Nur gemeinsam werden wir die Aufgaben, die vor uns liegen, lösen können.

Sebastian Kurz

Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres

Wien, im Dezember 2015

Mission Statement der österreichischen Entwicklungspolitik

Internationale Krisen, Klimawandel, Naturkatastrophen, Hunger, Konflikte und Fragen der Sicherheit sind Herausforderungen, die nur in globaler Verantwortung und Zusammenarbeit bewältigt werden können. Das österreichische Engagement für Entwicklungspolitik ist daher Teil unserer internationalen Verpflichtungen, gemeinsam mit unseren PartnerInnen innerhalb der EU und auf der ganzen Welt. Denn es liegt im Interesse Österreichs, dass Menschen weltweit in Wohlstand, Würde, Freiheit und Frieden leben können. Gleichzeitig ist dies aber auch ein Beitrag zur Erhaltung von Sicherheit und Wohlstand für zukünftige Generationen in Österreich.

Armutsbekämpfung, gute Regierungsführung, menschliche Sicherheit und die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt sind die wichtigsten Ziele der österreichischen Entwicklungspolitik. Österreich ist dem internationalen Ziel, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen, verpflichtet. In unserer entwicklungspolitischen Arbeit wollen wir uns dort einbringen, wo Österreich besondere Stärken hat – sei es durch spezifisches Know-how unserer Wirtschaft und unseres Bildungssystems, die Erfahrungen der Sozialpartnerschaft und unserer öffentlichen Verwaltung oder das Engagement unserer Zivilgesellschaft.

Dazu setzen wir folgende Prioritäten:

- **Orientierung an Menschen, ihren Bedürfnissen und ihren Rechten:** Wir setzen uns besonders für jene Bevölkerungsgruppen ein, die am stärksten von Armut betroffen sind und die in besonders gefährdeten Situationen leben, wie Kinder, Frauen, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und andere besonders verletzbare Gruppen. Das setzt in rasch wachsenden Gesellschaften gute Regierungsführung voraus – Rechtssicherheit, politische Partizipation, Verteilungsgerechtigkeit und Befähigung zu Eigenverantwortung auf lokaler Ebene.
- **Nachhaltig wirtschaften:** Wir setzen uns für ein inklusives und breitenwirksames Wirtschaftswachstum ein, das Armut langfristig mindert und Arbeitsplätze schafft, die ökologisch und sozial international anerkannten Standards entsprechen. Wir wollen damit einen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung, sozialer Gerechtigkeit und einer fairen Weltwirtschaft leisten.

- **Kapazitäten aufbauen und nutzen:** Wir investieren in Bildung, Qualifikation und Kapazitätsentwicklung für öffentliche Einrichtungen und den Privatsektor. Dabei kommt der österreichischen Wirtschaft und der Zivilgesellschaft eine besondere Rolle zu.
- **Umweltgerechtes Planen und Handeln:** Wir setzen uns für eine umweltgerechte Entwicklung, schonende Nutzung natürlicher Ressourcen und den Schutz der Lebensräume in Städten und am Land ein. Dazu fördern wir standortgerechte Problemlösungen, die moderne Technologien und lokale Kompetenz vereinen.
- **Eine Welt ohne Furcht:** Wir bauen ein effizientes Krisenmanagement auf und setzen uns für Konfliktprävention und Friedenssicherung sowie Dialog und den Aufbau funktionierender staatlicher Strukturen ein. Humanitäre Hilfe ist ein wesentlicher Bestandteil des internationalen Engagements Österreichs.

Wie wollen wir diese Prioritäten umsetzen:

- Partnerschaftlich vorgehen – Eigenverantwortlichkeit stärken
- Gemeinsam für eine kohärente Politik im Dienste von Entwicklung agieren
- Wirksamkeit, Ergebnisorientiertheit, Effizienz und Transparenz steigern

... weil Entwicklungspolitik Menschen auf der ganzen Welt verbindet und eine Zukunft ohne globale Partnerschaft nicht denkbar ist.

Wien, am 18. Dezember 2012

Das Mission Statement wurde mit allen Beteiligten der österreichischen Entwicklungspolitik gemeinsam erarbeitet.

I. Österreichische Entwicklungspolitik: Grundsätze und Prinzipien

Ziel der österreichischen Bundesregierung ist eine aktive, verantwortungsbewusste Entwicklungspolitik. Wir wollen Freiheit fördern und Chancen für ein selbstbestimmtes Leben für Menschen in benachteiligten Ländern eröffnen. Unsere Schwerpunkte sind die Bekämpfung von Armut, die Förderung der Menschenrechte, von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, die Sicherung von Frieden, der Schutz der Umwelt, die Gleichstellung der Geschlechter sowie wirksame Unterstützung von Bildung und die Stärkung inklusiver und nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung.

Wir verstehen Entwicklungspolitik als gesamtgesellschaftliche und gesamtstaatliche Herausforderung. Ein besonderes Anliegen ist uns, Entwicklungszusammenarbeit in die Mitte der Gesellschaft zu tragen und das ehrenamtliche Engagement insbesondere der Jugend zu fördern, um solidarisches Verantwortungsbewusstsein zu stärken.

Entwicklungspolitik ist für uns ein Gebot der gemeinsamen Verantwortung, wir sehen darin auch eine Investition in Freiheit und Sicherheit, die uns allen in einer globalisierten Welt zugutekommt.

1) EZA-Gesetz-Novelle 2003
(BGBl. I Nr. 65/2003)

Das EZA-Gesetz¹, in dem die Ziele, Grundsätze und Prinzipien sowie die Koordination durch den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten verankert sind, ist die Grundlage unseres Handelns.

Dieses Dreijahresprogramm entstand in einem breiten Konsultationsprozess, der erstmals in dieser Form durchgeführt wurde. Dies geschah in Kooperation mit Parlament, Ressorts, Sozialpartnern und NRO sowie der interessierten Öffentlichkeit mit dem Ziel, die Kohärenz der österreichischen EZA zu stärken, sie an neue Herausforderungen anzupassen und die entwicklungspolitische Bildungsarbeit zu fördern.

Entwicklungspolitik im globalen Rahmen

Die **Achtung und Förderung aller Menschenrechte** als gemeinsame, untrennbare, universell gültige Werte sind unverrückbare Grundlagen der Entwicklungspolitik.

Die **Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen** (auch: globale Ziele/Sustainable Development Goals – SDGs) bilden Österreichs entwicklungspolitischen Handlungsrahmen. Die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ baut auf den Millenniums-Entwicklungszielen 2000–2015 auf und erweitert diese um den Gedanken der Nachhaltigkeit – bei ausgewogener Berücksichtigung der drei Säulen Soziales, Umwelt und Wirtschaft – und um das Prinzip der universellen Gültigkeit.

Bei den Verhandlungen um die Agenda 2030 haben wir uns auf Grundlage eines mit den Ministerien und der Zivilgesellschaft ausgearbeiteten „10 Punkte Katalogs“ für Geschlechtergleichstellung und die besondere Berücksichtigung von benachteiligten Bevölkerungsgruppen wie Menschen mit Behinderungen, Kindern und ethnischen oder religiösen Minderheiten eingesetzt. Ebenso wichtig sind für Österreich die Verankerung eigenständiger Energie-, Wasser-, Friedens- und Umweltschutzziele sowie die Förderung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung. Angesichts der umfassenden Zielsetzungen und der beschränkten zur Verfügung stehenden Mittel wird sich Österreich bei der Umsetzung im Sinn eines möglichst effizienten Mitteleinsatzes auf einzelne Themen konzentrieren.² Die im vorliegenden Programm ausgewiesenen Schwerpunkte stehen in voller Übereinstimmung mit diesen internationalen Vorgaben.

2) Vgl. dazu die Bemühungen im Copenhagen Consensus, <http://www.copenhagenconsensus.com/post-2015-consensus>



Quelle: Synthesebericht des UN-Generalsekretärs „Der Weg zu einem Leben in Würde bis 2030“ vom 4. Dezember 2014 (A/69/700)

10 Prioritäten Österreichs für die Post-2015-Verhandlungen

1. Weltweite Ausrottung von extremer Armut, Hunger und Mangelernährung
2. Menschenrechtsbasierter Ansatz für alle globalen und nationalen Ziele, besondere Berücksichtigung von Menschen mit Behinderungen
3. Nachhaltiger Friede und Sicherheit
4. Stärkung der Geschlechtergleichstellung und Frauenrechte
5. Kinder, inkl. Stärkung der Kinderrechte
6. Energie/Klimaschutz
7. Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene
8. Sicherung, nachhaltige Nutzung und Erhalt der globalen Ressourcen
9. Inklusive und nachhaltige Wirtschaft, einschl. nachhaltiges Wirtschaftswachstum durch Stärkung des Privatsektors, Beschäftigung, menschenwürdige Arbeit und Sozialschutz
10. Bildung und berufliche Ausbildung

17 Sustainable Development Goals – SDGs

- Goal 1 End poverty in all its forms everywhere
- Goal 2 End hunger, achieve food security and improved nutrition and promote sustainable agriculture
- Goal 3 Ensure healthy lives and promote well-being for all at all ages
- Goal 4 Ensure inclusive and equitable quality education and promote lifelong learning opportunities for all
- Goal 5 Achieve gender equality and empower all women and girls
- Goal 6 Ensure availability and sustainable management of water and sanitation for all
- Goal 7 Ensure access to affordable, reliable, sustainable and modern energy for all
- Goal 8 Promote sustained, inclusive and sustainable economic growth, full and productive employment and decent work for all
- Goal 9 Build resilient infrastructure, promote inclusive and sustainable industrialization and foster innovation
- Goal 10 Reduce inequality within and among countries
- Goal 11 Make cities and human settlements inclusive, safe, resilient and sustainable
- Goal 12 Ensure sustainable consumption and production patterns
- Goal 13 Take urgent action to combat climate change and its impacts
- Goal 14 Conserve and sustainably use the oceans, seas and marine resources for sustainable development
- Goal 15 Protect, restore and promote sustainable use of terrestrial ecosystems, sustainably managed forests, combat desertification, and halt and reverse land degradation and halt biodiversity loss
- Goal 16 Promote peaceful and inclusive societies for sustainable development, provide access to justice for all and build effective, accountable and inclusive institutions at all levels
- Goal 17 Strengthen the means of implementation and revitalize the global partnership for sustainable development

Österreich ist als Mitgliedstaat der **Europäischen Union**, die 55 Prozent der Gesamtmittel für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stellt, Teil der größten Gebergruppe weltweit. Die EU hat in der Agenda for Change (2011)³ ein inklusives und nachhaltiges Wachstum und die Förderung der Menschenrechte, Demokratie und guter Regierungsführung in den Mittelpunkt ihrer Entwicklungspolitik gestellt. Die Europäische Kommission sieht einen stabilen Privatsektor in den Partnerländern zur Erreichung von inklusivem und nachhaltigem wirtschaftlichem Wachstum als maßgeblich und richtungsweisend. Die EU-Mitgliedstaaten streben eine immer stärkere Abstimmung ihrer Programme sowie kohärente Außenbeziehungen an, die u. a. auch in Form von delegierter Kooperation ihren Niederschlag finden⁴.

Die Bundesregierung bekennt sich zu den internationalen finanziellen Verpflichtungen, die auch in ihrem Arbeitsprogramm 2013–2018 verankert sind, sowie zu den Beschlüssen zum 0,7-Prozent-Ziel auf EU-Ebene (Schlussfolgerungen des Rates vom 26. Mai 2015, Pkt. 32, „Eine neue globale Partnerschaft für Armutsbeseitigung und nachhaltige Entwicklung nach 2015“⁵).

Österreich arbeitet im **Entwicklungshilfausschuss der OECD** aktiv mit und setzt in seiner Entwicklungspolitik die Geberrichtlinien der OECD um, die auch eine Ausrichtung auf die am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries – LDCs) vorsehen. Gleichzeitig widmet Österreich den Entwicklungen in seiner östlichen Nachbarschaft und auf dem Westbalkan große Aufmerksamkeit – Regionen, deren Stabilität für Österreich von besonderer Bedeutung ist.

Die Erkenntnisse und Empfehlungen der im Jänner 2015 vorgestellten OECD-DAC Peer Review Österreichs stellen für uns einen wichtigen Bezugsrahmen dar, den es im Planungszeitraum umzusetzen gilt.

Eine gesamtgesellschaftliche und gesamtstaatliche Aufgabe

Entwicklungszusammenarbeit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Politik, der zivilgesellschaftlichen Organisationen, der ehrenamtlich Engagierten und der Wirtschaft. Österreich verfügt über ein breites Spektrum an entwicklungspolitischen AkteurInnen und relevanten Politikfeldern (z. B. Außen-, Landwirtschafts-, Wirtschafts-, Sicherheits-, Sozial-, Bildungs-, Umwelt- und Klimapolitik). Durch deren optimale Zusammenarbeit wollen wir die bestmögliche Wirkung von Entwicklungspolitik gewährleisten. Österreich bemüht sich zudem in den relevanten Gremien der OECD um eine umfassende Darstellung seiner entwicklungsrelevanten Finanzierungen und Leistungen.

Wichtige AkteurInnen der österreichischen Entwicklungspolitik sind:

- die gesamte Bundesregierung
- das Parlament
- die Bundesländer, Städte und Gemeinden
- die Austrian Development Agency (ADA)
- die österreichischen Nichtregierungsorganisationen (NRO)
- Privatsektor/österreichische Unternehmen/WKO
- die Oesterreichische Entwicklungsbank (OeEB)
- Institutionen der Wissenschaft und Bildung
- ehrenamtlich engagierte BürgerInnen sowie
- Sozialpartner und Kammern.

3) <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX%3A52011DC0637&qid=1412922281378&from=EN>

4) Durchführung von Projekten mit Mitteln der EK durch nationale Agenturen – im Fall von Österreich durch die Austrian Development Agency (ADA)

5) <http://www.consilium.europa.eu/epress/press-releases/2015/05/26-fac-dev-council-conclusions-global-partnership/>

Die Bereitschaft zu ehrenamtlicher Tätigkeit und zum Spenden ist in Österreich hoch. Wir wollen die Möglichkeiten gerade für junge Menschen ausbauen, sich in Entwicklungsländern zu engagieren und die eigenen Konsummuster zu überdenken (insbesondere durch besseren Zugang zu Information, Service und Fördermöglichkeiten).

Prinzipien unseres Engagements

Unsere Programme und Maßnahmen folgen klaren Prinzipien zur Verwirklichung von Freiheit und Selbstbestimmung:

Selbstbestimmung – alle Menschenrechte für alle Menschen:

Entwicklungszusammenarbeit ist Hilfe zur Selbsthilfe. Unsere Vision ist ein selbstbestimmtes Leben für die Menschen in benachteiligten Gebieten der Welt. Wir verfolgen einen menschenrechtsbasierten Ansatz, um einen Beitrag zu individueller Selbstbestimmung zu leisten. Im Sinn des EZA-Gesetzes gilt dies insbesondere für Frauen, Kinder und Menschen mit Behinderungen.

Eigenverantwortung – Partnerschaft auf Augenhöhe:

Partnerschaft kann sich nur entwickeln, wenn wir einander auf Augenhöhe begegnen, gemeinsam planen und Projekte gemeinsam durchführen. Sie basiert auf Eigenverantwortlichkeit, gegenseitiger Rechenschaft und Inklusion. Wir wollen damit „Win-win“-Situationen für Menschen in Entwicklungsländern und in Österreich schaffen.

Entwicklungszusammenarbeit in die Mitte der Gesellschaft holen:

Aufgrund ihrer gesamtgesellschaftlichen Bedeutung soll Entwicklungspolitik in der Öffentlichkeit stärker wahrgenommen werden. Entwicklungspolitische Bewusstseinsbildung und das ehrenamtliche Engagement aller gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere von jungen Menschen, sind dafür wesentliche Elemente.

Für Freiwilligentätigkeiten im Ausland stehen die Angebote nach dem Auslandsfreiwilligendienstegesetz 2015 mit Qualitätskriterien und einer sozialen Absicherung zur Verfügung. Darüber hinaus sollen Qualitätskriterien inklusive sozialer Absicherung verstärkt Berücksichtigung bei anderen freiwilligen Auslandsaufenthalten finden. Freiwilliger Einsatz im Ausland trägt zur Verbesserung des Verständnisses der österreichischen Bevölkerung für Themen und Anliegen der Entwicklungspolitik bei.

Politikkohärenz für Entwicklung – alle AkteurInnen ziehen an einem Strang:

Österreich strebt in seiner Entwicklungspolitik einen gesamtstaatlichen Ansatz an (Whole-of-Nation Approach), der ein abgestimmtes Handeln aller AkteurInnen ermöglicht. So werden Landes- und Regionalstrategien unter Einbindung der entwicklungspolitisch aktiven Öffentlichkeit erarbeitet, interministeriell vereinbart und umgesetzt.

Nachhaltige Entwicklung:

Wir leisten einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung, die wirtschaftlich, ökologisch und sozial international anerkannten Standards entspricht.

Ergebnisorientierung:

Die Wirkungen von Entwicklungszusammenarbeit müssen messbar sein. Dies erfordert Kooperationsstrategien und aussagekräftige Indikatoren sowie eine gut etablierte Evaluierungskultur.

Internationalität:

Österreich strebt eine enge Zusammenarbeit in der EU, auf Ebene der Vereinten Nationen, in den Internationalen Finanzinstitutionen und im Rahmen der OECD an. Die Ergebnisse der Entwicklungskonferenz von Busan (2011)⁶ und die dort beschlossene Globale Partnerschaft stellen für Österreich wichtige internationale Verpflichtungen dar.

6) <http://www.aideffectiveness.org/>
Busan-HLF4/

Europäische Union, Vereinte Nationen, Internationale Finanzinstitutionen

Österreich ist als Mitgliedstaat der EU Teil der größten Gebergruppe weltweit. Mehr als ein Viertel der öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen Österreichs werden derzeit über die EU abgewickelt. Umso wichtiger ist es, die Entwicklungspolitik der EU aktiv mitzugestalten und uns innerhalb der EU bestmöglich abzustimmen. Im Rahmen der Vereinten Nationen engagiert sich Österreich aufgrund seines Bekenntnisses zu multilateralen Lösungen und seiner Rolle als Sitzstaat der Vereinten Nationen (VN) besonders. Gemäß seiner außenpolitischen Strategie legt Österreich dabei auf menschliche Sicherheit und Menschenrechte besonderes Gewicht. Über das Bundesministerium für Finanzen (BMF) ist Österreich international auch auf dem Gebiet der finanziellen Entwicklungszusammenarbeit tätig. Aufgrund seiner Zuständigkeit für die OeEB und die Internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) leistet das BMF wesentliche Beiträge zur Bewältigung entwicklungspolitischer Herausforderungen.

Ziele und Prioritäten

Die thematischen und geografischen Schwerpunkte der österreichischen Entwicklungspolitik gelten für alle AkteurInnen und sollen **folgende Kriterien** erfüllen:

- **Beitrag zur Bekämpfung der Armut, Sicherung des Friedens und der menschlichen Sicherheit, Förderung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung und Erhaltung der Umwelt im Sinne der entwicklungspolitischen Zielsetzungen im EZA-Gesetz**
- **Förderung von Menschenrechten, Freiheit und Selbstbestimmung für alle Menschen in benachteiligten Gebieten der Welt**
- **Übereinstimmung mit den nachhaltigen Entwicklungszielen und den Zielen unserer Partnerländer**
- **Nutzung von spezifischem österreichischen Know-how, Kapazitäten und Erfahrungen**
- **Schutz globaler öffentlicher Güter wie Gesundheit, Umwelt und Klimasystem.**

Sämtliche Beiträge, Programme, Projekte und Vorhaben des vorliegenden Dreijahresprogramms werden nach Maßgabe der budgetären Möglichkeiten umgesetzt.

Inhaltliche Schwerpunkte

Unsere vier Schwerpunktthemen

BILDUNG

Bildung ist als Menschenrecht und öffentliches Gut in Art. 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen verankert und als Basis für persönliche Chancen und wirtschaftlichen sowie gesellschaftlichen Fortschritt ein fundamentales Entwicklungsziel. Bildungssysteme sollen allen Menschen zur Verfügung stehen und die Bedürfnisse benachteiligter Gruppen berücksichtigen. Österreich engagiert sich besonders in den Bereichen arbeitsmarktorientierte Berufsbildung, Hochschulbildung sowie Wissenschaft und Forschung.

SICHERUNG DES FRIEDENS UND MENSCHLICHER SICHERHEIT, MENSCHENRECHTE UND MIGRATION

Entwicklung, Friede und Sicherheit, Menschenrechte sowie Rechtsstaatlichkeit hängen eng miteinander zusammen und bedingen einander. Die Förderung und die Verwirklichung der Menschenrechte im Rahmen inklusiver Gesellschaften und funktionierender Staaten bilden daher einen Schwerpunkt der österreichischen Entwicklungspolitik. Besonders wichtig sind uns die Stärkung der Zivilgesellschaft und der Rechte von benachteiligten Bevölkerungsgruppen wie Menschen mit Behinderungen, Kindern, älteren Menschen, ethnischen und religiösen Minderheiten, aber auch die Rechte von Frauen sowie Friedensförderung, Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung (Governance) und die Überwindung von fragilen Staatsstrukturen.

Entwicklungszusammenarbeit ist darauf ausgerichtet, den Menschen in den jeweiligen Partnerländern Perspektiven und Zukunftschancen zu eröffnen. Sie trägt vor Ort zur Verbesserung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse bei, indem sie rechtsstaatliche Rahmenbedingungen, adäquate Bildungschancen und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung fördert. Damit schafft sie auch Voraussetzungen dafür, dass Migration zum Ausdruck freiwillig gewählter Mobilität wird, die zum wechselseitigen Vorteil von Herkunfts- und Zielländern gesteuert werden und die Erreichung entwicklungspolitischer Ziele unterstützen kann. Dieses Thema hat durch die Höchstzahlen an Flüchtlingen und Binnenvertriebenen weltweit und nicht zuletzt durch die steigende Zahl von Flüchtlingen, mit der Europa konfrontiert ist, ganz besonders an Aktualität gewonnen.

WASSER – ENERGIE – ERNÄHRUNGSSICHERHEIT

Der Zugang für alle zu natürlichen Ressourcen bildet die Grundlage für die Deckung der Grundbedürfnisse und ist daher von entscheidender Bedeutung für Entwicklung. Wasserversorgung und Siedlungshygiene, erneuerbare Energie, ländliche Entwicklung und die Förderung bäuerlicher Familienbetriebe sind dabei wichtige Schwerpunkte. Diese Arbeitsfelder sind eng miteinander verknüpft („Nexus“) und ein essenzieller Teil der nachhaltigen Entwicklungsziele. In diesem Nexus sind Umwelt- und Klimaschutz besonders zu berücksichtigen.

WIRTSCHAFT & ENTWICKLUNG

Nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung ist neben anderen Faktoren eine maßgebliche Voraussetzung für die Verbesserung von Lebensbedingungen und individueller Selbstbestimmung aller in Entwicklungsländern. In diesem Sinn bemüht sich Österreich um die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die Steigerung der Produktivität des lokalen Privatsektors, die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit österreichischen Unternehmen und um die Wahrnehmung unternehmerischer Verantwortung unter besonderer Berücksichtigung von nachhaltiger Ressourcennutzung, Umwelt- und Klimaschutz, sozialer Mindeststandards und der Menschenrechte.

Unsere zwei Querschnittsthemen

Querschnittsthemen werden in den Programmen und Projekten aller AkteurInnen von der Planung bis zur Evaluierung berücksichtigt. Wichtig ist ein durchgängiges Mitdenken dieser Gesichtspunkte auch auf strategischer Ebene:

UMWELT UND KLIMASCHUTZ

Umweltzerstörung und Umweltkatastrophen treffen die ärmsten und verwundbarsten Bevölkerungsgruppen in Entwicklungsländern am stärksten. Zum einen sind sie direkt von den lokalen natürlichen Ressourcen abhängig, zum anderen haben sie im Fall von Umweltkatastrophen die geringsten Möglichkeiten, sich zu schützen.

GESCHLECHTERGLEICHSTELLUNG

Die Möglichkeit zur individuellen Selbstbestimmung aller Menschen, insbesondere auch von Frauen, ist ein Schlüssel zu wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung, u. a. durch Teilnahme am politischen und öffentlichen Leben, Schutz vor Gewalt, Beseitigung jedweder Diskriminierung und den verstärkten Einsatz von Frauen in Führungspositionen.

Internationale humanitäre Hilfe

Ziel der humanitären Hilfe ist es, Leben zu retten, menschliches Leid zu lindern, Schutz und Versorgung aller betroffenen Menschen in einer humanitären Notlage (Naturkatastrophen, bewaffnete Konflikte, Pandemien) sicherzustellen sowie die Grundlage für eine Rückkehr zu akzeptablen und menschenwürdigen Lebensbedingungen zu schaffen. Nothilfe, mittelfristige Rehabilitation und langfristige Entwicklungszusammenarbeit sollen daher stärker miteinander verknüpft werden.

Weitere wichtige Aktionsbereiche

Vernetztes Denken und Handeln in der Entwicklungspolitik ist auch in folgenden Bereichen von großer Bedeutung:

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE BILDUNGSARBEIT

Bildungsarbeit trägt dazu bei, gegenseitiges Verständnis, Respekt und persönliches Engagement zu wecken und zu vertiefen. Österreich fördert daher entwicklungspolitische Kommunikation und Bildung in Österreich und engagiert sich in einer breitenwirksamen Öffentlichkeitsarbeit.

GESUNDHEIT

Gesundheit ist ein Fundament für soziale, wirtschaftliche und politische Entwicklung und Stabilität. Globale Gesundheitsfragen berühren Politikfelder wie Entwicklung, Sicherheit, Handel, Wirtschaft, Menschenrechte, Forschung, Bildung, Migration, Umwelt- und Klimaschutz sowie humanitäre Hilfe. Entwicklung braucht den gleichberechtigten Zugang zu Gesundheitsversorgung.

BESCHÄFTIGUNG UND SOZIALSCHUTZ

Beschäftigung und Sozialschutz sind wirksame Instrumente zur Bekämpfung der Armut. Menschenwürdige Arbeit, produktive Beschäftigung sowie Zugang zu Leistungen von Sozialschutzsystemen sind zentral für eine soziale und nachhaltige Entwicklung.

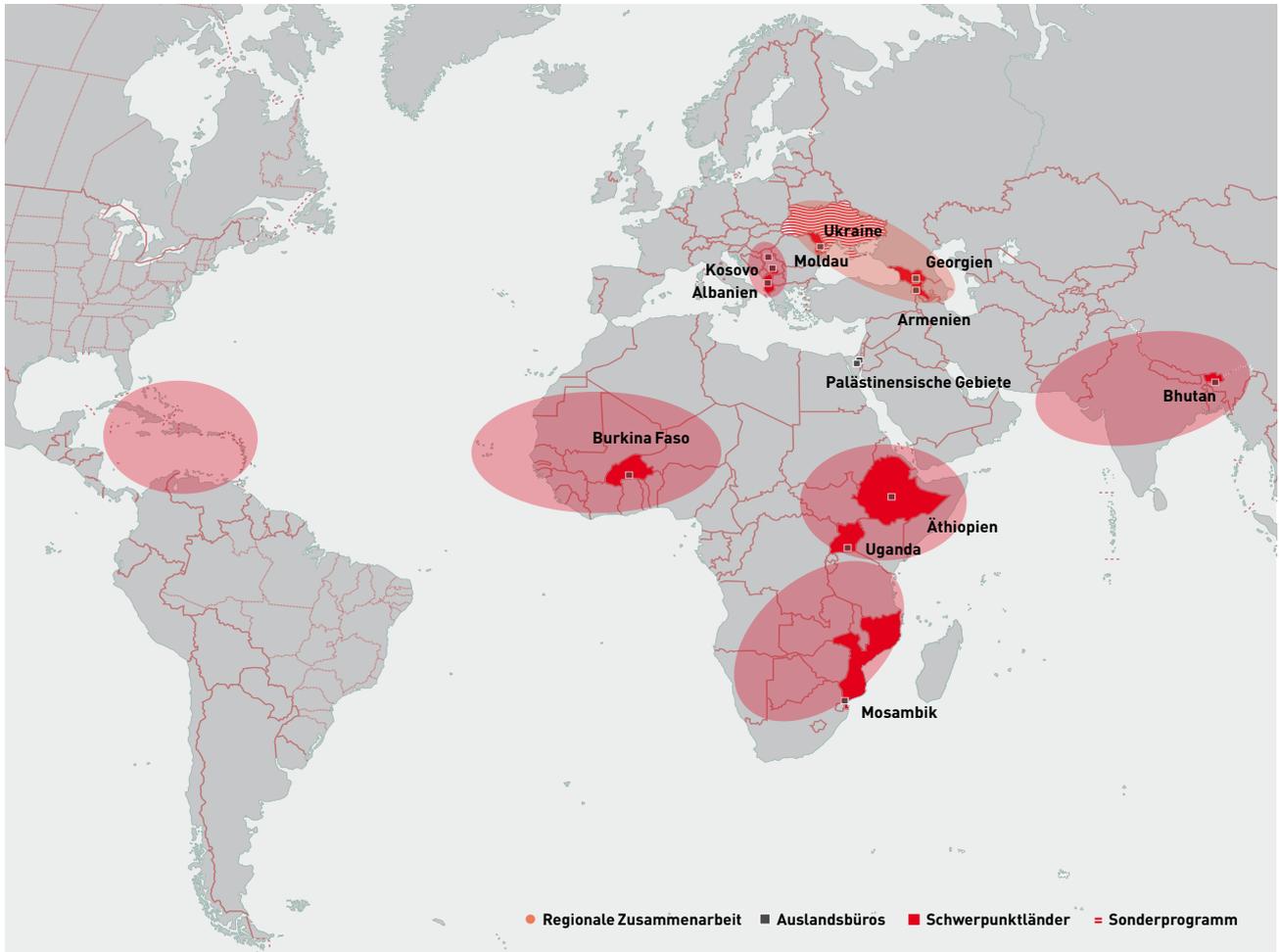
Geografische Schwerpunkte

Im Sinne eines wirksamen Einsatzes der Mittel konzentrieren wir uns auf Schwerpunktländer und -regionen, in denen die PartnerInnen auf unser Engagement aufbauen und darauf vertrauen können.

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit legt weiterhin großes Gewicht auf die am wenigsten entwickelten Staaten (LDCs), wir reagieren aber auch auf Entwicklungen in der Nachbarschaft, wenn diese ein entwicklungspolitisches Engagement erfordern wie gegenwärtig in der Ukraine. Deshalb wird Österreich im Rahmen der bereits etablierten Schwerpunktregion Schwarzmeerraum/Südkaucasus verstärkt Projekte und Programme, vor allem in der Ukraine, umsetzen, um auch in der mittelbaren Nachbarschaft einen wesentlichen Beitrag zu Frieden, Stabilität und Reformen zu leisten.

Insgesamt ist es wichtig, Entwicklungen in den Partnerländern aktiv mitzuverfolgen, um Strategien an Entwicklungserfolge, sich abzeichnende fragile Situationen oder Transitionsphasen anzupassen. Gleichzeitig können neue globale Herausforderungen die Schwerpunkte beeinflussen, weshalb die geografische Ausrichtung der österreichischen Entwicklungspolitik im Planungszeitraum einer Prüfung unterzogen wird.

Aktuelle geografische Schwerpunkte



Schwerpunktland/-Region	Schwerpunkte der gestaltbaren Entwicklungszusammenarbeit
Donauraum/Westbalkan	<ul style="list-style-type: none"> - Wirtschaft und Entwicklung – Fokus auf Beschäftigung und Sozialschutz - Regierungsführung, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit: Institutionenaufbau im Kontext EU-Integration - Bildung – Fokus auf arbeitsmarktorientierte Berufsbildung und Hochschulbildung
Kosovo	<ul style="list-style-type: none"> - Wirtschaft und Entwicklung – Fokus ländlicher Raum - Bildung – Fokus Hochschulbildung - Regierungsführung (Governance), Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit
Albanien	<ul style="list-style-type: none"> - Integriertes Wassermanagement - Arbeitsmarktorientierte Berufsbildung - Governance und Rechtsstaatlichkeit

GEOGRAFISCHE SCHWERPUNKTE

Schwerpunktland/-Region	Schwerpunkte der gestaltbaren Entwicklungszusammenarbeit
Schwarzmeerregion/ Südkaucasus	<ul style="list-style-type: none"> - Wirtschaft und Entwicklung - Inklusiv Bildung - Friedenskonsolidierung und Konfliktprävention
Georgien	<ul style="list-style-type: none"> - Forstwirtschaft - Landwirtschaft - Governance, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit - Bildung und Berufsbildung
Armenien	<ul style="list-style-type: none"> - Landwirtschaft - Governance, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit
Moldau	<ul style="list-style-type: none"> - Wasser und Umwelt - Arbeitsmarktorientierte Berufsbildung/Beschäftigung und Sozialschutz - Governance, Rechtsstaatlichkeit und Konfliktprävention
Besetzte Palästinensische Gebiete	<ul style="list-style-type: none"> - Wasser - Gesundheit - Humanitäre Hilfe
Westafrika und Sahel	<ul style="list-style-type: none"> - Erneuerbare Energie und Energieeffizienz - Resilienz und Ernährungssicherheit - Friedenssicherung und Konfliktprävention
Burkina Faso	<ul style="list-style-type: none"> - Nachhaltige ländliche Entwicklung/Regionalentwicklung in der Provinz Boucle de Mouhoun - Kleinbetriebsförderung - Berufsbildung
Ostafrika und Horn von Afrika	<ul style="list-style-type: none"> - Erneuerbare Energie und Energieeffizienz - Resilienz und Management natürlicher Ressourcen - Friedenssicherung und Konfliktprävention
Uganda	<ul style="list-style-type: none"> - Wasser und Siedlungshygiene - Menschen- und Besitzrechte sowie Verbesserung des Justizwesens
Äthiopien	<ul style="list-style-type: none"> - Nachhaltige ländliche Entwicklung in Nord Gondar - Öffentliche Dienstleistungen auf lokaler Ebene
Südliches Afrika	<ul style="list-style-type: none"> - Erneuerbare Energie und Energieeffizienz - Landnutzung und Absicherung von Besitzrechten - Konfliktprävention
Mosambik	<ul style="list-style-type: none"> - Landwirtschaft - Nexus mit Wasser und Energie im Rahmen der lokalen Entwicklung der Provinz Sofala

Schwerpunktland/-Region	Schwerpunkte der gestaltbaren Entwicklungszusammenarbeit
Himalaya-Hindukusch	- Erhalt der Biodiversität
Bhutan	- Energie - Tourismus - Governance, Rechtsstaatlichkeit
Karibik	- Katastrophenmanagement - Energie - Kapazitätsentwicklung und Training

Alle gültigen Landes-, Regional- und thematischen Strategien sind auf <http://www.entwicklung.at/laender-und-regionen/> ausgewiesen.

Eine gemeinsame Entwicklungspolitik

Wirksame gesamtstaatliche Entwicklungspolitik braucht sowohl eine effiziente Zusammenarbeit aller AkteurInnen als auch Kohärenz im Interesse der Entwicklung mit anderen Politiken (z. B. Handel, Sicherheit, Umwelt- und Klimaschutz, Bildung, Sozial- und Gesundheitspolitik). Dies wird von den AkteurInnen der österreichischen Entwicklungspolitik in allen relevanten Politikfeldern berücksichtigt.

Die maßgeblichen Dokumente und Strategien dieser gemeinsamen Entwicklungspolitik sind

- das Dreijahresprogramm,
- die Klimafinanzierungsstrategie der Bundesregierung,
- die Strategie des BMF für die Internationalen Finanzinstitutionen (IFIs),
- die Strategie der Oesterreichischen Entwicklungsbank (OeEB),
- die Österreichische Sicherheitsstrategie 2013: Sicherheit in einer neuen Dekade – Sicherheit gestalten und
- die Nachhaltigkeitsstrategie bzw. der Umsetzungsmechanismus der nachhaltigen Entwicklungsziele.

Jedes dieser Dokumente und jede dieser Strategien trägt zu nachhaltiger Entwicklung bei. Die Ziele der Strategien stehen, soweit sie entwicklungsrelevant sind, im Gleichklang zueinander und können komplementäre Ziele der Entwicklungszusammenarbeit verfolgen. Sie sollen zukünftig inhaltlich noch besser verzahnt und ihre jeweilige Geltungsdauer miteinander in Einklang gebracht werden.



Entwicklungspolitisch relevante Strategien

Strategie Österreichs zur internationalen Klimafinanzierung für die Jahre 2013–2020

Ziel der Klimafinanzierungsstrategie ist die Schaffung eines Rahmens, mit dem Österreich zukünftige rechtliche Verpflichtungen der internationalen Klimafinanzierung möglichst effektiv, effizient, transparent und in Kohärenz mit nationalen Maßnahmen erfüllt. Die Strategie bildet dazu den strukturellen Rahmen, der die verschiedenen Quellen – öffentliche, private, bilaterale, multilaterale, alternative – von klimarelevanten Mitteln auf nationaler Ebene umfasst und die Abwicklungswege darstellt. Leitprinzipien für die Umsetzung der Strategie sind (i) output-orientierter Fokus der Klimafinanzierungsprojekte, (ii) stärkere Ausrichtung auf innovative, sichere und nachhaltige Low-Carbon-Technologien (inkl. Anpassungstechnologien) und (iii) eine stärkere Rolle Österreichs bei der strategischen Ausrichtung der globalen Klimafinanzierung. Beim Transformationsprozess von Entwicklungsländern sollen Technologien zum Einsatz kommen, die eine klimagerechtere und nachhaltige Entwicklung ermöglichen und emissionsintensive Technologien vermeiden sollen. Potenziale für die österreichische Volkswirtschaft liegen u. a. in den Schwerpunkten (i) erneuerbare Energieträger, (ii) Energieeffizienz, (iii) Treibhausgasreduktionen im Gebäudesektor und (iv) Wildwasserverbauung und Lawinenschutz.

Kriterienkatalog:

- Klimafinanzierungsströme müssen den Bereichen Mitigation (Emissionsminderung), Adaptation (Anpassung) und/oder REDD+ (Verminderung der Entwaldung) zugerechnet werden können. Dies inkludiert auch Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau (capacity building). Dabei ist auf ein ausgewogenes Verhältnis der drei Bereiche zu achten.
- Bei der Verwendung von Klimafinanzierungsströmen aus öffentlichen Mitteln ist auf das Kriterium der größtmöglichen ODA-Anrechenbarkeit abzustellen.
- Sicherstellung eines effizienten, effektiven und transparenten Mitteleinsatzes.
- Zielgerichteter Einsatz der Klimafinanzierungsmittel durch spezialisierte Durchführungsorganisationen, qualifiziert aufbereitete Umsetzungspläne, geschulte MitarbeiterInnen sowie bestehende Infrastrukturen vor Ort.

Strategischer Leitfaden des BMF für die Internationalen Finanzinstitutionen 2015 bis 2018

Der Strategische Leitfaden des BMF für die Internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) stellt einen Handlungsrahmen des BMF gegenüber IFIs dar. Der Leitfaden soll einerseits eine kohärente Positionierung bei wichtigen Themen in allen IFIs fördern und andererseits transparent aufzeigen, in welchen Bereichen programmatische Zusammenarbeit mit IFIs seitens des BMF unterstützt wird.

Der Strategische Leitfaden beginnt mit einem Überblick über die allgemeinen, strategischen Ziele der Zusammenarbeit sowie die allgemeine Bedeutung von IFIs. Daraufhin werden die einzelnen IFIs, an welchen Österreich beteiligt ist, vorgestellt. In weiterer Folge werden die zentralen thematischen Felder der Zusammenarbeit behandelt, die für die inhaltliche Kooperation mit IFIs von Bedeutung sind. Diese sind zum Beispiel inklusives, nachhaltiges Wachstum, gute Regierungsführung, Gender Mainstreaming, nachhaltige Entschuldung sowie Resultatmessung und Wirkungsanalyse. Diese Themenfelder stellen eine Auswahl von gegenwärtig besonders wichtigen Themen in den IFIs dar. Abschließend werden die vier Schwerpunkte der programmatischen Zusammenarbeit dargestellt. In diesen Bereichen können spezielle Kooperationsprogramme des BMF mit den IFIs abgeschlossen werden. Diese sind:

- 1) nachhaltige Energie und Klimaschutz
- 2) Wasser und Siedlungshygiene
- 3) Privat- und Finanzsektor-Entwicklung sowie
- 4) urbane Entwicklung.

OeEB-Strategie 2013 bis 2017

Die OeEB folgt den Zielen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, berücksichtigt dabei aber auch österreichische außenpolitische und außenwirtschaftliche Interessen. Die Projekte sind darauf ausgerichtet, den Privatsektor in den Zielländern zu stärken. Der inhaltliche Fokus der Arbeit liegt in den nächsten Jahren auf folgenden Themen:

- Förderung von Mikro-, Klein- und mittleren Unternehmen (MKMU)
- Erneuerbare Energie
- Ressourceneffizienz

Grundsätzlich kann die OeEB in allen Entwicklungsländern gemäß OECD-DAC-Liste tätig werden. Ein geografischer Fokus liegt im aktuellen Strategiezyklus auf folgenden Regionen: Afrika, Südkaukasus/Zentralasien, Südost-/Osteuropa und Zentralamerika/Karibik. Bis 2017 soll der Anteil der LDCs gemessen am Finanzierungsvolumen auf 20 Prozent gesteigert werden.

Österreichische Sicherheitsstrategie 2013: Sicherheit in einer neuen Dekade – Sicherheit gestalten

Moderne Sicherheitspolitik ist heute ein Querschnittsthema, das in beinahe allen Lebens- und Politikbereichen mitgedacht werden muss. Sie muss umfassend und integriert angelegt, aktiv gestaltet und solidarisch umgesetzt werden.

Die Sicherheitsstrategie nimmt auf die UNO-Entwicklungsziele Bezug. Umfassende Sicherheit bedeutet, dass äußere und innere sowie zivile und militärische Sicherheitsaspekte aufs Engste verknüpft sind. Sie geht über den Rahmen der klassischen Sicherheitsressorts hinaus und schließt Instrumente der Wirtschafts-, Sozial-, Integrations-, Entwicklungs-, Umwelt-, Landwirtschafts-, Finanz-, Verkehrs- und Infrastruktur-, Bildungs-, Informations- und Kommunikations- sowie der Gesundheitspolitik ein.

Die komplexen Probleme in Sicherheitsfragen können nur mehr durch internationale Kooperation gelöst werden. Damit wird die Rolle von internationalen Organisationen und Foren und deren Zusammenwirken im Sinne eines „Comprehensive Approach“ immer bedeutender. Dabei sollen – wie auf österreichische Initiative im „Wiener 3C-Appell“ gefordert – die Gesichtspunkte der Koordination, der Komplementarität und der Kohärenz (engl. coordination, complementarity and coherence – 3C) prioritär beachtet werden.

Die EU GSVP Operationen decken einen breiten Bereich an Krisenmanagement-Missionen bis hin zu entwicklungsrelevanten komplexen zivilen Missionen zum Aufbau eines umfassenden Rechtsstaatsystems ab. Als wichtiger Akteur wird in der Strategie zudem die OSZE im Bereich der menschlichen Dimension inklusive der Menschen- und Minderheitenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit genannt.

Die Fähigkeit zur vertieften zivil-militärischen Zusammenarbeit ist von zentraler Bedeutung für die Auftragserfüllung im In- und Ausland und soll weiter ausgebaut werden. Im internationalen Rahmen basiert die zivil-militärische Zusammenarbeit auf den Zielen und Prinzipien des österreichischen Leitfadens „Sicherheit und Entwicklung“ sowie auf dem österreichischen Auslandseinsatzkonzept.

Wir setzen uns auf internationaler und nationaler Ebene in verschiedenen Gremien für Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung ein und werden unsere gemeinsamen Anstrengungen für Politikkohärenz verstärkt fortsetzen. Hinsichtlich dieser Absicht gilt es im Zuge der Umsetzung des Dreijahresprogrammes, die aufgelisteten nationalen Abstimmungsformate und -prozesse einem noch besseren gesamtstaatlichen Koordinationsmechanismus zuzuführen:

Ebenen der Politikkohärenz

Internationale Ebene	VN und EU
	<ul style="list-style-type: none"> - ECOSOC und 3. Komitee der Generalversammlung der VN - OECD DAC Network on Policy Coherence - EU Netzwerk zu Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung, nationale Verantwortliche („focal points“) - EU Ratsebene - EK-ExpertInnentreffen zu EU-Positionen, z. B. Handel & Entwicklung - EU Joint Programming

Nationale Ebene	Zusammenwirken der Ressorts für Politikkohärenz für Entwicklung
	<ul style="list-style-type: none"> - auf politischer Ebene: <ul style="list-style-type: none"> - Entwicklungspolitischer Jour Fixe, NRO-Dialog, Entwicklungspolitischer Beirat, Dialog mit dem Parlament - Prüfung von Umwelt- und Entwicklungsaspekten in der österreichischen Außen-, Handels- und Agrarpolitik - auf Arbeitsebene: Interministerielle Arbeitsgruppe PCD, Evaluierungen (Länder, Themen) - Thematische Plattformen: Umwelt und Entwicklung, AG Internationale Klimafinanzierung, 3C Jahrestagung Sicherheit und Entwicklung, Umsetzung des Österreichischen Auslandseinsatzkonzepts, Austrian Peacebuilding Plattform, Humanitäre Koordinationsplattform - Gemeinsame Missionen (Beirat, Wirtschaft, Medien ...) in Schwerpunktländern - Abstimmung im Rahmen von OeKB- und OeEB-Projekten

Strategieebene	Themen
Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik	<ul style="list-style-type: none"> - Abgestimmtes Handeln aller AkteurInnen - Zusammenwirken mit Klimafinanzierungsstrategie, IFI-Strategie und OeEB-Strategie: <ul style="list-style-type: none"> - Gemeinsamer Planungsrhythmus ab 2018 - Innere Konsistenz schrittweise erhöhen
Strategische Leitfäden Mit betroffenen Ressorts erarbeitete thematische Politikrahmen mit mehrjährigem Horizont	<ul style="list-style-type: none"> - Umwelt und Entwicklung 2009 - Sicherheit und Entwicklung 2011 (Revision aufgrund Evaluierung 2016 geplant) - Wirtschaft und Entwicklung (in Planung) - „Nexus“ (in Planung)
OEZA-Leitlinien Die Erarbeitung der OEZA-Leitlinien auf Durchführungsebene erfolgt in Abstimmung mit betroffenen ODA-Akteuren	Armutsminderung, Energie, Friedenssicherung und Konfliktprävention, Geschlechtergleichstellung und Empowerment von Frauen, Good Governance, Humanitäre Hilfe, Ländliche Entwicklung, Menschenrechte, NRO-Kooperation, Wasser, Wirtschaft und Entwicklung
Landes-/Regionalstrategien Zentrale Plattformen für Programmplanung im gesamtstaatlichen Format	Abgestimmte Erstellung von Landes- und Regionalstrategien unter systematischer Berücksichtigung der Querschnittsthemen

II. Österreichische Entwicklungs- zusammenarbeit: Profil und Umsetzung

Themen und Aktionsbereiche

Armut bekämpfen und Chancen vor Ort ermöglichen

Entwicklungszusammenarbeit soll Stabilität sowie die Verwirklichung fairer, den Menschenrechten entsprechender und nachhaltiger Existenzgrundlagen in den Partnerländern schaffen, Möglichkeiten für Menschen in diesen Ländern, aber auch in Österreich bieten sowie die Wirtschaft ankurbeln und damit ein eigenständiges Leben fördern.

Armut umfasst ökonomische, gesellschaftliche und soziale Aspekte. Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit müssen sich an den spezifischen Bedürfnissen und Rechten jener orientieren, die von Armut besonders betroffen, benachteiligt und in ihrer Existenz gefährdet sind. Österreichs Entwicklungszusammenarbeit legt daher auch einen Schwerpunkt auf die ärmsten Gruppen in den am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs). Parallel zum lokalen Engagement geht es darum, auch die globalen Rahmenbedingungen mitzugestalten, um langfristige Erfolge und die größtmögliche Wirkung bei der Armutsbekämpfung zu erzielen.

Alle inhaltlichen Schwerpunkte des vorliegenden Programms orientieren sich an den nachhaltigen Entwicklungszielen. In Umsetzung dieser Vorgaben konzentriert sich Österreich auf:

BILDUNG

Als wesentlicher Faktor für Armutsminderung und nachhaltige Entwicklung kann Bildung zur sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Entwicklung einen zentralen Beitrag leisten. Gut ausgebildete Menschen haben bessere Chancen auf eine adäquate Beschäftigung und eine verantwortungsvolle Beteiligung an der gesellschaftlichen Entwicklung. Sie können den Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften im jeweiligen Land decken und sind für die Erfordernisse der zunehmenden Internationalisierung in Wirtschaft und Wissenschaft gerüstet.

Bildungssysteme sind daher in Entsprechung eines ganzheitlichen Konzepts von Bildung inklusiv und gleichberechtigend zu gestalten. Sie sollen insbesondere die Bedürfnisse marginalisierter und benachteiligter Gruppen berücksichtigen. Die gleichberechtigte Teilnahme von Frauen und Männern (bzw. Mädchen und Buben) sowie die Adressierung von Gender-Stereotypen und diskriminierenden gesellschaftlichen Normen spielen deshalb in der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit eine wichtige Rolle.

Seit Beginn der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit gehört der Bildungssektor zu den wichtigsten inhaltlichen Schwerpunkten. Der Fokus des österreichischen Engagements liegt auf den Bereichen Berufsbildung (u. a. praxis- und bedarfsorientierte Bildungsangebote) und Wissenschaft (u. a. institutionelle Stärkung etwa im Hochschulbereich, Stärkung von Forschungskapazitäten).

Bis 2015 hat sich Österreich dabei an Referenzrahmen wie Education for All und den Millenniums-Entwicklungszielen orientiert. Die Erweiterungen der Bildungsziele (u. a. ganzheitlicher Bildungsbegriff, Bereitstellung qualitativer Bildung, Fokus auf Gleichberechtigung) im Rahmen der nachhaltigen Entwicklungsziele werden von Österreich unterstützt. Dies gilt auch für das Aktionsprogramm Bildung für Nachhaltige Entwicklung der UNESCO. Österreich orientiert sich zudem an den Prinzipien der Pariser Deklaration und an den Ergebnissen der Folgetreffen wie Busan.

Kapazitätsentwicklung ist einer der zentralen methodischen Ansätze für die Umsetzung der Maßnahmen. Darüber hinaus werden unterschiedliche Formen von Wissens-/Erfahrungsaustausch und Kooperationen auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene (insbesondere auch Süd-Süd) forciert.

Aktionsbereiche

Österreich unterstützt bedarfsorientierte Bildungsmaßnahmen mit Blick auf Bildung als öffentliches Gut und gesamtgesellschaftliche/-staatliche Aufgabe

- zur Stärkung und Entwicklung von zeitgemäßen, inklusiven Bildungssystemen (u. a. mit Durchlässigkeit zwischen den Bildungsebenen sowie zwischen formaler und non-formaler Bildung) unter Berücksichtigung und Einbindung aller relevanten Stakeholder einer Gesellschaft,
- zur Erhöhung der Chancengerechtigkeit und dem damit verbundenen Zugang zu Bildung insbesondere für arme und marginalisierte Bevölkerungsgruppen, ethnische und religiöse Minderheiten, Menschen mit Behinderung und Menschen in Krisensituationen sowie zur Reduktion von genderbezogenen Barrieren,
- zur Erhöhung und Sicherstellung von Bildungsqualität.

Österreich unterstützt bedarfsorientierte Maßnahmen im Bereich der beruflichen Bildung

- zur Unterstützung von Reformprozessen im Berufsbildungsbereich,
- zur Erhöhung der Arbeitsmarktrelevanz, Praxisorientierung, Inklusivität und Qualität beruflicher Aus- und Weiterbildung sowohl auf schulischer als auch betrieblicher Ebene sowie kombinierter Angebote bzw. der Schaffung neuer, zeitgemäßer, im Bildungssystem verankerter Berufsbildungsangebote,
- zur Förderung von Unternehmertum/Entrepreneurship,
- zur Förderung und Etablierung von Strukturen für die nachhaltige Kooperation zwischen Bildung, Wirtschaft und Sozialpartnern,
- zur Verbesserung der Berufsberatungs- und Berufsorientierungsangebote sowie generell der Schnittstellen von Aus- und Weiterbildung mit dem Arbeitsmarkt.

Österreich unterstützt bedarfsorientierte Maßnahmen im tertiären Bereich

- zur Unterstützung von Reformprozessen im Hochschulbildungsbereich, in Wissenschaft und Forschung,
- zur Stärkung institutioneller und personeller Kapazitäten in Lehre, Forschung und Management,
- zur Förderung zeitgemäßer Studienprogramme unter Berücksichtigung von Arbeitsmarktrelevanz, Bedarfsorientierung, Inklusivität und Qualität,
- zur Förderung regionaler und internationaler Kooperationen (insbesondere mit österreichischer Beteiligung),
- zur Förderung der Mobilität von Studierenden und Lehrenden unter Vermeidung von brain drain und Stimulierung von brain circulation,
- zur Förderung eines breiten Hochschulzuganges insbesondere für arme und marginalisierte Bevölkerungsgruppen.

In Österreich werden darüber hinaus Forschung und Lehre zu Themen der Entwicklung unterstützt.

SICHERUNG DES FRIEDENS UND MENSCHLICHER SICHERHEIT, MENSCHENRECHTE UND MIGRATION

Förderung, Schutz und Verwirklichung der Menschenrechte sowie die Verwirklichung von Freiheit und Selbstbestimmung sind Leitwerte der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

Dies erfordert

- die Orientierung an international vereinbarten Menschenrechtsstandards und deren Interpretation⁷,
- die systematische Anwendung der menschenrechtlichen Prinzipien der Partizipation, Transparenz, Rechenschaftspflicht und Nicht-Diskriminierung sowie
- die Kapazitätsentwicklung von PflichtenträgerInnen (primär staatliche Institutionen), um Menschenrechte zu erfüllen, und von RechtsträgerInnen (Menschen, Zivilgesellschaft), um Menschenrechte effektiv einzufordern.

7) In Übereinstimmung mit internationalen Menschenrechtsverträgen sowie Empfehlungen internationaler Monitoring-Mechanismen, EU-Ratsschlussfolgerungen vom 19. Mai 2014, der „Toolbox for a rights based approach encompassing all human rights in EU development cooperation“, OEZA-Leitlinien „Good Governance“ und „Menschenrechte“ und den österreichischen Nationalen Aktionsplänen zu Menschenhandel, Behinderung, Menschenrechten sowie zur Umsetzung der VN-SR Res. 1325 (2000) betr. Frauen, Friede, Sicherheit und den UN Guiding Principles on Business and Human Rights

8) In Übereinstimmung mit dem „New Deal for Engagement in Fragile States“.

9) In Übereinstimmung mit dem Strategischen Leitfaden „Sicherheit und Entwicklung“ sowie dem Wiener 3C Appell

Österreich verfolgt einen menschenrechtsbasierten Ansatz zur Umsetzung der in diesem Programm festgelegten Ziele. Daher spiegelt sich der menschenrechtsbasierte Ansatz über spezifische Aktionsbereiche hinaus als umfassender **Grundansatz in allen Interventionsbereichen** wider und wird in allen Phasen der Planung und Umsetzung von Programmen und Projekten sowie im politischen Dialog angewendet.

Menschliche Sicherheit und Sicherung des Friedens bedingen einander und sind eines der drei Hauptziele der EZA. In fragilen und Konfliktsituationen kommt den menschenrechtlichen Prinzipien aufgrund der schwachen staatlichen Strukturen besondere Bedeutung zu. Das Dreijahresprogramm 2016 bis 2018 stellt daher die Förderung von Konfliktprevention und -transformation, Friedensförderung und Friedenskonsolidierung zum Aufbau friedlicher und inklusiver Gesellschaften, die den Menschen ein Leben in Freiheit, Würde und Sicherheit ermöglichen, in den Mittelpunkt der Aktivitäten im Bereich menschliche Sicherheit⁸. Im Zusammenhang mit menschlicher Sicherheit und Friedensförderung, Menschenrechten und Migration ist ein gesamtstaatlicher Ansatz, der ein kohärentes, komplementäres und koordiniertes Handeln ermöglicht, besonders wichtig⁹.

Im migrationspolitischen Kontext trägt Entwicklungszusammenarbeit dazu bei, Ursachen von erzwungener Flucht und irregulärer Abwanderung – wie zum Beispiel Menschenrechtsverletzungen, Konflikte, Gefährdung der Umwelt, Arbeitslosigkeit und extreme Armut – zu bekämpfen. Die aktuell weltweit höchsten Flüchtlings- und Zahlen von Binnenvertriebenen sowie die aktuelle Flüchtlingsbewegung haben dem Thema besondere Aktualität gegeben. In unseren Partnerländern zielen wir auf die Verbesserung der Lebensbedingungen ab, indem wir Einkommensmöglichkeiten und Rahmenbedingungen für nachhaltiges Wirtschaften schaffen. So sind Wirtschaftspartnerschaften mit österreichischen Unternehmen und das System der (dualen) Berufsbildung ein wichtiger Beitrag, um den Menschen in unseren Partnerländern neue Lebensperspektiven zu eröffnen. Indem wir Maßnahmen zur Förderung von Rechtsstaatlichkeit und guter Regierungsführung unterstützen, tragen wir zum Aufbau von verantwortungsbewussten Regierungen und Gesellschaften bei.

Da Entwicklungszusammenarbeit mittelfristig einen Beitrag zur Bekämpfung der Ursachen von Migration auch in jenen Herkunftsländern leistet, die derzeit nicht zu unseren Schwerpunktländern zählen, streben wir dort, wo wir nicht durch eigene Vertretungsstrukturen präsent sind, künftig eine stärkere Zusammenarbeit mit EU- und VN-Einrichtungen sowie anderen Geberländern an. In Post-Konfliktländern und -regionen leistet die Entwicklungszusammenarbeit, die im besten Fall auf der kurzfristigen humanitären Hilfe und Maßnahmen des internationalen Krisen- und Konfliktmanagements aufbauen sollte,

auch einen Beitrag zur Förderung von Frieden, Demokratisierung und Entwicklung, um den Wurzeln von Radikalisierung, gewaltbareitem Extremismus und terroristischer Rekrutierung entgegenzuwirken.

Entwicklungszusammenarbeit muss durch gegenseitige Verantwortung und Verpflichtung gekennzeichnet sein. Österreich ist derzeit Ziel- und Transitland einer massiven Flüchtlingsbewegung. Es ist daher vor diesem Hintergrund in der Kooperation mit den Herkunftsländern erforderlich, die Leistungen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in den Partnerländern stärker mit dem Aufbau funktionierender rechtsstaatlicher Strukturen im Bereich Migrations- und Asylpolitik zu verbinden. Dabei ist auch die funktionierende Anwendung von Rückübernahmeabkommen mit Österreich zu berücksichtigen.

Österreichs Entwicklungszusammenarbeit knüpft an eine aktive Integrationspolitik in Österreich an und nützt das daraus resultierende Potenzial der bereits in Österreich lebenden ZuwanderInnen. Dabei sollen Synergien gestärkt werden und das Know-how von Diaspora-Gemeinden für entwicklungspolitisch relevante Aktivitäten in ihren Herkunftsländern genutzt werden. Die Förderung von Unternehmertum („MigrantInnen als BrückenbauerInnen“) und ein verbessertes System zur Anerkennung von Qualifikationen in Österreich sollen dazu einen Beitrag leisten.

Aktionsbereiche

Friede

- Unterstützung fragiler Staaten und in fragilen Situationen beim Aufbau staatlicher Strukturen (Peacebuilding und Statebuilding, Übergangsgerechtigkeit und Resilienz)
- Förderung des Menschenrechts- und interkulturellen Dialogs auf allen Ebenen, insbesondere innerhalb der Zivilgesellschaft
- Mediation, Vertrauensbildung und Begleitung von Friedensprozessen
- Maßnahmen zur Verhinderung der Entstehung und Verbreitung von gewaltbareitem Extremismus, der den Nährboden für terroristische Rekrutierung bildet
- Stärkung und Förderung von Frauen in allen Phasen der Konfliktbewältigung (gemäß UNSCR 1325 und Folgeresolutionen)
- Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten (gemäß UNSCR 1894)
- Ausbau und Förderung der Frühwarnsysteme und Maßnahmen der Sicherheitssektore reform
- Kapazitätsentwicklung, Stärkung und Förderung von regionalen Organisationen und Netzwerken
- konfliktsensitives Vorgehen in allen Programmen und Projekten.

Menschenrechte

- Schutz und Förderung der Rechte von Frauen, Kindern und Jugendlichen, Menschen mit Behinderungen, älteren Menschen, ethnischen und religiösen Gruppen
- Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte (u. a. menschenwürdige und diskriminierungsfreie Arbeitsbedingungen, Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit, inklusive soziale Sicherung, Recht auf den höchstmöglichen Gesundheitsstandard)
- Stärkung der Zivilgesellschaft in den Partnerländern (auch im Wege des Dialogs mit Diaspora-Organisationen)
- Bekämpfung von Menschenhandel¹⁰⁾
- Schutz von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen (humanitäre Hilfe und Unterstützung beim Aufbau von Kapazitäten für den Flüchtlingsschutz in Partnerländern sowie Unterstützung bei der Schaffung sicherer Fluchtwege; Förderung der Reintegration von RückkehrerInnen)
- Nicht-Diskriminierung und Partizipation von älteren Menschen, ethnischen/religiösen Gruppen, LGBTI-Personen und anderen gefährdeten Gruppen.

10) In Übereinstimmung mit dem österreichischen NAP Menschenhandel

Demokratie

- Stärkung guter Regierungsführung und von Rechtsstaatlichkeit/Rechenschaftspflicht durch Institutionen- und Kapazitätsentwicklung (z. B. Parlamente, Ombudsmanneinrichtungen, Rechnungshöfe, Justiz), Zugang zu Recht und zu effektiven Rechtsmitteln, Beschwerde- und Entschädigungsmechanismen sowie Transparenz und Anti-Korruptionsmaßnahmen unter Einbindung der Zivilgesellschaft
- Unterstützung der Arbeit von Qualitätsmedien sowie lokaler und gemeindebasierter Medien zur Bewusstseinsbildung; Förderung der Sicherheit von JournalistInnen
- Stärkung des menschenrechtsbasierten Ansatzes und der Unternehmensverantwortung in einem menschenrechtlichen Sinn (wie nachhaltige Umwelt- und Sozialstandards) im Bereich Privatsektorenentwicklung sowie in multilateralen Institutionen unter Anwendung der UN Guiding Principles for Business and Human Rights (Ruggie Principles)

Migration

- Verbesserung der Lebensbedingungen durch Schaffung von Einkommensmöglichkeiten und Rahmenbedingungen für nachhaltiges Wirtschaften
- Kooperation mit Partnerländern zur Förderung von Rechtsstaatlichkeit und guter Regierungsführung, insbesondere für migrationssensitive Arbeitsmarkt-, Sozial- und Mobilitätspolitiken
- Friedens- und Toleranzförderung, um Extremismus und Radikalisierung hintanzuhalten
- Kooperationen auf EU- und VN-Ebene.

WASSER – ENERGIE – ERNÄHRUNGSSICHERHEIT

11) 80 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen in Afrika und Asien werden von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern genutzt, die nur über wenig Land verfügen. Die Existenz- und Ernährungssicherung dieser Kleinbetriebe braucht angepasste Methoden, ökologisch nachhaltige und ressourcenschonende Produktion sowie die Verbesserung des Zugangs zu lokalen und regionalen Märkten. Investitionen in die lokale Infrastruktur (insb. Verbesserung der Lagerhaltung und Weiterverarbeitung zur Vermeidung von Nachernteverlusten), inklusiver Zugang zu Finanzdienstleistungen, nachfrageorientierte Beratung und Kapazitätsentwicklung sowie Förderung von Produzentenvereinigungen sind entscheidende Faktoren für die Erhöhung lokaler Wertschöpfung.

Globale Trends wie Bevölkerungswachstum, veränderte Konsumgewohnheiten oder Klimawandel erhöhen den Druck auf die zunehmend beschränkt vorhandenen natürlichen Ressourcen. Manche Maßnahmen der landwirtschaftlichen Produktion, Energie- und Wasserversorgung sowie unsachgemäße Abwasserentsorgung können die vorhandenen Ökosysteme gefährden und tragen durch nicht nachhaltige Praktiken zum Klimawandel bei. Sauberes Trinkwasser gilt zudem als eine sehr relevante und nachhaltige Form der Gesundheitsförderung. **Die Sicherung des Zugangs zu natürlichen Ressourcen und deren nachhaltige Nutzung sind daher von entscheidender Bedeutung für Entwicklung.** Diese Themen stehen auch im Zentrum der nachhaltigen Entwicklungsziele.

Wasserversorgung und Siedlungshygiene, erneuerbare Energie sowie ländliche Entwicklung und die Förderung bäuerlicher Familienbetriebe¹¹ bilden seit Jahren thematische Schwerpunkte, bei denen Österreich international Profil aufweist und Mehrwert ermöglicht. Diese Ausrichtung wird im Zeitraum 2016 bis 2018 um ein wesentliches Anliegen ergänzt: Zukünftige Ansätze und Entwicklungsmaßnahmen sollen verstärkt die Wechselbeziehungen, Synergien und möglichen Zielkonflikte zwischen den einzelnen Sektoren (Land- und Forstwirtschaft/Ernährungssicherheit, Wasser und Energie) sowie mit den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz berücksichtigen. Die systemische Analyse auf Strategie-, Programm- und Projektebene („Nexus-Ansatz“) ermöglicht nachhaltige Lösungen.

Ökosoziale Leitprinzipien

- Wirtschaftliche Entwicklung mit geringem Ressourcenverbrauch und geringen Umweltbelastungen
- Gleichberechtigte Zugangs-, Besitz- und Nutzungsrechte zu bzw. an natürlichen Ressourcen
- Mitgestaltung politischer Prozesse und konkrete Teilnahme von Frauen und benachteiligten Bevölkerungsgruppen an der Entscheidungsfindung
- Erhaltung der biologischen Vielfalt, Schutz der Umwelt und nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen sowie Schutz von Ökosystemen
- Berücksichtigung der spezifischen Interessen und Bedürfnisse von benachteiligten Bevölkerungsgruppen und von Frauen, insbesondere auf lokaler Ebene, wo die Leistungen von Frauen in der Landwirtschaft, bei der Ernährung der Familie sowie der Beschaffung von Wasser und Brennstoffen oft weitgehend unbeachtet bleiben.

Aktionsbereiche

Österreich hat eine auf internationaler Ebene anerkannte Vorbildfunktion und Fachkompetenz bei innovativen Problemlösungen für ökologische Landwirtschaft, integrierte Regionalentwicklung und angewandte Agrarforschung. Künftig sollen auch die Stärken Österreichs im Bereich der nachhaltigen Siedlungswasserwirtschaft, der erneuerbaren Energie/Energieeffizienz (insb. Wasserkraft, Solarenergie, Biomasse, energieeffizientes Bauen) und der Stadtentwicklung den lokalen AkteurInnen zugutekommen. Österreich konzentriert sich insbesondere auf die Entwicklung des ländlichen Raums sowie von kleinen und mittleren Städten. Ziele sind:

- Erhöhung der Ernährungssicherheit durch lokal/regional produzierte und konsumierte Nahrungsmittel (Ernährungssouveränität) sowie Verwirklichung des Rechts auf Nahrung
- Verbesserung der lokalen Wertschöpfung durch Steigerung der Produktivität, Vermeidung von Ernte- und Nachernteverlusten sowie Erleichterung des Marktzugangs
- nachhaltige und inklusive Landnutzungsplanung, u. a. durch Förderung einer ökologisch nachhaltigen Produktion
- aktiver Beitrag zur Gewährleistung von Besitz- und Nutzungsrechten der lokalen Bevölkerung¹²
- Verbesserung des inklusiven Zugangs zu Wasser und Sanitärversorgung sowie der Förderung eines nachhaltigen Managements von Wasserressourcen (Recht auf Wasser)¹³
- Sicherstellung des Zugangs zu erschwinglicher, verlässlicher und nachhaltiger Energie für alle Bevölkerungsgruppen¹⁴
- Stärkung von Betreiberstrukturen von wasser- und energiewirtschaftlicher Infrastruktur für die Sicherstellung einer nachhaltigen Versorgung der Bevölkerung und Aufrechterhaltung eines gleichberechtigten Zugangs
- Förderung erneuerbarer Energielösungen/Energieeffizienz für eine sozial inklusive und ökologisch nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in den Partnerländern
- Schutz der natürlichen Ressourcen, Erhaltung der Biodiversität und von Ökosystemen (etwa Quelleinzugsgebiete, Wälder, Berge)
- Stärkung von Kapazitäten sowie der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Ermächtigung (empowerment) benachteiligter und verwundbarer Bevölkerungsgruppen
- nachhaltige, kommunale Städteplanung zur Verbesserung der Ressourceneffizienz, ökologischen Verträglichkeit und sozialen Inklusion in kleinen und mittleren Städten.

12) Siehe z. B. Voluntary Guidelines on the responsible governance of tenure of land, fisheries and forests in the context of national food security, FAO 2012, <http://www.fao.org/docrep/016/i2801e/i2801e.pdf>;
Principles for responsible investment in agriculture and food systems, CFS 2014 http://www.fao.org/fileadmin/templates/cfs/Docs1314/rai/CFS_Principles_Oct_2014_EN.pdf

13) Aufgrund des zunehmenden Nutzungsdrucks sowie des prognostizierten steigenden Bedarfs an Wasser gekoppelt mit den Auswirkungen des Klimawandels gewinnen integratives Ressourcenmanagement und nachhaltiger Ressourcenschutz zunehmend an Bedeutung.

14) Die Sicherung des Zugangs der Bevölkerung zu erneuerbarer Energie und verstärkte Energieeffizienz, insbesondere von öffentlichen Einrichtungen (Gesundheit), sowie die Reduzierung von negativen ökologischen Folgen (Verschmutzung, Treibhausgase) und Ressourceneffizienz sind essenziell. Die Förderung erneuerbarer Energien bietet auch wirtschaftliche Chancen, etwa für die Produktion und Weiterverarbeitung. Energieversorgung darf jedoch nicht auf Kosten der Ernährungssicherheit oder der Umwelt gehen.

WIRTSCHAFT & ENTWICKLUNG

Nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung ist neben anderen Faktoren eine maßgebliche Voraussetzung für die Verbesserung von Lebensbedingungen und individueller Selbstbestimmung aller in Entwicklungsländern. Dabei sollen Länder, in denen die wirtschaftliche Tätigkeit stattfindet, beim Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen und Kapazitäten zur lokalen Ressourcenmobilisierung unterstützt werden. Ein dynamischer Privatsektor spielt eine wichtige Rolle im wirtschaftlichen Entwicklungsprozess. Er ist unverzichtbar als Motor für Investitionen, Innovationen und Wachstum, für die Schaffung von menschenwürdigen Arbeitsplätzen und existenzsicherndem Einkommen sowie für Devisen- und Steuereinnahmen. Die Förderung des Privatsektors hat in den letzten Jahren in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit an Bedeutung gewonnen. Die jüngsten EU-Ratsschlussfolgerungen¹⁵ sehen den Privatsektor in einer zentralen Rolle für Armutsminderung, nachhaltige Entwicklung und inklusives Wachstum. Auch in der Agenda 2030 kommt dem Privatsektor eine Rolle zu.

15) Schlussfolgerungen des Rates zur Rolle des Privatsektors für die Entwicklung, Pkt. 6

In vielen Entwicklungsländern fehlt es an stabilen Rahmenbedingungen und Institutionen für privatwirtschaftliche Tätigkeiten sowie an lokaler Nachfrage. Ein großer Teil unternehmerischer Tätigkeit ist im informellen Bereich angesiedelt. Märkte funktionieren oft nur unzureichend. Der Zugang zu relevantem Wissen, Technologie, Infrastruktur oder Finanzdienstleistungen – Krediten, Spareinlagen, Versicherungen – ist für kleine und mittlere Betriebe erschwert. Auch Remittances sind entwicklungsrelevant.

Produktionsprozesse und Handel sind zunehmend entlang von globalen Produktionsnetzwerken organisiert. Die Integration in diese Produktionsnetzwerke und das Erreichen einer höheren Wertschöpfung stellt viele Firmen vor große Herausforderungen. Für die Förderung der lokalen Produktion und Nachfrage ist es zudem wichtig, das Funktionieren des Marktsystems zum Wohl der lokalen Bevölkerung zu verbessern und inklusive Geschäftsmodelle zu entwickeln. Erfahrungen zeigen, dass für inklusive ökonomische Entwicklung struktureller Wandel nötig ist – eine Verschiebung von Aktivitäten mit niedriger zu solchen mit hoher Produktivität.

Die zuvor genannten Rahmenbedingungen umfassen einerseits ein „Business Enabling Environment“, wie etwa Besitztitel, effiziente Verwaltung, fairen Wettbewerb und nötige Infrastruktur, sowie andererseits Politiken, die strukturellen Wandel, Technologietransfer und Lernen fördern. Maßnahmen sollten im Dialog zwischen dem öffentlichen und dem Privatsektor entwickelt werden und auf bestehenden Stärken und Potenzialen aufbauen. Es bedarf auch sozialpolitischer Maßnahmen zur Abfederung negativer Auswirkungen des Strukturwandels und zur Reduktion von Armut. Auch ein internationales Umfeld, das genügend Politikspielraum für den Aufbau eines lokalen Privatsektors einräumt und die Entwicklung von ökologischen und sozialen Mindeststandards fördert, ist nötig.

Österreich unterstützt daher einerseits seine Partnerländer bei der Entwicklung einer starken Privatwirtschaft, die weite Teile der Bevölkerung miteinbezieht. Andererseits wird die Zusammenarbeit mit dem lokalen, österreichischen und internationalen Privatsektor gefördert, um entwicklungspolitische Ziele nachhaltig zu erreichen. Wirtschaftliche Partnerschaften zwischen Zielländern und Österreichs Wirtschaft bieten österreichischen Unternehmen zudem wichtige Perspektiven und Chancen für Investitionen, Exporte und Marktzugänge.

Aktionsbereiche

Wichtig ist für Österreich, nachhaltiges inklusives und verantwortungsvolles Wirtschaften in den Partnerländern zu fördern, den Privatsektor als Motor für Investitionen, Innovationen und Wachstum zu stärken und Synergien mit heimischen Unternehmen besser zu nutzen. Dabei beachtet Österreich die menschenrechtlichen Standards, das Nachhaltigkeitsprinzip sowie die Decent Work-Agenda¹⁶ und die Stärkung der Rolle von Frauen in der Wirtschaft. Im Planungszeitraum steht folgende Agenda im Mittelpunkt:

Verbesserung der Rahmenbedingungen und Stärkung der unternehmerischen Verantwortung

- Österreich trägt durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeit zur Verbesserung des Investitionsklimas in Entwicklungs- und Transitionsländern bei (v. a. durch Nutzung der Expertise der multilateralen Entwicklungsbanken). Ein weiteres Ziel ist die Entwicklung von sektor- bzw. industriespezifischen Strategien sowie Politikreformen in Schlüsselsektoren. Zudem soll das organisatorische und technische Know-how der zahlreichen öffentlichen und halböffentlichen Einrichtungen sowie von Institutionen der Sozialpartnerschaft besser genutzt und zur Verfügung gestellt werden.
- Österreich unterstützt Initiativen für fairen Handel (im Sinn von FAIRTRADE), das Einhalten der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sowie die Stärkung der unternehmerischen Verantwortung bei Menschenrechts-, Sozial- und Umweltstandards, auch in Zusammenhang mit internationalen Wertschöpfungsketten. Dabei wird besonderes Augenmerk auf ein Funktionieren der rechtlichen und institutionellen Bedingungen für ein effektives Wahrnehmen unternehmerischer Verantwortung gelegt. Österreich orientiert sich dabei an den VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen als international politisch verbindlicher Rahmen.

Steigerung der Produktivität

- Um die lokale Produktion und Nachfrage zu stärken, setzt sich Österreich für das bessere Funktionieren lokaler Märkte und Produktionsnetzwerke sowie für eine Steigerung der lokalen Wertschöpfung ein.
- Österreich wird Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs zu langfristiger Finanzierung von produktiven Investitionen in Entwicklungs- und Schwellenländern insbesondere für Klein- und Mittelbetriebe (KMU) setzen (via OeEB). Dabei wird auch der Technologie- und Know-how-Transfer gefördert.
- Unternehmen benötigen motivierte, selbstbewusste und gut ausgebildete MitarbeiterInnen. Österreich unterstützt daher die Stärkung der beruflichen Qualifikation und Ausbildung in den Partnerländern. Junge Menschen stehen dabei im Fokus.

Privatsektor als Kooperationspartner

- Die Privatwirtschaft ist ein wichtiger ergänzender Partner der Entwicklungszusammenarbeit. Österreichische Unternehmen spielen eine führende Rolle bei den „Nexus“-Themen Wasser/Energie/Ernährungssicherung und Landwirtschaft, weshalb ein Schwerpunkt in den Bereichen Umwelt- und Energietechnologie gesetzt wird. In diesem Sinn unterstützt Österreich die Steigerung der Ressourcen- und Energieeffizienz in produktiven Prozessen sowie die Minderung der Produktionsverluste und Abfälle einschließlich Emissionen von Treibhausgasen und anderen Luftschadstoffen. Bei der Zusammenarbeit mit dem Privatsektor kommen die Kriterien der EU-Ratsschlussfolgerungen 2014¹⁷ zur Anwendung. Je nach Art des Projekts kann es sinnvoll sein, entweder mit KMU oder auch großen Unternehmen zusammenzuarbeiten. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit trägt dazu bei, die Übernahme von menschenrechtlicher Verantwortung

16) „Decent Work“ steht für menschenwürdige Arbeit. Es handelt sich um ein Konzept der ILO, welches auch von der EU übernommen wurde. Darunter sind alle Bemühungen und Vereinbarungen zu verstehen, die dafür sorgen, dass alle Menschen unter angemessenen Bedingungen, gegen angemessene Bezahlung und zu angemessenen Zeiten arbeiten.

17) Messbare Entwicklungseffekte, Additionalität, Neutralität und Transparenz, gemeinsame Ziele und Kofinanzierung, Demonstrationseffekt, Einhaltung arbeitsrechtlicher, sozialer, ökologischer und steuerlicher Standards, einschließlich Achtung der Menschenrechte

durch Unternehmen u. a. durch Stärkung eines rechtlichen und institutionellen Rahmens zu unterstützen. Österreich setzt sich auch dafür ein, dass entlang internationaler Wertschöpfungsketten Menschenrechte eingehalten werden, insbesondere wenn österreichische Unternehmen in Konfliktregionen tätig sind.

- Es soll zudem die Kooperation zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Unternehmen intensiviert werden. Österreich unterstützt auch neue Geschäftsmodelle, wie z. B. im Bereich Sozialunternehmertum.

QUERSCHNITTSTHEMEN

Querschnittsthemen haben einen engen Bezug zu allen Bereichen der österreichischen Entwicklungspolitik und nehmen daher bei deren Umsetzung eine wichtige Rolle ein.

Die durchgehende Verankerung der Querschnittsthemen sowie deren regelmäßige und transparente Überprüfung ist dabei das wichtigste Handlungsziel.

Durch gezieltes Mainstreaming finden Querschnittsthemen Eingang in Programme und Projekte unter den Schwerpunktthemen, in strategische Fragen und in den politischen Dialog. Sie können auch in eigenen Programmen und Projekten umgesetzt werden. Eine Intensivierung des Informationsaustausches über Querschnittsthemen zwischen den zuständigen nationalen und internationalen Akteuren wird angestrebt.

Die Empfehlung der DAC Peer Review, Querschnittsthemen mit dementsprechenden Instrumenten und Ressourcen zur Umsetzung auszustatten, wird schrittweise umgesetzt.

UMWELT UND KLIMASCHUTZ

Umweltzerstörung trifft die ärmsten und verwundbarsten Bevölkerungsgruppen in Entwicklungsländern am stärksten, da diese direkt von den lokalen natürlichen Ressourcen abhängig sind. Sie haben im Fall von Umweltkatastrophen die geringsten Möglichkeiten, sich zu schützen. Der Zugang zu natürlichen Ressourcen wie Wasser, Land oder Bodenschätzen ist der häufigste Grund für gewaltsame Konflikte in Entwicklungsländern. Angesichts des weltweiten Klimawandels ist es wichtig, bei der Konzeption von Strategien, Programmen und Projekten den Einsatz treibhausgasmindernder Maßnahmen zu forcieren, die zu erwartenden Folgen des Klimawandels zu berücksichtigen und entsprechende Anpassungsmaßnahmen, die u. a. auch zu einer Reduzierung des Risikos von Katastrophen¹⁸ beitragen, zu setzen. Fortschritte in der Entwicklung sollen nicht von den Auswirkungen des Klimawandels zunichtegemacht werden. Zusätzlich zu eigenen Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen sollen alle entwicklungspolitischen Maßnahmen im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf Treibhausgasemissionen, Resilienz gegenüber Klimawandel, Boden, Luft, Wasserkreislauf, biologische Vielfalt und Biosphäre geprüft werden, um negative Auswirkungen zu vermeiden.

18) Im Hinblick auf die Unterstützung der Ziele des „Sendai Framework for Disaster Risk Reduction 2015–2030“

Umwelt & Entwicklung

Die Gründe für Umweltzerstörung sind oft die gleichen wie für Armut. Desertifikation, Bodendegradierung, Wasserknappheit und -verschmutzung, Entwaldung und der Verlust der biologischen Vielfalt wirken sich direkt auf die Ernährungssicherheit, die Gesundheit, das Einkommen und die Lebensgrundlagen der Bevölkerung aus. Waldökosysteme spielen eine wichtige Rolle für die Erhaltung der biologischen Vielfalt bzw. als Kohlenstoffspeicher und Rohstofflieferant. Deshalb wird ein besonderes Augenmerk auf Initiativen zum Schutz und zur nachhaltigen Bewirtschaftung des Waldes durch die Zusammenarbeit mit der lokalen Bevölkerung gerichtet.

Angesichts des fortschreitenden Klimawandels forciert Österreich bei seinen Strategien, Programmen und Projekten auch den Einsatz treibhausgasmindernder Maßnahmen sowie Anpassungsmaßnahmen an die Folgen des Klimawandels. Fortschritte auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung dürfen nicht von den Auswirkungen des Klimawandels zunichtegemacht werden.

Soziale Normen bestimmen Konsum, Nutzung und Management natürlicher Ressourcen. Strategien, Programme und Projekte mit Umweltfokus müssen daher die zugrundeliegenden geschlechtsspezifischen Ursachen von Armut berücksichtigen.

Aktionsbereiche

- Schutz, Erhalt und Wiederinstandsetzung der natürlichen Ressourcen und Ökosysteme als Lebensgrundlage gerade der ärmsten und am meisten benachteiligten Bevölkerungsgruppen
- Steigerung des Anteils an umweltrelevanten Maßnahmen in der gestaltbaren bilateralen Entwicklungszusammenarbeit¹⁹ auf mindestens 35 Prozent
- Stärkung von Umweltgesetzgebung und deren Umsetzung sowie Unterstützung der Partnerländer bei der Bekämpfung von Umweltkriminalität
- Mainstreaming von Umweltaspekten in allen Maßnahmen durch u. a.
 - Minimierung von umwelt- und/oder klimaschädlichen Aktivitäten (z. B. Förderung von high-carbon-Energieformen²⁰) und von environmental offsetting²¹ sowie Unterstützung der Finanzierung von treibhausgasreduzierenden Maßnahmen
 - Prüfung aller Programme und Projekte vor Genehmigung der Förderung im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf Boden, Luft, Wasserkreislauf, biologische Vielfalt und Biosphäre
 - Förderung effektiver Maßnahmen zum Schutz von Klima, Biodiversität, einer nachhaltigen Wassernutzung, nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster, inklusive Chemikalien- und Abfallmanagement, und zur Bekämpfung von Bodenverschlechterung
- Mainstreaming von Umwelt- und Entwicklungsaspekten in der österreichischen Außen-, Handels- und Agrarpolitik.

19) D. h. mit Umweltmarkern versehene Projekte in der bilateralen gestaltbaren ODA; Basiswert: 10 Prozent in den Jahren 2010/11. 20) „High-carbon“ Energieformen umfassen kohlenstofffreisetzende Energiequellen wie Kohle, Öl und Gas.

21) Environmental offsetting meint die Kompensation von Umweltschäden durch Entschädigungszahlungen, Ausweisung alternativer Schutzgebiete o. Ä.

Klimaschutz

In seiner Strategie zur internationalen Klimafinanzierung für die Jahre 2013 bis 2020 erkennt sich Österreich zur Unterstützung von Entwicklungsländern und Schwellenländern im Bereich klimarelevanter Maßnahmen. Dies bezieht sich auf Emissionsminderung (mitigation) und Anpassung an den Klimawandel (adaptation). Die Beiträge 2013 bis 2018 sollen gegenüber jenen von 2010 bis 2012 erhöht werden.

Aktionsbereiche

Öffentliche Mittel zur Klimafinanzierung sollen bestmöglich auf die Mittel der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit angerechnet werden. Angestrebt wird dabei:

- ausgewogenes Verhältnis zwischen Mitigation, Adaptation und Reduktion der Emissionen aus Entwaldung und Walddegradierung (REDD+)
- Mindestanteil an Mitigation-Projekten
- Identifikation von Synergiepotenzialen hinsichtlich Entwicklungszusammenarbeit, Technologietransfer und Low Carbon-Strategien
- Vermeidung von Projekten mit negativen ökologischen Folgen
- Identifikation von Synergiepotenzialen mit österreichischen Unternehmen
- Umwelt- und klimafreundliche Stadtentwicklung in kleinen und mittleren Städten.

Ein Schwerpunkt liegt auf Maßnahmen, die

- direkt den ärmsten Bevölkerungsschichten, ethnischen und religiösen Gruppen oder anderen benachteiligten Gruppen zugutekommen
- Synergien mit dem Schutz von Biodiversität und Ökosystemen bzw. mit Maßnahmen gegen Bodendegradation, Landverödung und Ausbreitung der Wüsten schaffen.

Für die AkteurInnen bedeutet dies:

- Bei klimarelevanten Privatsektor-Projekten in Entwicklungs- und Schwellenländern spielt die OeEB eine bedeutende Rolle. Erneuerbare Energie und Ressourceneffizienz sind ihre Schwerpunktbereiche. Der Beitrag der OeEB kann durch die Bereitstellung von klimarelevanten Investitionsfinanzierungen, das Eingehen von Eigenkapitalbeteiligungen (als Treuhänder für den Bund) oder durch die Finanzierung einschlägiger Maßnahmen aus „Advisory Programmes“ erfolgen.
- Die ADA trägt über Programme zur regionalen Kapazitätsentwicklung für erneuerbare Energie und Energieeffizienz sowie zur institutionellen Stärkung im Forstbereich zum Klimaschutz bei. Sie fördert Anpassungsmaßnahmen in den Bereichen Wasserversorgung/Wasserressourcenschutz, Landwirtschaft und Regionalentwicklung.

GESCHLECHTERGLEICHSTELLUNG

Die Möglichkeit zur individuellen Selbstbestimmung aller Menschen, insbesondere auch von Frauen, ist ein Schlüssel zu wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung. Wichtig dafür sind Gender-Mainstreaming sowie die Definition genderspezifischer Resultate und/oder Indikatoren. Ein Schwerpunkt liegt auf der Förderung der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern am politischen und öffentlichen Leben, insbesondere auch in von Konflikten betroffenen Regionen, auf dem Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt, in der Präsenz von Frauen in Führungspositionen und auf der Abschaffung von diskriminierenden sozialen Normen und Praktiken. Es ist wichtig, Männer in diese Programme mit einzubeziehen, um nachhaltigere und effektivere Gleichstellungsergebnisse zu erzielen. Dies trifft auch auf die Haushaltsplanung und Budgeterstellung zu („Gender Responsive-Budgeting“) und trägt dazu bei, das Gleichstellungsprinzip besser in der Zuteilung von öffentlichen Geldern zu verankern, die Partizipation von Frauen und Männern an Budgetentscheidungen voranzutreiben und Gender-Mainstreaming systematischer im Rahmen der neuen Hilfsmodalitäten („New Aid Modalities“) anzuwenden.

Aktionsbereiche

- Umsetzung des EU Gender Action Plans (GAP II 2016–2020),
- Integration von Gleichstellungsaspekten in den Policy-Dialog mit Partnerregierungen,
- Erreichen des 75 Prozentanteils der Projekte und Programme mit OECD-Gendermarkern 1 und 2, insbesondere durch Erhöhung des Anteils transformativer genderspezifischer Programme zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele, Berücksichtigung von Gleichstellungsaspekten in OEZA-finanzierten Maßnahmen in den Bereichen Klimaschutz sowie erneuerbare Energie, Gender Budgeting,
- Stärkung der Teilhabe von Frauen sowie Schutz vor geschlechtsbasierter Gewalt in allen Phasen der Konfliktbewältigung (Umsetzung der VN-Sicherheitsratsresolution 1325 und Folgeresolutionen).

INTERNATIONALE HUMANITÄRE HILFE

Immer mehr Menschen sind weltweit auf humanitäre Hilfe angewiesen. Anzahl, Ausmaß und Komplexität von Katastrophen und Risiken haben in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Bewaffnete, oft innerstaatlich und über Jahre mit exzessiver Gewalt geführte Konflikte nehmen zu. Die Anzahl der Flüchtlinge und Vertriebenen ist stark angestiegen.

Das Ziel der humanitären Hilfe ist es, Leben zu retten, menschliches Leid zu lindern, Schutz und Versorgung aller betroffenen Menschen in einer humanitären Notlage (Naturkatastrophen, bewaffneten Konflikten, Pandemien) sicherzustellen sowie die Grundlage für eine Rückkehr zu akzeptablen und menschenwürdigen Lebensbedingungen zu schaffen.

Humanitäre Hilfe erfolgt unabhängig, neutral, nicht diskriminierend und unparteilich. Alle Bevölkerungsgruppen, ungeachtet von Herkunft, Ethnie, Geschlecht, sozialem Status, Behinderung, Religion, Alter, Nationalität oder politischer Meinung, haben Anspruch auf humanitäre Hilfe. Die humanitären Prinzipien bilden die oberste Leitlinie bei Maßnahmen der humanitären Hilfe. Humanitäre Hilfe darf nicht an politische, wirtschaftliche, militärische oder sonstige Bedingungen einer Gegenleistung gebunden sein.

Humanitäre Hilfe wird auf Grundlage des humanitären Bedarfs und unter Wahrung der Würde und Rechte der Betroffenen geleistet, wobei besonders schutzbedürftigen Personen wie Kindern, Frauen, älteren Menschen, Menschen mit Behinderungen oder Angehörigen von Minderheiten ein besonderes Augenmerk zu schenken ist. Internationale humanitäre Hilfe erfolgt subsidiär, d. h. wenn die benötigte Hilfe nicht bzw. nicht ausreichend von der lokalen Zivilgesellschaft oder staatlichen und anderen relevanten Akteuren geleistet werden kann.

Österreichs humanitäre Hilfsleistungen erfolgen in Abstimmung mit der internationalen Hilfsgemeinschaft (Gebern und Hilfsorganisationen). Die humanitäre Hilfe wird mit professionellen Partnerorganisationen umgesetzt.

Die verschiedenen AkteurInnen der humanitären Hilfe (international/national sowie staatlich/zivilgesellschaftlich) sollen im Sinn eines gesamtstaatlichen Ansatzes u. a. in Dialog- und Ausbildungsprozesse eingebunden werden. Nothilfe, mittelfristige Rehabilitation und langfristige Entwicklungszusammenarbeit sollen stärker verknüpft werden.

Humanitäre Hilfsmaßnahmen sollen in Entsprechung der international anerkannten Mindeststandards und Richtlinien, wie „Sphere“ oder des Code of Conduct der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung und NRO für die humanitäre Hilfe, durchgeführt werden. In diesem Sinne gilt das Do no harm-Prinzip als zentraler Grundsatz zum Schutz der betroffenen Bevölkerung, d. h. die Vermeidung negativer Auswirkungen von humanitären Interventionen einschließlich solcher auf die Umwelt.

Aktionsbereiche

- Stärkung der Kapazitäten der lokalen PartnerInnen im Sinne des Grundsatzes der Subsidiarität, damit dem steigenden Bedarf an humanitärer Hilfe rasch begegnet werden kann
- erhöhtes Augenmerk auf den Aspekt der Resilienz (Stärkung der Widerstands- und Regenerationsfähigkeit von Individuen, Gemeinden und Systemen; Maßnahmen zur Katastrophenvorsorge) vor allem in den Schwerpunktländern und -regionen
- Die Geschlechtergleichstellung und die Inklusion benachteiligter Personengruppen sollen im gesamten Projektzyklus sichergestellt werden; besondere Berücksichtigung der Bedürfnisse von schwangeren und stillenden Frauen, Kindern, älteren Menschen, Menschen mit Behinderungen und Menschen, die aufgrund ihrer ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit oder ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert werden; Partizipation der betroffenen Personengruppen in lokalen Entscheidungs-, Kontroll- und Verantwortungsmechanismen
- Engagement für die Verbesserung des Schutzes von ZivilistInnen in Konflikten
- Stärkung des internationalen Schutzes von Binnenvertriebenen und Sensibilisierung für deren besondere Bedürfnisse
- Engagement zur Verbesserung der Mechanismen zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts inklusive Respektierung der Kenn- und Schutzzeichen, die zur Kenntlichmachung von geschützten Personen und Orten verwendet werden
- Entwicklung von Programmen (insb. Ausbildung und Kommunikation) für die Sicherheit zivilen österreichischen Personals in Krisen- und Konfliktsituationen (z. B. Hostile Environment Awareness Training/HEAT, Informationsaustausch vor und während Entsendungen)
- enge Zusammenarbeit und regelmäßige Abstimmung aller relevanten Akteure auf nationaler Ebene (vor allem BMI, BMEIA, BMLVS, BMLUFW, ADA)
- Nutzung der humanitären Koordinationsplattform für eine kritische Reflexion der im Rahmen dieses Programms gesetzten humanitären Maßnahmen.

WEITERE WICHTIGE ARBEITSBEREICHE

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE BILDUNGSARBEIT

Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche österreichische Entwicklungspolitik ist eine gut informierte, für die Notwendigkeiten und Chancen der Entwicklungszusammenarbeit sensibilisierte Bevölkerung.

Entwicklungspolitische Kommunikation und Bildung in Österreich

Entwicklungspolitische Kommunikation und Bildung umfasst Informationsarbeit, Bildungsarbeit, wissenschaftliche und kulturelle Aktivitäten, Austauschprogramme, Medien- und Kampagnenarbeit sowie anwaltschaftliche Tätigkeit. Sie macht die Grundfragen weltweiter Entwicklungen und die daraus abgeleiteten Schwerpunkte in Österreich zum Thema. Sie richtet sich vorrangig an die allgemeine Öffentlichkeit, an EntscheidungsträgerInnen aus Politik und Wirtschaft sowie an MultiplikatorInnen in allen gesellschaftlich relevanten Sektoren, wobei auf die föderale Ausgewogenheit bei der Vergabe von Fördermitteln Bedacht genommen wird. Eine wichtige Zielgruppe sind auch junge Menschen.

Aktionsbereiche

- Entwicklung in ihrer sozialen-, Umwelt- und wirtschaftlichen Dimension darstellen, Chancen und Nutzen der Entwicklungszusammenarbeit für Österreich aufzeigen, aber auch kritisch reflektieren (Inhalte, Perspektiven, Methoden)
- Auseinandersetzung mit der globalen Vernetzung Österreichs und den damit verbundenen Möglichkeiten und Herausforderungen
- Ausweitung der Möglichkeiten für freiwillige qualitätsgesicherte Auslandsaufenthalte (Freiwilligentätigkeiten nach dem Auslandsfreiwilligendienstgesetz 2015 sowie andere Auslandsaufenthalte, die einen Beitrag zur entwicklungspolitischen Bildung in Österreich leisten).
- Globales Lernen für eine zeitgemäße Allgemeinbildung (in Schulen, Universitäten, außerschulischer Kinder- und Jugendarbeit sowie Erwachsenenbildung)
- Förderung von strategischen Partnerschaften im Verbund mit Institutionen und Organisationen und Unternehmen außerhalb des entwicklungspolitischen Bereichs
- Förderung von zivilgesellschaftlichen Projekten der entwicklungspolitischen Kommunikation und Bildung
- Stärkung bewährter Strukturen und Verbesserung der Planungssicherheit durch den Vorrang von Programmen gegenüber punktuellen Einzelvorhaben.

Entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit zur OEZA kommuniziert die Wirkungen und den Nutzen von Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit für die Menschen vor Ort ebenso wie in Österreich. Die Entwicklungszusammenarbeit in Österreich wird zu einem wesentlichen Teil durch öffentliche Mittel finanziert, womit das öffentliche Interesse an der Mittelverwendung evident ist. Daher ist ein vielfältiger Zugang zu Informationen ein wesentlicher Beitrag zu Transparenz, wobei insbesondere auf eine hohe Breitenwirksamkeit der Öffentlichkeitsarbeit geachtet wird.

Aktionsbereiche

- Thematisierung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit für ein zukunftsfähiges Österreich,
- Verknüpfung der Entwicklungszusammenarbeit mit den Lebenswirklichkeiten der Menschen in Österreich,
- Beteiligung an Internationalen Jahren/Kampagnen/Schwerpunkten,
- verstärkte Nutzung sozialer Medien zur Kommunikation entwicklungspolitischer Themen,
- Möglichkeiten zur Beteiligung an Kampagnen, Wettbewerben u. Ä.,
- allgemeine Öffentlichkeit im Fokus.

GESUNDHEIT

Gesundheit ist ein Schlüsselfaktor für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung von Individuen, Gesellschaften und Ländern. Als Voraussetzung, Ziel und Indikator für nachhaltige Entwicklung ist Gesundheit unabdingbar für ein menschenwürdiges Leben und die Überwindung von Armut.

Entsprechend der Resolution der „Health in the Development Agenda Post 2015“ der Versammlung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wird sich Österreich für die Förderung und Sicherstellung des Zugangs zu allgemeiner Gesundheitsversorgung und -infrastruktur einsetzen.

Im Lichte der weltweiten dramatischen Erfahrungen mit Ebola in Westafrika und den lessons learned ist auch die Vorsorge im Fall des Ausbruchs solcher Epidemien (Outbreak-Preparedness) auf nationaler Ebene wichtig.

Aktionsbereiche

- Thematisierung von nicht übertragbaren Krankheiten, Förderung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte, Verletzungen der geistigen Gesundheit und neue gesundheitspolitische Herausforderungen
- Einbeziehung sozioökonomischer und umweltbedingter Gesundheitsdeterminanten über alle politischen Sektoren hinweg
- Förderung des Bereichs im Rahmen von Soft Loans und durch Kofinanzierung von einschlägigen NRO-Programmen

BESCHÄFTIGUNG UND SOZIALSCHUTZ

Mehr als 200 Millionen Menschen waren laut Internationaler Arbeitsorganisation (ILO) im Jahr 2014 arbeitslos. Rund 80 Prozent der Menschen haben keinen Zugang zu einem umfassenden Sozialschutz. Beschäftigung ist eines der wirksamsten Instrumente für nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und zur Bekämpfung der Armut. Besonders betroffen sind Frauen und sozial benachteiligte und marginalisierte Gruppen wie Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen.

Der ILO Global Jobs Pact und die ILO-Empfehlung Nr. 202 betreffend den innerstaatlichen sozialen Basisschutz sind wichtige Initiativen zur Bekämpfung von globaler Arbeitslosigkeit und Armut.

Aktionsbereiche

- Unterstützung bei der Umsetzung der Beschäftigungs- und Sozialschutzzielsetzungen der nachhaltigen Entwicklungsziele
- Stärkung der Bemühungen zur Förderung von produktiver Beschäftigung und menschenwürdigen Arbeitsplätzen
- Bereitstellung von Wissen, Expertise und good practice-Beispielen bei der Stärkung von Sozialschutzsystemen in Partnerländern

Schwerpunktländer und -regionen

Donauraum/Westbalkan

Österreichs außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitisches Interesse an der Region erfordert eine aktive Entwicklungspolitik. Ein neuer Akzent liegt auf den Transitionsländern in der Region Donauraum/Westbalkan und in der Erstellung einer regionalen Kooperationsstrategie. Neben den Länderschwerpunkten **Albanien** (Governance und Rechtsstaatlichkeit, arbeitsmarktorientierte Berufsbildung, integriertes Wassermanagement) und **Kosovo** (Bildung – Fokus Hochschulbildung, Wirtschaft und Entwicklung – Fokus ländlicher Raum) erfolgte eine Verdoppelung der budgetierten Mittel der ADA für regionale Maßnahmen in der Schwerpunkregion Donauraum/Westbalkan.

Angesichts des nach wie vor bestehenden ethnischen und religiösen Konfliktpotenzials bleibt Österreichs sicherheitspolitisches Engagement einschließlich internationaler Friedenseinsätze in dieser Region ebenfalls aufrecht.

Gezielte Maßnahmen im Bereich Berufsbildung und höhere Bildung sowie das Engagement zur Förderung von Netzwerken und regionaler Zusammenarbeit auf dem Westbalkan und im Donauraum werden fortgesetzt.

Schwarzmeerraum/Südkaucasus

Die Anbindung des Schwarzmeerraumes an den Donauraum ist ein wesentliches Anliegen der österreichischen Außenpolitik. Die Länder des Südkaukasus gehören zu den ärmsten Staaten Europas. Der Südkaukasus gewinnt aufgrund des Ukraine Konflikts und der Krise in den Beziehungen zwischen der EU und Russland sicherheits- und energiepolitisch an Bedeutung. Das österreichische Engagement im Südkaukasus konzentriert sich auf Basis der bilateralen Landesstrategien für **Armenien** und **Georgien** (2012–2020) auf die Land- und Forstwirtschaft in Georgien sowie auf die Landwirtschaft in Armenien. Ziele sind die Schaffung von Einkommen und Arbeitsplätzen sowie die Steigerung der lokalen Wertschöpfung. Österreichs Engagement dient vor allem der Armutsbekämpfung in den Grenzregionen beider Länder. Querschnittsmaterien sind Konfliktprävention – mit dem Ansatz vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen einschließlich der Sicherheitssektorreform – in den Grenzregionen Georgiens und Armeniens sowie gute Regierungsführung mit Fokus auf Dezentralisierung. Seit der Eröffnung eines Auslandsbüros der ADA in Jerewan im September 2014 ist Österreich in allen drei Südkaukasusstaaten offiziell vertreten.

Die Republik **Moldau** ist als Bindeglied zwischen Donau- und Schwarzmeerraum ein Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Im Mittelpunkt stehen die Bereiche Wasser und Umwelt, arbeitsmarktorientierte Berufsbildung und Governance, Rechtsstaatlichkeit und Konfliktprävention sowie die Querschnittsthemen Geschlechtergleichstellung und soziale Inklusion. Eine neue Landesstrategie 2016–2020 unterstützt die Entwicklung und die EU-Integrationsbemühungen von Moldau.

Angesichts des andauernden Konflikts in der **Ukraine** und der daraus resultierenden humanitären Not muss sich Österreich als solidarischer mitteleuropäischer Nachbar und aus konstruktivem Eigeninteresse der Verantwortung stellen. Das BMEIA ist bemüht, durch effiziente Verknüpfung der Außen-, Sicherheits-, Friedens- und Entwicklungspolitik unter Einbindung aller Ressorts, Stellen und Gebietskörperschaften, die in der Ukraine kooperationspolitische Interessen verfolgen, ein kohärentes Engagement und gesamtösterreichisches Profil zu erleichtern.

Besetzte Palästinensische Gebiete

Der Frieden im Nahen Osten und ein zusammenhängender, souveräner, demokratischer palästinensischer Staat sind ein Anliegen Österreichs und der internationalen Staatengemeinschaft. Österreichische Unterstützung gibt es in den Bereichen Wasser und Abwasserbereiung sowie Gesundheit und humanitäre Hilfe. Nachdem die besetzten palästinensischen Gebiete weiterhin von internationaler Geberhilfe abhängig bleiben, nimmt Österreich aktiv an der Steuerung der Aktivitäten teil, um eine wirkungsvolle Zusammenarbeit aller Geber (multilateral, bilateral, EU und VN) zu unterstützen.

Westafrika und Sahel-Region

Demografische Entwicklung, mangelnde Ernährungs- und Energiesicherheit, ethnische und religiöse Konflikte, schwache Institutionen und Schwächen in der öffentlichen Verwaltung behindern in Westafrika und in der Sahel-Zone nachhaltigen Fortschritt. Reiche Rohstoffvorkommen, die junge Bevölkerungsstruktur und eine dynamische Zivilgesellschaft bieten hingegen gute Grundlagen, die bestehenden Herausforderungen zu bewältigen. Vor diesem Hintergrund sind die Themen Ernährungssicherheit und Resilienz in Kooperation

mit dem Westafrica and Sahel Club (SWAC) der OECD, Konfliktprävention und Friedenssicherung im Rahmen von VN und EU sowie die Stärkung der Kapazitäten der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) wichtige Schwerpunkte. Von Bedeutung sind auch erneuerbare Energie und Energieeffizienz. Im Schwerpunktland **Burkina Faso** fördert Österreich lokale wachstums- und einkommensorientierte Entwicklungsmodelle sowie regionale Integration.

Ostafrika und Horn von Afrika

Österreichs Engagement in Ostafrika mit seinen Subregionen der Großen Seen und des Horns von Afrika hat eine lange Tradition. Über die beiden Schwerpunktländer **Uganda** und **Äthiopien** hinaus bestehen zahlreiche Partnerschaften und langjährige Kooperationserfahrungen. Gefördert und gestärkt werden Regionalorganisationen in den Bereichen Friede und Sicherheit, Resilienz und Management natürlicher Ressourcen sowie erneuerbare Energie und Energieeffizienz. Der Raum verfügt über ein Kooperations-Netzwerk von Universitäten und damit über erhebliches Innovationspotenzial zur Problemlösung, das durch Kooperation verstärkt genutzt werden soll.

Südliches Afrika

Diese Region ist in ihrer Entwicklung durch sich verschärfende politische, soziale und wirtschaftliche Ungleichheit sowie Auswirkungen des Klimawandels gehemmt. Wachstums- und Modernisierungsmotor der Region ist die Republik Südafrika.

Österreich unterstützt neben dem Schwerpunktland **Mosambik**, in welchem die Themen Landwirtschaft sowie der Nexus mit Wasser und Energie im Mittelpunkt stehen, die regionale Integrationsstrategie der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (SADC). Der Schwerpunkt liegt auf Armutsreduktion und sozialer Gerechtigkeit unter besonderer Berücksichtigung der Menschen- und Besitzrechte sowie Konfliktprävention. Von Bedeutung sind auch die Vernetzung von Forschungskapazitäten sowie die Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen und deren Kooperation mit der SADC.

Im Schwerpunktbereich Energie wird für die einkommensschwache Bevölkerung der Region verbesserter Zugang zu Energiedienstleistungen geschaffen. Dabei geht es in erster Linie um die im Alltag benötigte Haushaltenergie und die Erhöhung der Energieeffizienz. Österreich setzt sich für die Bekämpfung von Gewalt an Frauen und Kindern sowie für die Sicherung von Land- und Eigentumsrechten armer und benachteiligter Bevölkerungsgruppen ein.

Himalaya-Hindukusch

In der Himalaya-Hindukusch-Region mit ihren 1,4 Milliarden EinwohnerInnen hat die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit in mehr als fünfundzwanzig Jahren im Schwerpunktland **Bhutan** große Entwicklungserfolge in den Bereichen Energie, Tourismus und gute Regierungsführung erzielt. Dies ermöglicht ein schrittweise auslaufendes Engagement. Die zentralen Herausforderungen für nachhaltige Entwicklung im Himalaya-Hindukusch liegen in den negativen Auswirkungen des Klimawandels (Erosion, Muren, Ausbruch von Gletscherseen), in der geringen landwirtschaftlichen Produktivität und in den schwer erreichbaren Absatzmärkten. Österreich fördert deshalb Maßnahmen gegen den Klimawandel und zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Gebirgsregionen (für Bäuerinnen und Bauern, NomadInnen).

Karibik

Die Auswirkungen des Klimawandels und der wiederkehrenden Naturkatastrophen führen für die Inselstaaten der Karibik wiederholt zu Rückschlägen in ihrer Entwicklung. Große Herausforderungen sind zudem die Abhängigkeit von Energieimporten, die gefährdete Trinkwasserversorgung sowie die menschliche Sicherheit. Österreich unterstützt die regionale Zusammenarbeit v. a. über die Organisation Caribbean Community (CARICOM) beim Aufbau institutioneller Kapazitäten und der Bereitstellung von Fachexpertise in den Bereichen Katastrophenrisikomanagement und erneuerbare Energie bzw. Energieeffizienz. Es wird u. a. ein eigenes Karibik-Energiezentrum geschaffen.

AkteurInnen und Foren

Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit werden von einer Vielzahl von AkteurInnen mitgestaltet. Dieser Kreis reicht von den ehrenamtlichen AkteurInnen und den österreichischen Nichtregierungsorganisationen über wissenschaftliche Einrichtungen, Unternehmen, Kammern und Sozialpartnern bis hin zu multilateralen AkteurInnen wie der Entwicklungsgruppe der Vereinten Nationen, der Europäischen Union, der OECD und den internationalen Finanzinstitutionen. Die wichtigsten davon werden im Folgenden kurz dargestellt:

Die Bundesregierung – ein breites Spektrum entwicklungsrelevanter Aktivitäten

Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit sind Aufgaben der gesamten Bundesregierung, die sich dazu in ihrem Regierungsprogramm auch bekennt. Im Sinne des EZA-Gesetzes 2003 fördert der Bund – das sind alle Ministerien, deren Politiken Entwicklungsländer berühren können – nachhaltige wirtschaftliche und soziale sowie politische Entwicklung. Dazu gehören das Bundesministerium für Finanzen, das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, das Bundesministerium für Bildung und Frauen, das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz oder das Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport sowie das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft. Die Ministerien berücksichtigen in den von ihnen verfolgten Politikbereichen die Ziele und Prinzipien der Entwicklungspolitik, wie sie im vorliegenden Programm zum Ausdruck kommen. Das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres koordiniert diese Bemühungen. Mit dem Beschluss der Agenda 2030 sind aufgrund der größeren inhaltlichen Breite der Themen fast alle Ministerien inhaltlich betroffen, weshalb die gesamtstaatliche Verantwortung für die Entwicklungspolitik sowie die Notwendigkeit zur Politikkohärenz noch stärker in den Vordergrund rückt.

Wissenschaft und Forschung

Das BMFW (Verwaltungsbereich Wissenschaft und Forschung) unterstützt Forschungspartnerschaften zwischen österreichischen ForscherInnen mit solchen aus Entwicklungsländern. Diese Forschungsk Kooperationen werden in erster Linie im Wege der vom BMFW finanzierten Kommission für Entwicklungsforschung (KEF) bei der OeAD GmbH gefördert, wobei der Fokus auf qualitativ hochwertiger Forschungszusammenarbeit liegt. Regional werden multilaterale Forschungskoope rationsprojekte mit afrikanischen Partnerländern im Rahmen des europäischen Projekts „ERAfrica“ und auf bilateraler Ebene lateinamerikanische ForscherInnen im Rahmen des Etta-Becker-Donner-Programms mit Konferenzstipendien unterstützt.

Parlament

Entwicklungszusammenarbeit und -politik als gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe wird im Nationalrat vom Außenpolitischen Ausschuss bzw. dem Unterausschuss Entwicklungszusammenarbeit wahrgenommen. Zu den Mitgliedern des Unterausschusses gehören u. a. die entwicklungspolitischen SprecherInnen aller Fraktionen. Das Projekt Parlamentarischer NordSüdDialog dient der Stärkung der gesellschaftlichen und politischen Unterstützung von Entwicklungspolitik und internationaler Zusammenarbeit auf nationaler und multilateraler Ebene. Der Dialog ist dabei ein wesentliches Element für verbesserte Politikkohärenz und zur Stärkung der entwicklungspolitischen Kompetenz des Parlaments. Regelmäßig lädt das Parlament auch VertreterInnen von relevanten NRO und andere ExpertInnen in den EZA-Unterausschuss sowie zu Runden Tischen und themenspezifischen Diskussionsveranstaltungen ein. Um die wichtige Kontrollfunktion für eine demokratische Regierungsführung und das Funktionieren des Rechtsstaates zu stärken, fördert das österreichische Parlament Partnerparlamente in Entwicklungsländern durch Institutionenaufbau.

Bundesländer, Städte und Gemeinden

Die Bundesländer, Städte und Gemeinden sind wichtige Akteure der Entwicklungspolitik und tragen zur Erreichung der Ziele der OEZA bei. Ihre besondere Ausrichtung auf lokale und regionale Entwicklung ergänzt das Engagement für eine global zukunftsfähige und gerechtere Welt im Rahmen der nachhaltigen Entwicklungsziele. Antrags- und Vergabekriterien sind in den einzelnen Bundesländern auf unterschiedliche Art und Weise geregelt, ein Landesbezug ist häufig Voraussetzung für den Erhalt einer Förderung. Die Bundesländer nehmen ihre entwicklungspolitische Verantwortung in vielfältiger Weise wahr und setzen ihre Projekte partnerschaftlich mit lokalen NRO um. Die entwicklungspolitischen Initiativen werden um Aspekte der Humanitären Hilfe und, im Anlassfall, auch der Katastrophenhilfe ergänzt.

Austrian Development Agency (ADA) – die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit

Die ADA ist der operative Arm der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Die von der ADA geführten Auslandsbüros spielen im Rahmen eines kontinuierlichen entwicklungspolitischen Dialogs in den Schwerpunktländern bei Planung, Umsetzung und Monitoring von Programmen und Projekten eine wesentliche Rolle. Koordination und Synergien mit jenen österreichischen AkteurInnen, die vor Ort aktiv sind, unterstützen Wirksamkeit und Sichtbarkeit des österreichischen Engagements. Die ADA stellt den Partnern als modernes Dienstleistungsunternehmen Mittel und Expertise zur Verfügung. Sie engagiert sich durch Abwicklung von EK-Projekten auch für eine stärkere Koordination des europäischen Engagements, wodurch zusätzliche Mittel mobilisiert und eine höhere Wirksamkeit erzielt werden können.

Nichtregierungsorganisationen – politische Gestaltung durch zivilgesellschaftliches Engagement

Auf Grundlage ihrer Fachkenntnisse, Erfahrungen und lokalen Verankerung übernehmen NRO vielfältige Aufgaben in der Entwicklungszusammenarbeit. Sie sind sowohl für die Durchführung von Vorhaben und Kapazitätsentwicklung in den Partnerländern als auch für die entwicklungspolitische Bildungs- und anwaltschaftliche Arbeit in Österreich und

auf internationaler Ebene wichtige AkteurInnen. Neben Dienstleistungen in unterschiedlichen Bereichen fungieren NRO als Teil des demokratischen Kontrollsystems, leisten menschenrechtliche Bildungs- und Ermächtigungsarbeit (empowerment) und geben Anstoß zu gesellschaftlichen Veränderungen. Sie orientieren sich an den Istanbul-Prinzipien für wirksame Entwicklung. In humanitären Krisen leisten zivilgesellschaftliche Organisationen routinierte, rasche und flexible Soforthilfe und tragen durch Präventionsarbeit zur Widerstandsfähigkeit (Resilienz) von Gesellschaften bei. Neutralität, Unabhängigkeit und Unparteilichkeit sind dafür Voraussetzungen. Im Rahmen der bilateralen EZA werden Programme und Projekte österreichischer NRO kofinanziert. Dabei wird ein bedeutender Anteil an Leistungen von den Organisationen selbst eingebracht. Die Mittel der öffentlichen EZA werden dadurch ergänzt und erheblich gestärkt.

Privatsektor/österreichische Unternehmen/WKO

Eine zentrale Rolle als Motor für Entwicklung nimmt der Privatsektor ein. Beschäftigungs- und Einkommenssteigerung der lokalen Bevölkerung, technologische Innovationen, Ausbildungsprogramme, Sicherung sozialer, umwelt- und menschenrechtlicher Standards und Mobilisierung einheimischer Ressourcen machen das Potenzial des entwicklungspolitischen Engagements des Privatsektors deutlich. Die WKO informiert österreichische Unternehmen über Kooperationspotenziale mit der Entwicklungszusammenarbeit.

Oesterreichische Entwicklungsbank (OeEB) – Motor für die Entwicklung der Privatwirtschaft

Die OeEB finanziert in ihrer Rolle als offizielle Entwicklungsbank der Republik Österreich entwicklungspolitisch wertvolle und wirtschaftlich tragfähige Investitionen privater Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Die OeEB vergibt Investitionskredite zu marktnahen Konditionen, geht treuhändisch für den Bund Eigenkapitalbeteiligungen ein und verstärkt mit projektbezogenen Programmen (Advisory Programmes) die entwicklungspolitische Wirkung von Projekten im Bereich des Privatsektors. Die OeEB fokussiert ihre Aktivitäten insbesondere auf die Regionen Südost-/Osteuropa, Südkaukasus/Zentralasien, Afrika sowie Zentralamerika/Karibik. In thematischer Hinsicht stehen Projekte in den Bereichen erneuerbare Energie und Ressourceneffizienz sowie die Unterstützung von lokalen Mikro-, kleinen und mittelgroßen Unternehmen im Zentrum. Die OeEB steht im Eigentum der Oesterreichischen Kontrollbank AG und operiert auf Basis eines von BMF und BMEIA erteilten öffentlichen Mandates. Per Jahresende 2014 war die OeEB in 70 Kredit- und Beteiligungsprojekten mit einem Volumen von rund 800 Mio. EUR engagiert.

Internationale Finanzinstitutionen (IFI)

Über seine Zuständigkeiten für die OeEB und die Internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) leistet das BMF wesentliche Beiträge zur Bewältigung entwicklungspolitischer Herausforderungen und zur Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele. Das BMF verfügt über eine eigene Strategie, die den österreichischen Ansatz gegenüber den IFIs im Detail regelt. IFIs erfüllen seit Langem eine der Hauptanforderungen an moderne Entwicklungsfiananzierung, die heute durch den Financing for Development-Prozess stark in den Vordergrund gerückt wird, nämlich das Mobilisieren großer Mittelflüsse von den internationalen Finanzmärkten für Entwicklungszwecke. Vor diesem Hintergrund ist auch die Entstehung neuer Entwicklungsbanken zu verstehen und erklärt sich die Mitgliedschaft Österreichs in der neu gegründeten Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) nach der Ratifizierung durch das österreichische Parlament. Das BMF hält Kapitalanteile an IFIs und beteiligt

sich bei Bedarf durch einzahlbare Beiträge und Haftkapital an Kapitalerhöhungen dieser Institutionen, wie z. B. im Gefolge der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise. Dies ermöglicht den IFIs, auf den Kapitalmärkten Geld zu AAA-Konditionen aufzunehmen und an Entwicklungsländer auszuleihen. Darüber hinaus leistet das BMF signifikante Beiträge zu den konzessionellen Fonds der IFIs, die den ärmsten Entwicklungsländern stark verbilligte, langfristige Kredite zur Verfügung stellen. Außerdem finanziert das BMF auch über diverse Treuhandfonds Programme der technischen Assistenz und der Kapazitätsentwicklung in den in der IFI-Strategie des BMF festgelegten Schwerpunktsektoren und -regionen.

Europäische Union – mit einer Stimme mehr bewegen

Österreich ist Teil der EU und damit der größten Gebergruppe weltweit: Gemeinsam stellen die EU-Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission 55 Prozent der gesamten internationalen Entwicklungshilfeleistungen zur Verfügung. Mehr als ein Viertel der öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen Österreichs werden über EU-Institutionen abgewickelt. Umso wichtiger ist es, die Entwicklungspolitik der EU auf allen Ebenen aktiv mitzugestalten: bei der Vorbereitung der politischen Vorgaben in den Ratsarbeitsgruppen, bei der Gestaltung der Landes- und Regionalprogramme in den Kommissionsausschüssen sowie in diversen Koordinierungsforen vor Ort und in Brüssel. Koordination und Arbeitsteilung sind die Voraussetzungen für einen effektiven und effizienten Einsatz der öffentlichen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit. Österreich unterstützt daher alle Bemühungen für die Gemeinsame Programmierung der EU und alle Bemühungen zur Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung (gemäß Art. 208 des Vertrags von Lissabon). Bereits in der Planung wird die Basis für Arbeitsteilung in der Praxis gelegt. Auch in internationalen Foren, wie z. B. den Vereinten Nationen, hat die EU mehr Gewicht, wenn sie mit einer Stimme spricht. Österreich beteiligt sich in der Finanzperiode bis 2020 mit 731 Mio. EUR oder 2,4 Prozent am 11. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF). Bei der Konzeption der österreichischen Landes- und Regionalstrategien werden die aus EEF-Mittel finanzierten nationalen Richtprogramme, Jahresaktionsprogramme und Einzelmaßnahmen mitberücksichtigt. Ziel ist größtmögliche Politikkohärenz für eine wirkungsvolle Entwicklungszusammenarbeit.

Vereinte Nationen – multilaterale Ansätze stärken

Österreichs Bekenntnis zum Multilateralismus und seine besondere Rolle als Sitzstaat der Vereinten Nationen (VN) prägen sein entwicklungspolitisches Engagement im Rahmen der VN und deren Spezialorganisationen. Menschliche Sicherheit und Menschenrechte sind für Österreich besonders wichtig. An der internationalen Entwicklungszusammenarbeit beteiligt sich Österreich durch Kernbeiträge an Fonds und Programmen der Vereinten Nationen und fördert VN-Projekte, die mit den österreichischen Schwerpunkten korrespondieren. Besonderes Augenmerk wird auf die effiziente Abwicklung der Projekte gelegt. Die 32 VN-Agenturen und fünf Beobachter umfassende United Nations Development Group (UNDG) spielt eine zentrale Rolle in der Ausgestaltung der Agenda 2030. Das System der UNDG verbessert die Effizienz der Aktivitäten der VN in den einzelnen Entwicklungsländern (UN Resident Coordinator System vor Ort). Die VN und ihre Spezialorganisationen werden auch durch die Entsendung von ÖsterreicherInnen in das VN-System unterstützt. Durch Bereitstellung von durchschnittlich 1.100 Soldatinnen und Soldaten pro Jahr sowie Angehörigen der Exekutivwachkörper in VN-mandatierten Einsätzen wird Österreich weiterhin einen globalen Beitrag zur Sicherung des Friedens und der Konflikttransformation und damit der Möglichkeit für nachhaltige Entwicklung leisten.

Prognoseszenario 2015–2018¹

(Mio. EUR)

ODA Gesamtrechnung	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	Ergebnisse				vorl. Ergebnis	Prognosen			
1. ODA bilateral	462	352	417	409	480	541	1036	1010	974
1.1 OEZA/ADA gesamt	105	92	75	94	87	85	85	85	85
Budget für operationelle Maßnahmen	85	74	59	77	69	68	68	68	68
ERP-Mittel	9	8	7	7	8	8	8	8	8
Verwaltung ADA	11	9	9	9	10	9	9	9	9
1.2 andere öffentliche Geber	358	261	342	316	393	456	951	925	889
1.2.1 Bund – Zuschüsse	336	242	320	274	346	376	879	869	841
bilaterale Programme und Projekte (BMEIA, BMF, OeEB)	50	46	50	41	24	45	47	45	45
Gebergebundene technische Hilfe	102	95	113	104	108	105	105	105	105
davon: indirekte									
Studienplatzkosten	67	67	89	77	79	75	75	75	75
Schuldenreduktionen	117	31	82	34	82	2	549	565	549
davon: Zinssatzreduktionen	8	9	5	2	2	1	1	1	1
davon: sonstige									
Schuldenreduktionen	109	22	78	31	81	1	548	564	548
Zuschüsse für Kreditfinanzierungen	17	24	11	32	30	35	35	35	35
Humanitäre Hilfe	13	8	11	10	10	10	25	25	25
davon: AKF	4	3	4	7	5	5	20	20	20
Verwaltung (BMEIA, BMF)	17	16	15	16	16	17	17	17	17
AsylwerberInnen ³	16	18	27	29	49 ²	108	96	72	60
Sonstige Zuschüsse	5	4	10	9	25 ²	5	5	5	5
1.2.2 Länder & Gemeinden³	20	18	24	25	41²	79	71	55	47
1.2.3 Bilaterale Kredite und Equity Investment	2	0	-1	17	7	1	1	1	1
2. ODA multilateral	450	447	444	473	451	466	507	490	492
2.1 Beiträge zu Organisationen der VN	40	24	19	38	18	15	15	15	15
davon: BMEIA freiwillige Beiträge zu Org. der VN	15	10	8	16	6	5	5	5	5
2.2 Internationale Finanzinstitutionen	161	192	197	205	191	217	255	221	221
2.3 Sonstige Organisationen	4	4	15	5	6	5	5	5	5
2.4 EU	245	226	214	225	236	229	232	249	251
2.4.1 davon: Budget	146	145	144	147	157	147	149	149	149
2.4.2 davon: EEF	99	82	70	78	79	82	83	100	102
3. Gesamt-ODA	912	799	861	882	930	1.007	1.543	1.500	1.466
in % des BNE	0,32 %	0,27 %	0,28 %	0,27 %	0,28 %	0,30 %	0,45 %	0,42 %	0,40 %
BNE in Mio. EUR	296.814	310.039	320.154	322.289	329.520	337.380	345.730	355.760	366.430

1) Die hier angeführten Daten haben keine präjudizielle Bedeutung für die dem Nationalrat vorbehaltenen finanzgesetzlichen Vorsorgen.

2) Die hier angeführten Daten beruhen auf Prognosezahlen.

3) Aufgrund der aktuellen Entwicklungen sind deutliche Veränderungen dieser Prognosewerte nach unten oder oben möglich.

Ergebnisorientierung und Programm-Matrix

Österreich – wie auch alle anderen Partner – steht vor der Herausforderung, seine Beiträge für Entwicklung im Sinn konkreter Resultate und Wirkungen abzuschätzen, zu dokumentieren und der Öffentlichkeit transparent zu kommunizieren. Diese Aufgabe hat die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit gemeinsam mit ihren Partnern in den Zielländern und gegenüber der österreichischen Zivilgesellschaft zu erfüllen. Durch die systematische und präzise Beschreibung von Resultaten und Wirkungen entwicklungspolitischer Maßnahmen werden die Legitimität und Akzeptanz der aus öffentlichen Mitteln finanzierten staatlichen Entwicklungszusammenarbeit auf eine breitere Grundlage gestellt.

Die Nachvollziehbarkeit von Entwicklungsergebnissen im Rahmen des vorliegenden Dreijahresprogramms sowie der geografischen und thematischen Strategien soll zur Steuerung, zur Einschätzung und gegebenenfalls zur Anpassung der Ziele, erwarteten Resultate und Aktivitäten beitragen. Dies verbessert die Qualität wechselseitiger Rechenschaftslegung substantiell und entspricht den internationalen Vorgaben, den Grundsätzen des EZA-Gesetzes und den diesbezüglichen Empfehlungen der DAC Peer Review 2015 sowie anderer Evaluierungen.²² Zentrales Element und kompakte Übersicht über die jeweiligen strategischen Ziele, Resultate und Indikatoren sind die Resultatrahmen, die den Ausgangspunkt für das strategische Resultat-Management bilden und die schrittweise um eine gesamtstaatliche Perspektive ergänzt werden.

Internationalen Standards und Empfehlungen folgend, verpflichtet sich die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit zu einem wirksamen und transparenten Monitoring und verbesserter Berichterstattung. Resultatmanagement und die gesamtstaatliche Abstimmung stellen zusammen einen wichtigen Baustein zur Verwirklichung der internationalen Ziele der Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung dar.

Damit wollen wir erreichen:

- konkrete, überprüfbare und transparente Resultate, die die Entwicklungspläne der Partnerländer sowie die selbst gewählten strategischen Vorgaben der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit als Bezugsrahmen haben. Diese Ziele sind auf das gesamtstaatlich gültige Dreijahresprogramm und auf die globalen Ziele und internationalen Prinzipien – z. B. Globale Partnerschaft für wirksame Entwicklungszusammenarbeit – ausgerichtet
- Instrumente und Engagements relevanter AkteurInnen an den Schnittstellen noch effektiver zu bündeln, um Synergien und Potenziale besser zu nutzen und ein spezielles gesamtstaatliches Profil herauszuarbeiten
- Querschnittsthemen in Programmplanung und strategischem Monitoring systematisch noch stärker zu berücksichtigen
- den Mehrwert und das spezielle Profil und Know-how der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in den Rahmen der Gemeinsamen Programmierung der EU konsequent einzubringen
- quantitative Referenzindikatoren – wo zweckmäßig – zu erarbeiten sowie qualitative Resultats-Berichterstattung nach festzulegenden Standards zu verankern
- resultatorientierte Menschenrechtsindikatoren – wo zweckmäßig – zur Anwendung zu bringen
- Bekräftigung des politischen Bekenntnisses zur Umsetzung der globalen Ziele und der diesbezüglichen Berichtslegung durch effektives Monitoring.

22) www.oecd.org/dac/peer-reviews/peer-review-austria.htm

- Ein an internationalen Standards orientierter strategischer Resultat-Management-Kreislauf und eine effiziente und effektive gesamtstaatliche Abstimmung erfordern bestimmte Verfahren und die Weiterentwicklung bestehender Gremien. Darüber hinaus bekennt sich die österreichische Entwicklungszusammenarbeit entsprechend den internationalen Standards zur Perspektive des kontinuierlichen Performance Managements auf Grundlage regelmäßiger inhaltlicher und finanzieller Bestandsaufnahmen und Bewertungen des laufenden Programms.²³

23) Schlussfolgerungen des Rates zum Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen über die Einführung des internationalen Ergebnisrahmens der EU für Entwicklung und Zusammenarbeit vom 26. Mai 2015

Programm-Matrix zum Dreijahresprogramm 2016 bis 2018

Die gesamtstaatliche Programm-Matrix gibt für den Planungszeitraum 2016 bis 2018 Auskunft über die konkreten operativen Schwerpunkte in den Ländern/Regionen inklusive der AkteurInnen und Fortschrittsindikatoren. Sie wird während des Planungszeitraums jährlich aktualisiert und dem Ministerrat sowie dem Parlament zur Kenntnisnahme vorgelegt. Die Matrix wird laufend optimiert.

Dazu sind folgende Schritte wichtig:

Vorgangsweisen und Prozesse

- Erstellung einer Handlungsanleitung für die Erarbeitung von gesamtstaatlichen geografischen und thematischen Strategien: Die Erarbeitung und Umsetzung einer Strategie wird vom BMEIA koordiniert, und zu Beginn eines Strategieprozesses werden ein entsprechender Ablauf, Meilensteine und Vorgaben zur Verfügung gestellt. ADA, BMF, BMLUFW, OeEB, alle Fachministerien sowie die Institutionen der Zivilgesellschaft und des Privatsektors, die in entwicklungspolitischer Hinsicht als relevante Beteiligte gelten können, werden in die einzelnen Schritte gemäß ihrer jeweils spezifischen Rolle einbezogen.
- Weiterentwicklung von Methodik und Regelmäßigkeit (letztendlich Systematik) eines standardisierten Monitorings von geografischen und thematischen Strategien: Im Sinn einer nachvollziehbaren Methodik und transparenter Dokumentation dient dies
 - a) der Steuerung im Sinn einer kontinuierlichen Weiterentwicklung von Programmqualität, Wirksamkeit und Nachhaltigkeit auf Basis gewonnener Informationen über Wirksamkeit und Relevanz des Portfolios sowie
 - b) einer öffentlich zugänglichen Berichterstattung und der Dokumentation von Ergebnissen, möglichen Risiken und Lernerfahrungen. Die erhobenen Daten und Fakten liefern Angaben über den Fortschritt der Programme und Projekte sowie über zu treffende Maßnahmen der Steuerung im Dienste der Rechenschaftspflicht der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit gegenüber externen Beteiligten. Alle geografischen und thematischen Strategien enthalten einen Resultatrahmen, der die Grundlage für eine kompakte, vergleichbare und für alle AkteurInnen nachvollziehbare Ergebnisberichterstattung bildet. Das BMEIA erstellt in Zusammenarbeit mit der ADA zu den Strategien einen Jahresbericht, in dem die erzielten Resultate kommentiert sowie Steuerungsentscheidungen und Prioritäten für die Folgejahre vorgeschlagen werden.

Abstimmungsgremien

- Gesamtstaatliche entwicklungspolitische Kooperation: Das BMEIA fördert die bessere Abstimmung aller ODA-AkteurInnen, die über ein relevantes geografisches und thematisches Interesse sowie über konkrete Erfahrungen verfügen, und deckt den Koordinations- und Kohärenzbedarf einschließlich der AkteurInnen der Humanitären Hilfe ab. Dabei wird in Ergänzung zu der an die OECD gemeldeten gesamtstaatlichen ODA ein auf Strategien und zukünftige Programmierungen ausgerichtetes Datenblatt erstellt.
- Weiterentwicklung strategischer Indikatoren durch „Thematische Netzwerke“: Nutzbarmachung von Know-how und Expertise der Zivilgesellschaft und anerkannter ExpertInnen für die Entwicklung von strategischen Indikatoren aus methodischer und inhaltlicher Perspektive
- Fortsetzung der Arbeit der ExpertInnengruppe Resultatmanagement (Results Committee), bestehend aus staatlichen ODA-AkteurInnen, Zivilgesellschaft und anerkannten ExpertInnen zur Beobachtung der Ergebnisse und Lernerfahrungen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit sowie der aktiven Beteiligung am internationalen Diskurs zum Resultatmanagement (results-based management) und der Formulierung entsprechender österreichischer Positionen
- Die Praxis der Vorlage einer jährlichen Aktualisierung der Resultatrahmen des Dreijahresprogramms an den Ministerrat und das Parlament wird fortgesetzt. Entsprechend den Empfehlungen der DAC Peer Review 2015 zur Stärkung der Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung wird der Resultatrahmen um eine jährliche Zusammenschau der Umsetzungsergebnisse ergänzt.

ÖSTERREICHS BILATERALE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Region Donauraum/Westbalkan

Ziel(e)	Resultat(e)	Indikatoren	AkteurInnen
Wirtschaft und Entwicklung: Fokus auf Beschäftigung			
Beitrag zur Förderung von nachhaltiger und sozial inklusiver wirtschaftlicher Entwicklung	Rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen für die Förderung von Beschäftigung und die Führung eines sozialen Dialogs in den Ländern des Donauraums/ Westbalkans sind verbessert.	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl der Länder, die sozial inklusive Beschäftigungsstrategien entwickeln, um benachteiligte Bevölkerungsgruppen gezielt zu unterstützen - Anzahl der Länder, die Möglichkeiten zur Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit ausschöpfen 	<ul style="list-style-type: none"> - RCC (Regional Cooperation Council) - Weltbank - ILO - UNDP - OECD - Wirtschafts- und Sozialministerien - Wirtschaftskammern - Andere Geber (DEZA ...)
Regierungsführung, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit			
Beitrag zur Kapazitätsentwicklung insbesondere im Kontext der Annäherung an bzw. Integration in die EU mit Fokus auf politische, soziale und wirtschaftliche Partizipation und Teilhabe von Frauen, Kindern und Jugendlichen sowie marginalisierten Gruppen wie ethnischen Minderheiten, Roma und Menschen mit Behinderungen	Die EU-Annäherung der Länder des Donauraums/Westbalkans erfolgt unter verstärkter Einbeziehung der Zivilgesellschaft, erhöhter Berücksichtigung sozial benachteiligter Gruppen und verbesserten rechtsstaatlichen Strukturen	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl der Länder, die Know-how-Transfer für die EU-Annäherung nutzen - Anzahl der Länder, deren Corruption Perception Index sich verbessert 	<ul style="list-style-type: none"> - Österr. Städtebund - KDZ - ZEI - IACA - BIRN - Regional Anti-Corruption Initiative - RCC
	Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellung sind verbessert und der Zugang von Frauen zu Entscheidungsprozessen/-gremien ist gestärkt	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl der Länder, in denen sich Geschlechtergerechtigkeit auch in nationalen/lokalen Budgets widerspiegelt - Anzahl der Länder mit erhöhtem Frauenanteil auf jeder Entscheidungsebene 	<ul style="list-style-type: none"> - Terre des Hommes - OAK Foundation - OSZE - UNODC, UNWOMEN, UNDP, UNEP, UNICEF - Andere Geber (DEZA ...) - Sozialministerien - BK
	Erhaltung einer lebenswerten Umwelt: Umweltprobleme werden in regionalen Institutionen identifiziert, analysiert und in gemeinsamen regionalen Anstrengungen gelöst	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl der Länder, in denen Konflikte aufgrund von Umweltproblematiken in den entsprechenden Gremien besprochen und gelöst werden - Anzahl der Länder mit verbessertem Ressourcenmanagement - Anzahl der Länder mit operativem institutionellen Rahmen für die Entwicklung und Förderung von emissionsarmen Technologien 	<ul style="list-style-type: none"> - NRO (CARE, BIM, CSSP...) - REC (Regional Environmental Center)

Ziel(e)	Resultat(e)	Indikatoren	AkteurInnen
Bildung: Fokus auf arbeitsmarktorientierte Berufsbildung und Hochschulbildung			
<p>Beitrag zur Stärkung der nationalen, regionalen und lokalen Kapazitäten der VET-AkteurInnen für die Entwicklung von arbeitsmarktrelevanten Berufsbildungs- und Weiterbildungsangeboten sowie von hochschulischen Maßnahmen</p> <p>Stärkung regionaler und transnationaler Zusammenarbeit im Bereich allgemeiner und beruflicher Bildung, insb. im Rahmen von EUSDR und ERI SEE</p> <p>Fokus auf Stärkung der Qualität beruflicher Aus- und Weiterbildung durch Elemente dualer Aus- und Weiterbildung oder anderer Formen des betrieblichen Lernens</p> <p>Stärkung der Chancengerechtigkeit in Bildung, Ausbildung und Zugang zum Arbeitsmarkt</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Zusammenarbeit von AnbieterInnen beruflicher Bildung, EntscheidungsträgerInnen im Bildungsbereich und Wirtschaft ist verbessert. - Berufsbildung ist qualitativ und verstärkt an wirtschafts- und arbeitsmarktrelevante Bedürfnisse angepasst. - Qualität und das Angebot betrieblichen Lernens ist erhöht. - Verbesserung der Qualität und Chancengerechtigkeit der Bildungssysteme - Gestärkte Netzwerke - Kapazitätenaufbau - Unterstützung der EU-Annäherung der Länder des Donauraums/Westbalkans durch Zusammenarbeit im Bildungsbereich zwischen MS und Nicht-MS 	<ul style="list-style-type: none"> - Erhöhung der Anzahl der geschulten MitarbeiterInnen der VET-Strukturen - Anstieg von Praktikerverträgen und -plätzen bei diversen Unternehmen - Erhöhung der Anzahl der WirtschaftsvertreterInnen in den beratenden Organen auf allen Ebenen der Berufsbildung - Anzahl der Länder und Institutionen, die sich an Kooperationsplattformen und Aktivitäten beteiligen - Anzahl an Volumen von regionalen und transnationalen Projektinitiativen und -anträgen - Nutzung von relevanten EU-Programmen - Vernetzungstreffen, Know-how-Transfer-Maßnahmen - Anzahl der Maßnahmen, die zur Erhöhung der Chancengerechtigkeit im Bildungsbereich gesetzt werden (z. B. Abbau von Barrieren für den Zugang, gezielte Fördermaßnahmen für students at risk, Berufsberatungs- und Orientierungsmaßnahmen, Schaffung eines inklusiven Schulklimas) 	<ul style="list-style-type: none"> - RBMFWF – W&F - BMBF - KKA - RCC - ERI-SEE - ZSI - Österr. Expertise - Andere Geber

Kosovo

Ziel(e)	Resultat(e)	Indikatoren	AkteurInnen
Wirtschaft und Entwicklung: Fokus ländlicher Raum			
(Beitrag zur) Förderung marktorientierter Wirtschaftsentwicklung (insbesondere KMU) und deren Rahmenbedingungen unter Berücksichtigung der Prinzipien Nachhaltigkeit und Equity (Fokus ländlicher Raum)	<ul style="list-style-type: none"> - Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der kosovarischen KMU - Erhöhtes Einkommen der Bevölkerung in den Zielgebieten der Interventionen und Arbeitsplatzbeschaffung - Verbesserte Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln im Rahmen einer sozialen Marktwirtschaft 	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl der Unternehmen, welche Dienstleistungen und Weiterbildungen in Zusammenhang mit Aktivitäten der OEZA in Anspruch nehmen - Anzahl der geschaffenen bzw. erhaltenen Arbeitsplätze (insb. auch für Frauen und marginalisierte Gruppen und Minderheiten) unter Einhaltung internationaler arbeitsrechtlicher Standards - Anzahl der zu Management und anderen betriebswirtschaftlichen Themen ausgebildeten (potenziellen) UnternehmensgründerInnen 	<ul style="list-style-type: none"> - BMFW – Wirtschaft
Bildung: Fokus Hochschulbildung			
Beitrag zur europäischen Integration durch Unterstützung der Reformagenda im Bildungssektor (insbesondere im Bereich Hochschulbildung)	<ul style="list-style-type: none"> - Hochschulsektor ist verstärkt auf europäischer und regionaler Ebene integriert. - Rahmenbedingungen für Qualitätssicherung im Bildungsbereich sind abgesichert und gestärkt wie internationalisiert. 	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl neuer Hochschulkooperationen und Mitarbeit in internationalen Universitätsnetzwerken zu Lehre und Forschung - Normen der Qualitätssicherung in Lehre, Forschung und Management entsprechen Standards im Europäischen Hochschul- und Forschungsraum. - Gesetzliche Reformen und deren Umsetzung im Bildungsbereich entsprechend Grundsätzen von guter Regierungsführung - Verbesserte Planungs- und Umsetzungskapazitäten auf zentraler und lokaler administrativer Ebene 	<ul style="list-style-type: none"> - BMFW – W&F - Österreichische Universitäten

ERGEBNISORIENTIERUNG UND PROGRAMM-MATRIX

Ziel(e)	Resultat(e)	Indikatoren	AkteurInnen
Bildung: Fokus Hochschulbildung			
	<ul style="list-style-type: none"> - Arbeitsmarkt-Orientierung des Bildungssystems, insb. im Bereich Hochschulbildung und Berufsbildung ist verbessert. 	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl an Ausbildungen mit verstärktem Praxisbezug und Arbeitsmarktorientierung - Verbesserte Ausbildungschancen für Angehörige benachteiligter gesellschaftlicher Gruppen - Anzahl von SchülerInnen und LehrerInnen an berufsbildenden Schulen, die von praxis- und wirtschaftsnahen Curricula profitieren 	
Regierungsführung, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit			
Beitrag zu Stärkung der Rechtsstaatlichkeit einschließlich Konfliktprävention	Gleichberechtigter Zugang von marginalisierten Gruppen zu öffentlichen Dienstleistungen auf Gemeindeebene ist verbessert.	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl der Initiativen zur Unterstützung eines gleichberechtigten Zugangs zu Bildung 	- BMLVS
	<p>Zivilgesellschaft und insb. Frauen und marginalisierte Gruppen nehmen verstärkt an politischen Entscheidungsprozessen teil.</p> <p>Verantwortungsbewusste und vertrauenswürdige Streitkräfte nehmen ihre Aufgaben allgemein anerkannt wahr.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl partizipativ gestalteter Initiativen und Prozesse - Anzahl der Initiativen zur Chancenverbesserung (zu Mitbestimmung, politischer Teilhabe) von Frauen und marginalisierten Gruppen - Stärke der KFOR-Kräfte wird sichtbar reduziert bzw. das exekutive in ein beratendes Mandat geändert. 	

Albanien

Ziel(e)	Resultat(e)	Indikatoren	AkteurInnen
Integriertes Wassermanagement			
Beitrag zur Erhöhung des Zugangs bei gleichzeitiger Verbesserung der Wasser- und Abwasserversorgung für arme und benachteiligte Gruppen durch nachhaltige Steigerung der Effizienz im Wassersektor mit einem speziellen Fokus auf Kapazitätsbildung für effizientes Wasserwerkmanagement.	<ul style="list-style-type: none"> - Infrastrukturmaßnahmen im Bereich der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung werden auf Basis transparenter Planungsinstrumente gereiht und umgesetzt - Geeignete Tarif- und Verrechnungssysteme sind in den wesentlichen Bereichen des Wassersektors (z. B. Trinkwasser, Abwasser, Bewässerung) eingeführt und werden konsequent umgesetzt. - Geeignete Aus- und Weiterbildungskonzepte für die Bereiche Trink- und Abwasser werden umgesetzt und basieren auf der Analyse bestehender Ausbildungsdefizite in den verschiedenen Bereichen des Wassersektors. 	<ul style="list-style-type: none"> - 100/95 Prozent Wasserversorgung in urbanen/ländlichen Gebieten (2020) - 89/69 Prozent Abwasserversorgung in urbanen/ländlichen Gebieten (2020) - Wassertarife mit Rücksicht auf soziale Abfederung - Etablierung von zertifizierten Aus- und Weiterbildungssystemen mit österr. Unterstützung 	<ul style="list-style-type: none"> - Nationaler Wasserrat und Technisches Sekretariat - Ministerium für Transport und Infrastruktur - Direktorat für Wasserversorgung- und entsorgung - Wasserwerke - Österr. Expertise
Arbeitsmarktorientierte Berufsbildung			
Beitrag zur Stärkung der nationalen, regionalen und lokalen Kapazitäten der VET-AkteurInnen für die Entwicklung von arbeitsmarktrelevanten Berufsbildungs- und Weiterbildungsangeboten	<ul style="list-style-type: none"> - Institutionen, Bildungsangebote, Kapazitäten und Kompetenzen des bestehenden albanischen VET-Sektors sind gestärkt, modernisiert und/oder neu etabliert. - Die Teilnahme sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen (spezieller Fokus auf Integration von Menschen mit Behinderungen) an Berufsbildungsangeboten und am Arbeitsmarkt ist erhöht. 	<ul style="list-style-type: none"> - Neue oder aktualisierte Ausbildungsangebote sind im Bildungssystem verankert und werden umgesetzt. - Die mit österreichischer Unterstützung modernisierten oder neu etablierten Ausbildungsangebote verfügen über zeitgemäßes Equipment und moderne Lehrmaterialien und tragen zur sozialen Inklusion bei. 	<ul style="list-style-type: none"> - Ministerium für soziale Wohlfahrt und Jugend - Agentur für Arbeit - Fonds für Beschäftigungsentwicklung - Berufsschulen - Privatsektor - NRO - Österr. Expertise

ERGEBNISORIENTIERUNG UND PROGRAMM-MATRIX

Ziel(e)	Resultat(e)	Indikatoren	AkteurInnen
Governance und Rechtsstaatlichkeit			
Beitrag zur Stärkung des öffentlichen Sektors im Kontext für EU-Heranzuführung und Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen	<ul style="list-style-type: none"> - Gender Responsive Budgetierungsprozesse werden auf nationaler und lokaler Ebenen angewandt. - Kinderschutzeinrichtungen sind in allen Gemeinden operativ. - Verwaltung agiert transparent und setzt Ressourcen effizient ein. - Dienstleistungen lokaler und regionaler Verwaltungen sind gestärkt, um die soziale und ökonomische Entwicklung zu fördern. - Zugang von Frauen zu Kapazitätsbildungsmaßnahmen sowie regionalen Gestaltungsprozessen ist erhöht. 	<ul style="list-style-type: none"> - Einführung von effizienten und transparenten Public Finance Managements auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene - Qarks und LGUs der Region Lezha und Shkodra nehmen eine aktive Rolle in der Umsetzung von Initiativen zur effektiven Regionalentwicklung wahr. - Übertragung der Erfahrungen und der Best Practices der Regionalentwicklung Nordalbanien auf andere arme und benachteiligte Regionen Albanien - Anzahl von Frauen, die an Kapazitätsbildungsmaßnahmen und regionalen Prozessen teilnehmen 	<ul style="list-style-type: none"> - Büro des Premierministers - BMF - Nationaler Entwicklungsfonds - Regionale Behörden, Entwicklungsagenturen - Gemeinden - NRO - UNWOMEN - OSZE - Europarat - Österr. Expertise

Region Schwarzmeerraum/Südkaukasus

Ziel(e)	Resultat(e)	Indikatoren	AkteurInnen
Menschliche Sicherheit und Konfliktprävention			
Erhöhte menschliche Sicherheit durch vertrauensbildende Maßnahmen und grenzüberschreitende und/oder inter-ethnische Kooperation	<ul style="list-style-type: none"> - Ein grenzübergreifendes Frühwarnsystem zur Prävention von Tierseuchen im Südkaukasus ist etabliert. - Der regionale Holzhandel ist verstärkt und illegale Abholzung im Südkaukasus reduziert. 	<ul style="list-style-type: none"> - Erhöhte Kapazitäten und Zusammenarbeit der tiermedizinischen Stellen, VeterinärmedizinerInnen und Bauern im Bereich Tiergesundheit. - Grenzüberschreitender elektronischer Nachverfolg des Vertriebs von Fleischprodukten - Erhöhter legaler und verminderter illegaler grenzüberschreitender Holzhandel - Verminderte illegale Abholzung (ha) 	<ul style="list-style-type: none"> - ADA

Georgien

Ziel(e)	Resultat(e)	Indikatoren	AkteurInnen
Forstwirtschaft			
Verbesserter Zugang und nachhaltige Nutzung der nationalen Waldressourcen	<ul style="list-style-type: none"> - Verbesserte Kapazitäten auf lokaler, regionaler und nationaler Verwaltungsebene; Vorliegen von Studien und Statistiken; moderne Curricula in der Ausbildung - Schaffung von Arbeitsplätzen, Verbesserung der Versorgung mit erneuerbaren Energien (Feuerholz) und Verbesserung der Lebensgrundlagen durch Einkommensgenerierung und Nutzungsrechte - Verringerte Erosion der Waldflächen 	<ul style="list-style-type: none"> - Erhöhte Qualifizierung der Behörden, Forstmanager und Forstarbeiter sowie Betriebe betreffend nachhaltige Forstwirtschaftsmethoden - Anzahl der Aufforstungen, nachhaltige Bewirtschaftung von Land (Weideflächen) und Wald - Anzahl der zusätzlich geschaffenen nachhaltigen Arbeitsplätze - Gesicherter Zugang zu und Nutzung von erneuerbaren Energien für die lokale Bevölkerung (Feuerholz) - Verringerung der illegalen Abholzung und des illegalen Holzhandels 	<ul style="list-style-type: none"> - ADA - BMLFUW - ÖBF - UBA
Landwirtschaft			
Erhöhte Produktivität der Landwirtschaft und lokaler Wertschöpfung	- Verbesserte Kapazitäten auf lokaler, regionaler und nationaler Verwaltungsebene	<ul style="list-style-type: none"> - Erhöhte Qualifizierung der Behörden, Bauern und Betriebe - Effizientere und nachhaltigere Landwirtschaftsmethoden - Verbesserte behördliche Analyse-, Planungs- und Umsetzungskapazitäten auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene 	- ADA
	- Stärkere Wertschöpfungsketten, verbesserte Bewirtschaftungsmethoden und Produktdiversifizierung	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl der Zertifizierungen von Landwirtschaftsprodukten - Verbesserte Tiergesundheit - Nachhaltige Bewirtschaftung von Weideflächen - Verbesserte Weiterverarbeitung von Produkten, Vermarktungssystemen und Erhöhung lokaler Wertschöpfung 	- ADA

ERGEBNISORIENTIERUNG UND PROGRAMM-MATRIX

Ziel(e)	Resultat(e)	Indikatoren	AkteurInnen
Regierungsführung			
Dezentralisierung im Sinne von effizienterer Verwaltung, verbesserte Dienstleistungen und Stärkung partizipativer Prozesse	<ul style="list-style-type: none"> - Anwendung von Good Governance-Prinzipien – Partizipation, Inklusion etc. – auf regionaler und lokaler Verwaltungsebene - Verbesserte Kapazitäten von lokalen Verwaltungen, dem privaten Sektor (KMU) und der Zivilgesellschaft 	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl der gemeindeorientierten Entwicklungsprogramme - Aktive und effiziente Verwaltung und Partizipation zivilgesellschaftlicher Interessengruppen und des privaten Sektors (Planung, Management, Anwaltschaft, Öffentlichkeitsarbeit etc.) - Verbesserte Dienstleistungen - Anstieg der (grenzüberschreitenden) Handelsbeziehungen 	<ul style="list-style-type: none"> - ADA

Armenien

Ziel(e)	Resultat(e)	Indikatoren	AkteurInnen
Landwirtschaft			
Erhöhte Produktivität der Landwirtschaft und lokale Wertschöpfung	- Verbesserte Kapazitäten auf lokaler, regionaler und nationaler Verwaltungsebene	- Erhöhte Qualifizierung und Kapazitäten der Behörden, Bauern und Betriebe - Effizientere und nachhaltigere Bewirtschaftungsmethoden	- ADA - BMLFUW - AMA - BMG/AGES
	- Stärkere Wertschöpfungsketten, verbesserte Bewirtschaftungsmethoden und Produktdiversifizierung	- Anzahl der Zertifizierungen von Landwirtschaftsprodukten - Verbesserte Tiergesundheit - Nachhaltige Bewirtschaftung von Weideflächen - Verbesserung der Weiterverarbeitung von Produkten, der Vermarktungssysteme und Erhöhung lokaler Wertschöpfung	- ADA - BMLFUW - AMA - BMG/AGES
Regierungsführung			
Dezentralisierung im Sinne von effizienterer Verwaltung, verbesserte Dienstleistungen und Stärkung partizipativer Prozesse sowie Konfliktprävention	- Verbesserte rechtliche und verfahrensmäßige Rahmenbedingungen - Verbesserte Kapazitäten von lokalen Verwaltungen, des privaten Sektors (KMU) und der Zivilgesellschaft	- Anzahl der gemeindeorientierten Entwicklungsprogramme - Aktive und effiziente Mitgestaltung zivilgesellschaftlicher Interessensgruppen und des privaten Sektors (Planung, Management, Anwaltschaft, Öffentlichkeitsarbeit etc.) - Verbesserte Dienstleistungen - Anstieg der Handelsbeziehungen - Verstärktes Engagement armenischer ExpertInnen sämtlicher sicherheitssektorrelevanter Institutionen (v. a. Ministerien) bei gesamtstaatlichen Prozessen - Fortschritte im Rahmen der Anwendung internationaler Standards bei den Streitkräften	- ADA - BMLVS
Sicherheitssektorreform/ Streitkräftereform	- Belebung von Handel in der Grenzregion, auch grenzübergreifend - Verbesserung der gesamtstaatlichen Abstimmung und im Bereich des Personalmanagements der Streitkräfte		

Republik Moldau

Ziel(e)	Resultat(e)	Indikatoren	AkteurInnen
Wasser, Umwelt und Klimawandel			
Die Republik Moldau wird dabei unterstützt, die nationale Wasserversorgungs- und Siedlungshygiene-Strategie der Republik Moldau 2014–2028 und die Kapitel zu Umwelt und Klima (Kapitel 16 & 17) des Assoziierungsabkommens (AA) mit der EU zu erfüllen.	Das Umweltministerium und diesem zugeordnete Einrichtungen sind beim Aufbau von institutionellen Kapazitäten, der Entwicklung eines Wasserinformationssystems und von Bewirtschaftungsplänen für das Einzugsgebiet unterstützt.	<ul style="list-style-type: none"> – Die Planungsprozesse, Wasserverwaltung und Informationsaustausch im Wassersektor sind verbessert und der Ansatz der integrierten Bewirtschaftung von Wasserressourcen in Moldau wird angewandt. – Qualität des bereitgestellten Wassers ist gemonitored und moldauischen sowie EU Standards entsprechend. 	<ul style="list-style-type: none"> – BMEIA – BMLFUW – UBA – ADA
	Wasserversorgung und Siedlungshygiene-Dienstleistungen in ausgewählten ländlichen Gebieten und Gemeinden in Zentral- und Südmoldau sind verbessert.	<ul style="list-style-type: none"> – Infrastrukturinvestitionen erhöhen – EinwohnerInnen mit permanentem Zugang zu sicherem Trinkwasser, insbesondere für die Ärmsten – EinwohnerInnen mit Zugang zu sicherer Abwasserentsorgung inkl. Abwasseraufbereitung 	<ul style="list-style-type: none"> – BMEIA – BMF – ADA
	Verwaltungskapazitäten für lokale und regionale Wasserversorgungs- und Siedlungshygiene-Infrastruktur in Zielgebieten und die Leistung von Apa Canal (d. h. Wasserwerken) in Zielgemeinden sind verbessert.	<ul style="list-style-type: none"> – Qualität und Ressourcen vorhanden bei Wasserwerken – Dienstleistungen von Wasserwerken und von neu gegründeten regionalen Unternehmen – Flusseinzugsgebietskommissionen sind funktionsfähig und befähigt, Maßnahmen zur Erhöhung der Wasserversorgungssicherheit sowie der Erhöhung der Wasserqualität eigenständig zu planen und deren Durchführung zu überwachen. 	<ul style="list-style-type: none"> – BMEIA – ADA
	Das Umweltministerium ist bei der Harmonisierung der Umweltgesetzgebung mit der EU und der Implementierung des Nationalen Adaptionsplans zur Bekämpfung des Klimawandels unterstützt.	<ul style="list-style-type: none"> – Fortschritt in Bezug auf die Kapitel 16 & 17 des Assoziierungsabkommens – Empfehlungen zur Reduzierung des Naturkatastrophenrisikos in Schlüsselbereichen der moldauischen Wirtschaft sind erarbeitet und Pilotprojekte zur Bekämpfung des Klimawandels in ausgewählten Gemeinden umgesetzt. 	<ul style="list-style-type: none"> – BMEIA – BMLFUW – UBA – ADA

Ziel(e)	Resultat(e)	Indikatoren	AkteurInnen
Arbeitsmarktorientierte Berufsbildung			
Moldau hat ein moderneres und attraktives (qualitatives, flexibles, nachfrageorientiertes, arbeitsmarktgerechtes, kompetenzbasiertes, inklusives und gerechtes) Berufsbildungssystem entwickelt.	Kapazitäten und Zusammenarbeit von Berufsbildungs- und Beschäftigungsakteuren sind gestärkt, um ein modernisiertes Berufsbildungssystem umzusetzen.	<ul style="list-style-type: none"> - Rechts- und institutioneller Rahmen und Kapazitäten von Berufsbildungsakteuren verbessert - Nationales Arbeitsmarktservice, Handelskammer, Privatsektor, Ministerium für Arbeit, Soziales und Familie und andere relevante AkteurInnen arbeiten systematisch mit der Berufsbildung zusammen. - Kapazitäten für langfristige Arbeitsmarktanalyse für die Bedürfnisse der Berufsbildung sind aufgebaut und vorhanden. 	<ul style="list-style-type: none"> - BMEIA - BMBF - BMASK - ADA
	Berufsbildungsinhalte und Methodiken laut moldauischen und europäischen Anforderungen (kompetenzbasiert und arbeitsmarktgerecht, in Übereinstimmung mit dem Ziel 2 und 4 der Nationalen Berufsbildungsstrategie) sind entwickelt.	<ul style="list-style-type: none"> - Berufsbildende Einrichtungen bieten moderne, nachfrageorientierte Berufsbildung an. - Berufsbilder, Berufsstandards, Curricula (modulartig, auch für Erwachsenenbildung), Lern- und Lehrmaterialien, methodische Leitlinien und Tests entwickelt und genehmigt - Curricula pilotiert und umgesetzt - Inklusiver Ansatz von Curricula der Berufsbildung berücksichtigt, vor allem auf behinderte Personen, Gleichberechtigung der Geschlechter und die Umwelt bezogen - Modelle des arbeitsbasierten Lernens umgesetzt und angeboten - Anteil von erwachsenen Studierenden, die an Berufsbildungskursen (im Kontext des lebenslangen Lernens) teilgenommen haben - Moderne Ausrüstung und Infrastruktur für den Bildungsprozess bereitgestellt 	<ul style="list-style-type: none"> - BMEIA - BMBF - ADA - BFI

ERGEBNISORIENTIERUNG UND PROGRAMM-MATRIX

Ziel(e)	Resultat(e)	Indikatoren	AkteurInnen
Arbeitsmarktorientierte Berufsbildung			
	Qualität der Lehrkräfte in der Berufsbildung erhöht, über die Bildung von LehrerInnen und LehrmeisterInnen (in Übereinstimmung mit dem Ziel 5 der Nationalen Berufsbildungsstrategie)	<ul style="list-style-type: none"> - Anteil von LehrerInnen und LehrmeisterInnen aus berufsbildenden Einrichtungen und Firmen, die an verbesserten Schulungen teilgenommen haben 	<ul style="list-style-type: none"> - BMEIA - BMBF - ADA - WIFI - BFI
	Erhöhte Attraktivität von und Zugang zu Berufsbildung (in Übereinstimmung mit dem Ziel 6 der Nationalen Berufsbildungsstrategie)	<ul style="list-style-type: none"> - Neues Berufsorientierungs- und Berufsberatungssystem aufgebaut und umgesetzt - Berufsorientierungs- und Berufsberatungszentren eingerichtet - Berufsbildungs- und Beschäftigungseinrichtungen und -akteurInnen an die Bedürfnisse von Studierenden mit Behinderungen angepasst - Anteil von weiblichen und männlichen Studierenden in berufsbildenden Einrichtungen an der Gesamtzahl der Studierenden 	<ul style="list-style-type: none"> - BMEIA - BMBF - ADA
Governance, Rechtsstaatlichkeit und Friedensförderung			
Ein Beitrag zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und zur Sicherung des Friedens in Moldau wurde geleistet.	Zur Integrität Moldaus wurde durch vertrauensbildende und friedenssichernde Maßnahmen beigetragen.	<ul style="list-style-type: none"> - Qualität und Intensität der Beziehungen zwischen Chisinau und den Regionen der Republik Moldau (inkl. 5+2 Treffen) - Anzahl und Intensität der internen Konflikte 	<ul style="list-style-type: none"> - BMEIA - ADA
Verbesserung der Kapazitäten im Bereich Lagersicherheit von Waffen und Munition	<p>Die moldauische Polizei verfährt professioneller durch eine verbesserte Grundausbildung und Fortbildung und durch gestärkte Institutionen.</p> <p>Risikoreduktion durch spezielle Grundlagenausbildung und Erhöhung der Kapazitäten nationaler TrainerInnen durch strukturierte Beratung</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Curricula für die polizeiliche Grundausbildung und Fortbildung trainierter PolizistInnen - Erfolgte Strukturreformen im Ministerium und dem Polizeiapparat - Etablierung einer nationalen Ausbildungszelle und Erstellung entsprechender längerfristiger Ausbildungsplanungen 	<ul style="list-style-type: none"> - BMEIA - BMI - ADA - BMLVS

Besetzte Palästinensische Gebiete

Ziel(e)	Resultat(e)	Indikatoren	AkteurInnen
Wasser			
Verbesserung der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, nachhaltiges Wasserressourcenmanagement	Zuständiges lokales Management gestärkt	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl der ausgearbeiteten und verbesserten Richtlinien/Anleitungen für die Palestinian Water Authority (PWA) - Anzahl der Forschungsergebnisse und Publikationen von lokalen wissenschaftlichen Institutionen - Anzahl der im Coastal Water Authority-Labor in Gaza jährlich durchgeführten Stichproben - Vertragsvolumen der gemeinsam mit der PWA erzielten Pledges durch andere Geber 	<ul style="list-style-type: none"> - ADA - Palästinensische Wasserbehörde
	Klärwerke gebaut, Wasser aufbereitet	<ul style="list-style-type: none"> - Anteil von wieder verwendeten Abwässern und abgeleitetem städtischen Regenwasser für die lokale Landwirtschaft - Anzahl der in der sicheren Wiederverwendung von Abwasser geschulten LandwirtInnen 	<ul style="list-style-type: none"> - ADA
Gesundheit			
Prävention und Behandlung chronischer Krankheiten	Zugang zu Gesundheitsdiensten verbessert und Bewusstsein für Prävention geschaffen	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl der PatientInnen und untersuchten Kinder - Anzahl der betreuten Jugendlichen mit Behinderungen - Anzahl der bzgl. Präventionsarbeit und Rechten der betroffenen Kinder angesprochenen Eltern - Anzahl und Reichweite von Aktivitäten zur psychosozialen Rehabilitation (z. B. Tanzworkshops, Auftritte der Clowns von Red Noses an lokalen Krankenhäusern) 	<ul style="list-style-type: none"> - ADA mit Projektpartnern, NRO

ERGEBNISORIENTIERUNG UND PROGRAMM-MATRIX

Ziel(e)	Resultat(e)	Indikatoren	AkteurInnen
Humanitäre Hilfe			
Sicherung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung	Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen erweitert	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl der Familien ohne regelmäßiges Einkommen, die finanzielle Unterstützung erhalten - Anzahl der betreuten Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten durch UNRWA-Einrichtungen - Anzahl der Einrichtungen, denen die Unterstützung zugutekommt 	
Lebensbedingungen von besonders notleidenden Familien verbessert			
Kapazitätsentwicklung			
Ausbau institutioneller und personeller Kapazitäten, nachhaltige Verbesserung im Bereich Geschlechtergleichstellung	Institutionen und Netzwerke gestärkt; Partnerschaften etabliert	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl der akademisch-wissenschaftlichen Kooperationen 	
	Frauen in alle Phasen des Friedensprozesses eingebunden	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl der Frauen, die aktiv an der Entwicklung ihrer Gemeinden mitwirken und/oder verstärkten sozialen und politischen Einfluss in der Zivilgesellschaft ausüben 	
	<ul style="list-style-type: none"> - Lebensqualität in den C-Gebieten der Westbank und in Ostjerusalem erhöht - Eigentumstitel erfasst, Infrastruktur verbessert und Abwanderung reduziert 	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl der PalästinenserInnen, die Unterstützung zur Sicherstellung juristischen Beistands für rechtliche Schritte gegen Maßnahmen der Besatzungsbehörden in Area C und Ostjerusalem erhalten - Anzahl der PalästinenserInnen, die sich aktiv in den Gemeinden einbringen - Anzahl der geschaffenen Einkommensmöglichkeiten 	

Region Westafrika und Sahel

Ziel(e)	Resultat(e)	Indikatoren	AkteurInnen
Erneuerbare Energie und Energieeffizienz			
Verbesserung des Zugangs zu gesundheitlich und ökologisch unbedenklicher, verlässlicher, leistbarer Energie aus erneuerbaren Energiequellen und Energieeffizienzlösungen	<ul style="list-style-type: none"> - Regionale und nationale gesetzliche und politische Rahmenbedingungen sind geschaffen. - Die erforderlichen Kapazitäten in der Region sind aufgebaut/gestärkt. - Wissensmanagement, Bewusstseinsbildung und Vernetzung in der Region sind gestärkt. 	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl der erarbeiteten regionalen und nationalen Strategien und Politiken zu erneuerbarer Energie und Energieeffizienz - Anzahl der Ausbildungskurse, Workshops und regionalen Konferenzen sowie der teilnehmenden Personen und Institutionen auf nationaler und regionaler Ebene (Männer/Frauen, Herkunftsländer) - Anzahl, Diversität und flächenmäßige Ausdehnung der erhobenen Potenziale an Energieträgern und -quellen - Anzahl der Voruntersuchungen, welche zu konkreten Investitionen führen - Anzahl der unterstützten oder geschaffenen lokalen Energieversorgungsunternehmen 	<ul style="list-style-type: none"> - BMEIA - ADA - BMLFUW
Friedenssicherung und Konfliktprävention			
Verbesserung der Voraussetzungen für andauernden Frieden, Sicherheit und Entwicklung	<ul style="list-style-type: none"> - Dialog zwischen diversen Konfliktparteien sowie zwischen Staat und Zivilgesellschaft wurde verstärkt. - Mechanismen für friedliche Konfliktlösung durch Mediation und Begleitung von Friedensprozessen wurden gefördert. - Konfliktprävention wird als integraler Teil der Armutsminderung verstanden und berücksichtigt die diesbezüglichen Wechselwirkungen. - Kapazitäten im Bereich Friedenssicherung und Konfliktprävention wurden in der Region aufgebaut/gestärkt. - Verbesserte Frühwarnsysteme (Early Warning Early Response) im Bereich Friede und Sicherheit 	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl von Trainings zu Mechanismen der Konfliktprävention und Konsultationen/Austauschtreffen zwischen zivilgesellschaftlichen und nationalen oder regionalen Organisationen und Netzwerken - Anzahl und Diversität der Stakeholder, die am Austausch von Information und Wissen sowie an Ausbildungskursen zur Vermittlung fachspezifischer Inhalte teilnehmen - Anzahl der afrikanischen Partner, die Beiträge zur Realisierung der Ziele leisten oder Umsetzungsstrategien aufgreifen und anwenden 	<ul style="list-style-type: none"> - ADA - BMLVS - ÖSFK

Ziel(e)	Resultat(e)	Indikatoren	AkteurInnen
Friedenssicherung und Konfliktprävention			
		<ul style="list-style-type: none"> - Übernahme von überwiegenden und zentralen Aufgaben des innerafrikanischen Krisen- und Konfliktmanagements durch afrikanische AkteurInnen - Anzahl der Landes- und Regionalstrategien, in denen das Thema als Querschnittsmaterie Berücksichtigung findet - Anzahl der funktionierenden Frühwarnsysteme für die Reduzierung bewaffneter Konflikte - Anteil der von Frauen geleiteten Peace Committees auf lokaler Ebene - Anteil der Frauen als Delegierte in Friedensverhandlungen - Anteil der Frauen in nationalen und regional relevanten Institutionen 	
Resilienz und Ernährungssicherheit			
<p>Verbesserung eines integrierten Ansatzes von nachhaltigem Ressourcenmanagement, Ernährungssicherheit und lokaler wirtschaftlicher Entwicklung</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Die Resilienz und Selbstversorgung von Haushalten und Gemeinden ist erhöht, die Abhängigkeit von humanitärer Hilfe vermindert. - Die nachhaltige Nutzung vorhandener Ressourcen und Potenziale ist verbessert und auf die Anpassung an Klimaveränderungen ausgerichtet. - Die regionale Kooperation im Sinne der Entwicklung, Verbreitung und Anwendung endogener Problemlösungen ist gestärkt. 	<ul style="list-style-type: none"> - Bestand an Strategien, Technologien, Kapazitäten und Modellen für ein nachhaltiges Ressourcenmanagement im westafrikanischen Raum - Anzahl der regionalen Kooperationsmechanismen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit - Anzahl und Diversität westafrikanischer Organisationen, die am regionalen Austausch betreffend die Themen Resilienz sowie Nexus teilnehmen 	<ul style="list-style-type: none"> - BMEIA - ADA - BMLFUW - BMF (über CGIAR) - Diverse Forschungsinstitute (u. a. BOKU) und zivilgesellschaftliche Organisationen

Burkina Faso

Ziel(e)	Resultat(e)	Indikatoren	AkteurInnen
Nachhaltige ländliche Entwicklung/Regionalentwicklung			
Nachhaltige Verbesserung des Wirtschaftswachstums und der Ernährungssicherheit und nachhaltige Minderung der Armut im ländlichen Raum	<ul style="list-style-type: none"> - Ernährungssicherheit und -souveränität sind nachhaltig gesichert. - Die Armut in ländlichen Gebieten ist gemindert. (Die Verbindung zwischen Produktion und Vermarktung ist gefördert, um die Einkommen der ländlichen AkteurInnen in der Wertschöpfungskette zu verbessern.) - Die Degradierung der Umwelt und natürlichen Ressourcen ist vermindert bzw. gebremst. 	<ul style="list-style-type: none"> - Anteil der Bevölkerung, die nicht mehr unterernährt ist (Mindestmaß an Kalorienaufnahme, Männer/Frauen) - Grad der Versorgung mit Getreide - Anteil der ländlichen Bevölkerung unter der nationalen Armutsgrenze (M/F) - Anteil der weiterverarbeiteten Produkte an der landwirtschaftlichen Produktion - Anzahl der neu gegründeten und funktionsfähigen agroindustriellen Klein- und Mittelbetriebe (M/F) - Anteil der Landflächen mit gesicherten Eigentumsverhältnissen - Anteil der Entwicklungspläne der Gemeinden und Regionen, die Umweltfragen berücksichtigen 	<ul style="list-style-type: none"> - BMEIA - ADA
Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung in der Region Boucle du Mouhoun im Kontext einer realen lokalen Verantwortung bei der Durchführung	<ul style="list-style-type: none"> - Die öffentlichen Dienstleistungen der gemeinschaftlichen Strukturen (Gemeinderäte, Regionalrat, Dorfentwicklungsräte etc.) in der Boucle du Mouhoun sind verbessert und zufriedenstellend für die lokale Bevölkerung. - Die Bevölkerung der Projektgebiete in der Boucle du Mouhoun finanziert ihre Aktivitäten mithilfe von Finanzierungsinstrumenten (Regionalentwicklungsfonds etc.). 	<ul style="list-style-type: none"> - Anteil der Bevölkerung in der Boucle du Mouhoun unter der nationalen Armutsgrenze - Anteil der NutznießerInnen der gemeinschaftlichen Dienstleistungen, die mit den Leistungen zufrieden sind (M/F) - Finanzierungsrate des Regionalentwicklungsfonds (eingereichte Initiativen/ausgewählte Initiativen/umgesetzte Initiativen) (M/F) - Finanzierungsrate anderer Fonds (eingereichte Initiativen/ausgewählte Initiativen/umgesetzte Initiativen) (M/F) 	<ul style="list-style-type: none"> - BMEIA - ADA

Ziel(e)	Resultat(e)	Indikatoren	AkteurInnen
Kleinbetriebsförderung			
<p>Verbesserung des inklusiven Wachstums durch die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der handwerklichen Produkte und Leistungen</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Die Klein- und Kleinbetriebsstruktur im Handwerksbereich ist gestärkt. - Die Produktivität der Klein- und Kleinbetriebe im Handwerksbereich hat sich gesteigert. - Der Zugang zu Ausschreibungen und die Vermarktung der handwerklichen Produkte und Leistungen haben sich verbessert. 	<ul style="list-style-type: none"> - Beitrag des Handwerks zum Bruttoinlandsprodukt - Anzahl der neu gegründeten Klein- und Kleinbetriebe im Handwerksbereich (M/F) - Anzahl der HandwerkerInnen, die in der Handwerkskammer eingetragen sind (M/F) - Einkommen der Klein- und Kleinbetriebe im Handwerksbereich - Anteil der an Handwerksbetriebe vergebenen öffentlichen Aufträge (Staat und Gebietskörperschaften)/Jahr - Zugang der handwerklichen Produkte und Leistungen zu Märkten (lokal, national, regional und international) 	<ul style="list-style-type: none"> - BMEIA - ADA
Berufsbildung			
<p>Vorhandensein einer kritischen Masse an Kompetenzen und qualifizierter Expertise auf mittlerer und höherer Ebene in allen Berufsbranchen mit wirtschaftlicher Relevanz</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Das technische und berufliche Ausbildungswesen und die Kompetenzen der Lehrkräfte sind gestärkt, mit Betonung auf landwirtschaftliche und handwerkliche Bereiche. - Das nationale System der Zertifizierung und der Berufseignung ist gestärkt. - Die Finanzierungsmöglichkeiten im technischen Unterricht und in der Berufsbildung haben sich verbessert. 	<ul style="list-style-type: none"> - Anteil der SchülerInnen in öffentlichen und privaten Einrichtungen für technischen Unterricht und Berufsbildung an der Gesamtzahl im sekundären Unterricht (national/weiblich) - Durchschnittlicher Anteil an praktischen Arbeiten/Arbeiten in Werkstätten in der Ausbildung - Erfolgsrate im technischen Unterricht und in der Berufsbildung (National/weiblich/Region/Ausbildungsart/Berufszweig) - Anzahl der Berufe mit Zertifizierung - Höhe der öffentlichen Finanzierung im technischen Unterricht und in der Berufsbildung 	<ul style="list-style-type: none"> - BMEIA - ADA

Region Ostafrika und Horn von Afrika

Ziel(e)	Resultat(e)	Indikatoren	AkteurInnen
Erneuerbare Energie und Energieeffizienz			
Verbesserung des Zugangs zu gesundheitlich und ökologisch unbedenklicher, verlässlicher, leistbarer Energie aus erneuerbaren Energiequellen und Energieeffizienzlösungen	<ul style="list-style-type: none"> - Regionale und nationale gesetzliche und politische Rahmenbedingungen sind geschaffen. - Die erforderlichen Kapazitäten in der Region sind aufgebaut/ gestärkt. - Wissensmanagement, Bewusstseinsbildung und Vernetzung in der Region sind gestärkt. - Unternehmensentwicklung und Investment werden gefördert. 	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl der erarbeiteten regionalen und nationalen Strategien und Politiken zu erneuerbarer Energie und Energieeffizienz - Anzahl der Ausbildungskurse, Workshops und regionalen Konferenzen sowie der teilnehmenden Personen und Institutionen auf nationaler und regionaler Ebene (Männer/ Frauen, Herkunftsländer) - Anzahl, Diversität und flächenmäßige Ausdehnung der erhobenen Potenziale an Energieträgern und -quellen - Anzahl der Voruntersuchungen, welche zu konkreten Investitionen führen - Anzahl der unterstützten oder geschaffenen, lokalen Energieversorgungsunternehmen 	<ul style="list-style-type: none"> - BMEIA - ADA - BMLFUW
Friedenssicherung und Konfliktprävention, Menschenrechte und Governance			
Verbesserung der Voraussetzungen für andauernden Frieden, Sicherheit und Entwicklung	<ul style="list-style-type: none"> - Dialog zwischen diversen Konfliktparteien sowie zwischen Staat und Zivilgesellschaft wurde verstärkt. - Mechanismen für friedliche Konfliktlösung durch Mediation und Begleitung von Friedensprozessen wurden gefördert. - Konfliktprävention wird als integraler Teil der Armutsminderung verstanden und berücksichtigt die diesbezüglichen Wechselwirkungen. - Kapazitäten im Bereich Friedenssicherung und Konfliktprävention wurden in der Region aufgebaut/gestärkt. 	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl von Trainings zu Mechanismen der Konfliktprävention und Konsultationen/Austauschtreffen zwischen zivilgesellschaftlichen und nationalen oder regionalen Organisationen und Netzwerken - Anzahl und Diversität der Stakeholder, die am Austausch von Information und Wissen sowie an Ausbildungskursen zur Vermittlung fachspezifischer Inhalte teilnehmen - Anzahl der afrikanischen Partner, die Beiträge zur Realisierung der Ziele leisten oder Umsetzungsstrategien aufgreifen und anwenden 	<ul style="list-style-type: none"> - BMEIA - ADA - BMLVS - ÖSFK - IACA - Kirchen und andere zivilgesellschaftliche Organisationen

Ziel(e)	Resultat(e)	Indikatoren	AkteurInnen
Friedenssicherung und Konfliktprävention, Menschenrechte und Governance			
	<ul style="list-style-type: none"> - Verbesserte Frühwarnsysteme (Early Warning Early Response) im Bereich Friede und Sicherheit - Oberste Rechnungshöfe in der Durchführung von Peer Reviews gestärkt 	<ul style="list-style-type: none"> - Übernahme von überwiegenden und zentralen Aufgaben des innerafrikanischen Krisen- und Konfliktmanagements durch afrikanische AkteurInnen - Anzahl der Institutionen, Prozesse oder Instrumente für friedliche Konfliktaustragung gestiegen bzw. Wirksamkeit verbessert - Berücksichtigung als Querschnittsthema in Landes- und Regionalstrategien - Anzahl der funktionierenden Frühwarnsysteme zur Reduzierung bewaffneter Konflikte - Anzahl der abgeschlossenen Peer Reviews 	
Resilienz und Management natürlicher Ressourcen			
<p>Verbesserung eines integrierten Ansatzes von nachhaltigem Ressourcenmanagement, Ernährungssicherheit und lokaler wirtschaftlicher Entwicklung</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Die Resilienz und Selbstversorgung von Haushalten und Gemeinden sind erhöht, die Abhängigkeit von humanitärer Hilfe ist vermindert. - Die nachhaltige Nutzung vorhandener Ressourcen und Potenziale ist verbessert und auf die Anpassung an Klimaveränderungen ausgerichtet. - Die regionale Kooperation im Sinne der Entwicklung, Verbreitung und Anwendung endogener Problemlösungen ist gestärkt. 	<ul style="list-style-type: none"> - Bestand an Strategien, Technologien, Kapazitäten und Modellen für ein nachhaltiges Ressourcenmanagement im Raum Ostafrika/Horn von Afrika - Anzahl der regionalen Kooperationsmechanismen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit - Anzahl und Diversität ostafrikanischer Organisationen, die am regionalen Austausch betreffend die Themen Resilienz sowie Nexus teilnehmen 	<ul style="list-style-type: none"> - BMEIA - ADA - BMLFUW - BMF (über CGIAR) - Diverse Forschungsinstitute (u. a. BOKU) und zivilgesellschaftliche Organisationen

Uganda

Ziel(e)	Resultat(e)	Indikatoren	AkteurInnen
Erneuerbare Energie und Energieeffizienz			
Mehr Menschen haben verbesserten Zugang zu sauberem Trinkwasser und zu Sanitärversorgung, während die Wasserressourcen zum friedlichen Wohl der Menschen nachhaltig bewirtschaftet werden.	<ul style="list-style-type: none"> - Die regionalen Wasserwirtschaftsfonds sind operativ und effizient im Rahmen der Verbesserung der Wasser- und Sanitärversorgung in kleinen Städten und ländlichen Wachstumszentren. - Betrieb und Wartung der Wasser- und Sanitärversorgung sind unter Einhaltung der einschlägigen Regulierungsvorschriften zu erschwinglichen Kosten sichergestellt. - Die Investitionen in kostengünstige und umweltfreundliche Fäkal- und Abwassersysteme haben sich erhöht. - Menschen in Norduganda und anderen benachteiligten Regionen haben gezielte Unterstützung zur Verbesserung ihrer Wasser- und Sanitärversorgung erhalten. - Ausreichende Kapazitäten für dezentrales Management von Wasserressourcen und dessen Finanzierung über staatliche Systeme sind vorhanden. 	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl der operativen dezentralen (Finanzierungs-)Einheiten zum Aufbau der Wasser- und Sanitärversorgung (4) - Jährliche Budgetzuteilung für Sanitärversorgung unter dem Joint Programme Fund und im Rahmen der „District Grants“ (Sanitation Grant sowie Grant für Wasserversorgung und Siedlungshygiene) - Anzahl der Menschen in Norduganda, die durch OEZA-Projekte mit Leitungswasser versorgt werden (120.000 zusätzliche Menschen pro Jahr) - Betriebssicherheit der Wasserversorgung in Kleinstädten und ländlichen Wachstumszentren: Verhältnis zwischen der tatsächlichen und der erforderlichen Stundenanzahl an Wasserversorgung (95 %) - Prozentsatz von Wasserstellen mit funktionierendem Management (95 %) - Vier Water Management Zones sind operativ. 	<ul style="list-style-type: none"> - ADA - BMLFUW
Menschen- und Besitzrechte sowie Verbesserung des Justizwesens			
Förderung der Rechtsstaatlichkeit und Verbesserung des Zugangs zu Dienstleistungen des Justiz- und Rechtssektors	<ul style="list-style-type: none"> - Der Zugang zu Recht hat sich – vor allem für arme und benachteiligte Bevölkerungsgruppen sowie für Frauen – verbessert. - Die Prävention und der Zugang zu Justiz im Hinblick auf sexuelle und geschlechterspezifische Gewalt wurden verbessert. - Ein inklusives System transnationaler Justiz (Übergangsgerechtigkeit) unter breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft besteht. 	<ul style="list-style-type: none"> - Prozentsatz des Vertrauens der Bevölkerung in das Justizsystem, speziell von Frauen - Prozentsatz der Distrikte mit physischer Präsenz aller relevanten Institutionen des Justiz- und Rechtssektors - Prozentsatz von Prozessen im Rückstand und von gefälltten Urteilen gemäß den standardmäßigen Fristen - Prozentsatz abgeschlossener Prozesse von Gerichtsfällen, die von Frauen an die Institutionen herangetragen wurden 	<ul style="list-style-type: none"> - BMEIA - ADA

Äthiopien

Ziel(e)	Resultat(e)	Indikatoren	AkteurInnen
Nachhaltige ländliche Entwicklung und Management natürlicher Ressourcen in Nord-Gondar			
Verbesserung von Einkommensmöglichkeiten	<ul style="list-style-type: none"> - Klimawandeltolerante landwirtschaftliche Produktion ist gesteigert. - Ernährungssicherung in ausgewählten Regionen gewährleistet. - Vieh wird häufiger systematisch gezüchtet und vermarktet. - Diverse Wertschöpfungsketten sind identifiziert und gefördert. - Alternative Existenzgrundlagen sind identifiziert und gefördert. 	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl der Menschen, die von erhöhten Einkommensmöglichkeiten profitieren (Richtwert 25.000 Haushalte, davon 25 % Frauen) - Prozentsatz der Steigerung des jährlichen Einkommens von Haushalten (Richtwert: 30) - Anzahl der Haushalte, die ihr Einkommen durch Viehzucht um 60 % erhöhen (Richtwert: 8.700) - Zunahme des Anteils der Bevölkerung mit Beschäftigung außerhalb der Landwirtschaft (Richtwert: 1.900 Haushalte) - Prozentsatz an unterernährten Kindern 	<ul style="list-style-type: none"> - BMEIA - ADA - Forschungsinstitute (u. a. BOKU)
Verbesserung des Managements von natürlichen Ressourcen	<ul style="list-style-type: none"> - Methoden des Integrated Watershed Managements weiter verbessert - Administration von Land und Boden auf lokaler Ebene gestärkt 	<ul style="list-style-type: none"> - Größe der Landfläche, auf der Integrated Watershed Management Methoden angewandt werden (Richtwert: 2.784 ha) - Anzahl der übertragenen Landtitel 	
Verbesserung der Grundlagen des Forst- und Schutzzonenmanagements	<ul style="list-style-type: none"> - Abgrenzung, Vermessung und Kartierung von Forstflächen sind erfolgt. - Kapazitäten für effektives Schutzzonenmanagement wurden erhöht. 	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl von verwalteten Forsten durch partizipatorisches Forstmanagement 	<ul style="list-style-type: none"> - BMEIA - ADA - Forschungsinstitute (u. a. BOKU)
Verbesserte institutionelle Kapazitäten in Planung, Implementierung und Monitoring von lokalen, regionalen und nationalen Strategien zur nachhaltigen Nutzung von natürlichen Ressourcen, Schutz der Umwelt und Förderung der Landwirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> - Adäquate und qualifizierte Personalressourcen in den Institutionen wurden verbessert. 	<ul style="list-style-type: none"> - Weiterbildungsquote - Fluktuationsrate - Stellenzugehörigkeitsdauer - Prozentsatz erreichter Ergebnisse in den operativen Planvorgaben relevanter öffentlicher Stellen 	

Ziel(e)	Resultat(e)	Indikatoren	AkteurInnen
Öffentliche Dienstleistungen auf lokaler Ebene			
Verbessertes Schul- und Erwachsenenbildungsangebot auf lokaler Ebene	<ul style="list-style-type: none"> - Bildungsangebote auch für besonders arme und marginalisierte Gruppen in allen Regionen des Landes sind erhöht. 	<ul style="list-style-type: none"> - Einschulungsrate - Kursteilnahmezahlen - Alphabetisierungsrate 	<ul style="list-style-type: none"> - BMEIA - ADA
Flächendeckende primäre Gesundheitsversorgung	<ul style="list-style-type: none"> - Ausgebildetes Gesundheitspersonal ist auch an entlegenen ländlichen Standorten mit Ausrüstung und Medikamenten ausgestattet. 	<ul style="list-style-type: none"> - Frequenz von behandelten PatientInnen in Gesundheitsstationen - Umsatz an Medikamenten pro Gesundheitsstation - Säuglingssterblichkeit - Müttersterblichkeit - Lebenserwartung 	
Verbreitung von Methoden nachhaltiger und diversifizierter Landwirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> - Effektives landwirtschaftliches Beratungswesen. - Bauern/Bäuerinnen wenden Kenntnisse betreffend ökologische Zusammenhänge und Marktchancen an. - Landwirtschaftliche Betriebsmittel sind erschwinglich. 	<ul style="list-style-type: none"> - Zahlenmäßiges Verhältnis von Bauern/Bäuerinnen zu BeraterInnen - Diversität des Sortiments auf landwirtschaftlichen Märkten (Produkte und Betriebsmittel) - Anteil von Bauern/Bäuerinnen, die Fruchtfolge praktizieren 	
Erhöhung der Transparenz und Mitsprache in öffentlichen Planungs-, Budgetierungs- und Umsetzungsprozessen	<ul style="list-style-type: none"> - Systeme und Prozesse für BürgerInnenmitsprache auf allen Ebenen sind institutionalisiert und diesbezügliche Kapazitäten sind verbessert. 	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl neu etablierter Prozesse zur BürgerInnenmitsprache - Anzahl von Treffen zwischen öffentlicher Verwaltung und BürgerInnen zur Besprechung von Rechenschaftsberichten 	

Region Südliches Afrika

Ziel(e)	Resultat(e)	Indikatoren	AkteurInnen
Erneuerbare Energie und Energieeffizienz			
Beitrag zur Förderung von Problemlösungen in erneuerbarer Energie	<ul style="list-style-type: none"> - Ein verbesserter Zugang zu Dienstleistungen im Bereich Energie ist geschaffen. - Die Energieeffizienz ist erhöht. - Die erforderlichen technischen Kapazitäten sind gestärkt. 	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl der Beiträge zu neuen Strategien und Politiken für erneuerbare Energien und Energieeffizienz - Zahl der Ausbildungskurse sowie der teilnehmenden Personen - Ausmaß der erhobenen Potenziale an Energieträgern und -quellen - Zahl der Voruntersuchungen, die zu konkreten Investitionen führen - Zahl der unterstützten oder geschaffenen, lokalen Energieversorgungsunternehmen 	<ul style="list-style-type: none"> - BMEIA - ADA
Landnutzung und Absicherung von Besitzrechten			
Beiträge zur Landfrage im Sinne einer Verbesserung gegebener wirtschaftlicher Potenziale, sozialer Gerechtigkeit sowie individueller Rechtssicherheit	<ul style="list-style-type: none"> - Im regionalen Kontext relevante Analysen und Forschungsergebnisse sind für politische EntscheidungsträgerInnen und die Zivilgesellschaft aufbereitet. - Die Kapazitäten zur Umsetzung von Empfehlungen der AU/ ECA Guidelines on Land Policy in Africa sind gestärkt. - Das Phänomen der Aneignung von Land wird durch verbesserte Information und Anwaltschaft in verstärktem Maß kontrolliert. 	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl der Analysen sowie unmittelbar anwendungsorientierten Erhebungen betreffend Struktur und Potenzial an Flächenangeboten - Anzahl der Fallbeispiele, in welchen die Absicherung von Landbesitz mit lokalem Wachstum positiv korreliert - Anzahl der afrikanischen PartnerInnen, die Beiträge zur Realisierung der Ziele leisten oder Umsetzungsstrategien aufgreifen und anwenden - Beiträge zu Inhalt und Struktur von funktionierenden Entscheidungsmechanismen und Monitoringsystemen zur Eindämmung von Landkonflikten 	<ul style="list-style-type: none"> - BMEIA - ADA
Konfliktprävention, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit			
Beitrag zur Förderung der Zivilgesellschaft als Motor für die Stärkung guter Regierungsführung	<ul style="list-style-type: none"> - Dialoge zwischen Vertretungen der Zivilgesellschaft und staatlichen Strukturen wurden verstärkt. 	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl und Diversität der Stakeholder, die am Austausch von Information und Wissen zur Vermittlung armutsorientierter Lösungsinhalte teilnehmen. 	<ul style="list-style-type: none"> - BMEIA - ADA

Ziel(e)	Resultat(e)	Indikatoren	AkteurInnen
Konfliktprävention, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit			
	<ul style="list-style-type: none"> - Anpassung der Rechtssysteme an internationale Konventionen zu Menschenrechten und Geschlechtergleichstellung ist erfolgt. 	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl der Programme, durch die von Gewalt betroffene Frauen und Kinder Rechtschutz und -vertretung sowie Betreuung erhalten - Anzahl der Maßnahmen, um die Strafverfolgung und den -vollzug bei Gewalt an Frauen und Kindern zu erhöhen 	

Mosambik

Ziel(e)	Resultat(e)	Indikatoren	AkteurInnen
Wasser, Energie und Landwirtschaft			
Gesamtheitliche und vernetzte Förderung der Nexusthemen mit besonderem Fokus auf der lokalen Entwicklung in der Provinz Sofala	<ul style="list-style-type: none"> - Die budgetären Möglichkeiten für lokale Entwicklungsplanung und Programmimplementierung sind erhöht. 	<ul style="list-style-type: none"> - Anteil des Budgets, der an die Provinzebene sowie dezentralen Ebenen (Munizipien und Distrikte) überwiesen bzw. dort umgesetzt wird - Anteil bzw. Trend der Eigenfinanzierung im Rahmen des Provinzbudgets 	<ul style="list-style-type: none"> - BMEIA - ADA
	<ul style="list-style-type: none"> - Die Leistungsfähigkeit und die Motivation der lokalen Ebene sind gesteigert. 	<ul style="list-style-type: none"> - Trend entsprechend dem Monitoring System of Districts Performance 	
	<ul style="list-style-type: none"> - Die Produktion in den Bereichen Landwirtschaft sowie die Verarbeitung von Agrarprodukten wurden erhöht. 	<ul style="list-style-type: none"> - Anteil der Landwirtschaft am Wachstum der Provinz Sofala und Trends der landwirtschaftlichen Produktion - Höhe der Investitionen im Bereich Landwirtschaft 	
	<ul style="list-style-type: none"> - Die lokale Ernährungssituation hat sich verbessert. 	<ul style="list-style-type: none"> - Anteil der unterernährten Kinder unter 5 Jahren²⁴ 	
	<ul style="list-style-type: none"> - Die Verfügbarkeit von Wasser hat sich durch den Einsatz kleinerer Bewässerungssysteme erhöht. 	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl der aktiven ProduzentInnen, die innovative Technologien zur Bewässerung verwenden 	

24) International vereinbarter Proxy-Indikator.

ERGEBNISORIENTIERUNG UND PROGRAMM-MATRIX

Ziel(e)	Resultat(e)	Indikatoren	AkteurInnen
Wasser, Energie und Landwirtschaft			
	<ul style="list-style-type: none"> - Die Sicherheit betreffend Landbesitz hat sich erhöht. 	<ul style="list-style-type: none"> - Flächenmäßige Ausdehnung des vermessenen und mit Besitztiteln/Landnutzungszerifikaten versehenen Landes - Anzahl der Landtitel unter besonderer Berücksichtigung von Bauernvereinigungen und des kleinbäuerlichen Sektors 	
	<ul style="list-style-type: none"> - Die Kundenorientierung der Beratungsdienste hinsichtlich der Effizienz von Technologien und der Verbreitung von Best-Practice-Beispielen ist erhöht. 	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl der ständigen AußendienstmitarbeiterInnen des öffentlichen Sektors (Landwirtschaftsdirektion Sofala) in der Provinz und deren Verteilung auf Distrikte, welche die Nachfrage nach speziellem Know-how erfüllen 	

Region Himalaya-Hindukusch

Ziel(e)	Resultat(e)	Indikatoren	AkteurInnen
Erneuerbare Energie, Klima und Umwelt im Hochgebirge			
Schutz und verbessertes Management der Bergökosysteme in den Mitgliedstaaten von ICIMOD (Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, China, Indien, Myanmar, Nepal und Pakistan)	Rahmenbedingungen, um auf Umwelt und Klimaereignisse zu reagieren, verbessert	<ul style="list-style-type: none"> - Angepasste Strategien, Technologien und Kapazitäten für ein nachhaltiges Ressourcenmanagement - Anzahl der regionalen Kooperationsmechanismen und -anlässe zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit 	<ul style="list-style-type: none"> - ADA - ICIMOD
	Forschungsergebnisse für EntscheidungsträgerInnen aufbereitet und Fachkapazitäten für tertiäre Einrichtungen ausgebaut; Netzwerke etabliert	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl der Stakeholder, die am Austausch von Information und Wissen teilnehmen - Anzahl der thematischen Publikationen für Forschung, Politik und Fachpublikum 	
	Lebensbedingungen der Bevölkerung in den Gebirgsregionen verbessert	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl der Regionen, für die Strategien zur Verbesserung des Lebensunterhaltes durch Diversifizierung von Einkommensmöglichkeiten für Frauen und Männer entwickelt wurden 	

Bhutan

Ziel(e)	Resultat(e)	Indikatoren	AkteurInnen
Energie			
Energiesicherheit	Verbesserter Zugang zu nachhaltiger und leistbarer Elektrizität in entlegenen Bergregionen	<ul style="list-style-type: none"> - ländliche Elektrifizierung von 163 Haushalten - Reduzierung d. Belastung durch Innenraumverschmutzung 	<ul style="list-style-type: none"> - ADA - Gross National Happiness Commission (GNHC)
	Sicherheit der Wasserkraftanlagen ist gewährleistet.	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl der ausgebildeten Wasserkraft-ExpertInnen 	
Tourismus			
Entwicklung neuer qualitativer Tourismusprodukte zur Dezentralisierung der Tourismusentwicklung in Bhutan	Tourismusausbildung nach internationalen Standards für den lokalen und regionalen Bedarf ausgebaut	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl der StudentInnen, die ihre Ausbildung am RITH erfolgreich abgeschlossen haben - Anteil der AbsolventInnen, die erfolgreich in den Arbeitsmarkt integriert werden konnten 	<ul style="list-style-type: none"> - ADA - GNHC
	Lokale Wertschöpfung und regionale Markterschließung ermöglicht	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl der Distrikte mit einem operativen Tourismusentwicklungsplan - Zuwachs an kommunalen ökologisch orientierten Produkten, Dienstleistungen und Infrastruktur 	
Governance und Rechtsstaatlichkeit			
Rechtsstaatlichkeit	<p>Kapazitäten im Justizwesen und zur Demokratieförderung verbessert</p> <p>Expertise für EntscheidungsträgerInnen erhöht und Fachkapazitäten für tertiäre Einrichtungen ausgebaut; Netzwerke etabliert</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl der abgeschlossenen Aus- und Fortbildungen im Justizbereich - Anzahl der TeilnehmerInnen an Aus- und Fortbildungsmaßnahmen in der öffentlichen Verwaltung 	<ul style="list-style-type: none"> - ADA - GNHC

Region Karibik

Ziel(e)	Resultat(e)	Indikatoren	AkteurInnen
Katastrophenmanagement			
Stärkung der regionalen, nationalen und lokalen Kapazitäten zur Katastrophenvorsorge	<ul style="list-style-type: none"> - Lokale Widerstandskräfte durch Projekte auf Gemeindeebene gestärkt - Zeitgerechtere Reaktion in Katastrophenfällen - Integration von Klimawandel-Anpassung in nationale Katastrophenpläne durch regionale Katastrophenschutzmechanismen 	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl der Stakeholder, die am Austausch von Information und Wissen teilnehmen - Aktualisierte nationale Katastrophenschutzpläne - Anzahl der etablierten klimawandelangepassten Pilotprojekte 	<ul style="list-style-type: none"> - Caribbean Disaster Emergency Management Agency (CDEMA)
Energie			
Verbesserung des Zugangs zu gesundheitlich und ökologisch unbedenklicher, verlässlicher, leistbarer Energie aus erneuerbaren Energiequellen und Energieeffizienzlösungen	<ul style="list-style-type: none"> - Regionale und nationale gesetzliche und politische Rahmenbedingungen sind geschaffen. - Die erforderlichen Kapazitäten in der Region sind aufgebaut/gestärkt. - Wissensmanagement, Bewusstseinsbildung und Vernetzung in der Region sind gestärkt. - Unternehmensentwicklung und Investment werden gefördert. 	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl der Energieinvestitionen in der Karibik durch verbesserte technische und ökonomische Kapazitäten - Anzahl der erarbeiteten regionalen und nationalen Strategien und Politiken zu erneuerbarer Energie und Energieeffizienz - Anzahl der eingeführten und verwendeten Maßnahmen für Energieeffizienz - Grad der Verbreitung von erneuerbaren Energien - Anzahl der Ausbildungskurse, Workshops und regionalen Konferenzen sowie der teilnehmenden Personen und Institutionen auf nationaler und regionaler Ebene (Männer/Frauen, Herkunftsländer) 	<ul style="list-style-type: none"> - Caribbean Center for Renewable Energy and Energy Efficiency (CCREEE)

MULTILATERALE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT ÖSTERREICHS

Institutionen	Österr. Anteile am Gesamtkapital	Kurzbeschreibung und Results-Frameworks
Vereinte Nationen		
<ul style="list-style-type: none"> - UNDP - UNICEF - UNIDO - UNCDF 		<p>Neben dem Pflichtbeitrag für UNIDO plant Österreich freiwillige Beiträge für UNDP, UNICEF, UNIDO und UNCDF. Die freiwilligen Beiträge fließen einerseits ins Kernbudget der genannten Organisationen, andererseits dienen sie der Finanzierungen konkreter Projekte. Dabei wird besonders darauf geachtet, dass die österreichischen Gelder gemäß den thematischen und geografischen Prioritäten des Dreijahresprogrammes sowie den österr. Interessen als VN-Amtssitz eingesetzt werden. Darüber hinaus wird Österreich seine Positionen aktiv in den Entscheidungsgremien der Organisationen der VN-Entwicklungsgruppe einbringen.</p>
Europäische Union		
<ul style="list-style-type: none"> - EU-Haushalt - Europäischer Entwicklungsfonds 		<p>Auch im Planungszeitraum 2016 bis 2018 wird sich Österreich an der Finanzierung der EZA der EU beteiligen. Es handelt sich dabei um aliquote Pflichtbeiträge auf Basis des österreichischen Anteils an der Finanzierung des jährlichen EU-Haushalts und auf Basis des Internen Abkommens zur Finanzierung des außerbudgetären Europäischen Entwicklungsfonds (EEF).</p> <p>Die EU verfolgt einen resultatorientierten Ansatz auf Basis des Results-Oriented Monitoring (ROM) System, siehe http://ec.europa.eu/europeaid/how/ensure-aid-effectiveness/monitoring-results_en.htm.</p>
Multilaterale Entwicklungsbanken		
<ul style="list-style-type: none"> - IBRD - IFC - AfDB - AsDB - IADB - IIC - EBRD - AIIB (nach der Ratifizierung durch das österreichische Parlament) 	<ul style="list-style-type: none"> 0,677 % 0,821 % 0,449 % 0,34 % 0,155 % 0,5 % 2,311 % 0,5 % 	<p>Österreich trägt zur Politikgestaltung und den Projektgenehmigungen gemäß seinen Kapitalanteilen an den Institutionen via Exekutivdirektorium bei. Alle Institutionen verfügen über ein kontinuierliches Ergebnis-Monitoring und eigene Results Frameworks, die über die jeweiligen Homepages der Institutionen abrufbar sind.</p>
Konzessionelle und thematische Fonds		
<ul style="list-style-type: none"> - IDA - AfDF - AsDF - FSO - GEF - IFAD 	<ul style="list-style-type: none"> 1,106 % 1,752 % 0,809 % 0,2 % 1,49 % 1,341 % 	<p>Österreich wird sich an den regelmäßigen Wiederauffüllungen der konzessionellen und thematischen Fonds gemäß den zuletzt gehaltenen Lastenanteilen (Burden Shares) und nach Maßgabe der budgetären Bedeckung beteiligen. Alle Fonds weisen Results Frameworks auf, die bei den jeweiligen Wiederauffüllungsverhandlungen beschlossen werden. Auch diese sind auf den Websites der jeweiligen Institutionen abrufbar.</p>

Institutionen	Österr. Anteile am Gesamtkapital	Kurzbeschreibung und Results-Frameworks
IFI-Kofinanzierungen (multi-bi Projekte)		
<ul style="list-style-type: none"> - IFI-Programmierung - Ansiedlung - AWP 		<p>Im Rahmen der jährlichen IFI-Programmierung werden spezielle Trust Funds bei den multilateralen Entwicklungsbanken dotiert. Die thematische Auswahl und die Kooperation mit den jeweiligen Institutionen orientieren sich an den Schwerpunkten der IFI-Strategie des BMF, die mit dem Dreijahresprogramm abgestimmt ist. Results Frameworks sind ein entscheidendes Auswahlkriterium.</p> <p>Innerhalb des „Ansiedlungs“-Ansatzes werden jene Programme mit der Weltbank-Gruppe durchgeführt, die vornehmlich vom Wiener Standort umgesetzt werden. Dies sind i. d. R. mehrjährige regionale Programme mit Schwerpunkt Ost-/Südosteuropa. Auch diese weisen jeweils eigene Results-Frameworks auf.</p> <p>Das Außenwirtschaftsprogramm zielt darauf ab, spezielle Kooperationen mit den IFIs abzuschließen, die außenwirtschaftlichen Nutzen und entwicklungspolitische Zielsetzung verbinden.</p>

